universität wien

MASTER THESIS

Titel der Master Thesis / Title of the Master‘s Thesis

„Die Rolle der EU im Nahost-Friedensprozess im Vergleich mit den USA -

ab der Friedenskonferenz 1991 in Madrid bis zur Gründung des Nahostquartetts 2002“

verfasst von / submitted by

Tilman Gewecke, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of European Studies (M.E.S.)

Wien, 2019 / Vienna 2019

Studienkennzahl lt. Studienblatt / Postgraduate programme code as it appears on the student record sheet:	UA 992 959
Universitätslehrgang lt. Studienblatt / Postgraduate programme as it appears on the student record sheet:	Europäische Studien
Betreut von / Supervisor:	Univ.-Prof. Mag. Dr. Wolfgang Mueller

Ich erkläre hiermit, an Eides Statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Wien, 4. August 2019 Tilman Gewecke, BA

Abkürzungsverzeichnis:

EAD - Europäisch-Arabischer Dialog
EG - Europäische Gemeinschaft
EMP - Euro-Mediterrane Partnerschaft
ENPI - European Neighbourhood and Partnership Instrument
EPZ - Europäische Politische Zusammenarbeit
EU - Europäische Union
Euromed - Euro-Mediterrane Partnerschaft
OIC - Organisation für Islamische Zusammenarbeit
PA - Palästinensische Autonomiebehörde
PLO - Palestine Liberation Organisation
UfM - Union für den Mittelmeerraum
UNDOF - United Nations Disengagement Observer Force
UNEF - United Nations Emergency Force
UNO/UN - United Nations Organisation
UNRWA - United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East
UNSCOP - United Nations Special Commitee on Palestine
USA - United States of America

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung 9

1.1. Forschungsrahmen 10

1.2. Methode und Aufbau 10

1.3. Forschungsstand 11

1.4. Eingrenzung 11

1.5. Fragestellungen und Hypothesen 13

1.6. Theoretische Grundlagen 13

2. Historischer Überblick: Die EU, Die USA und der Arabisch-Israelische Konflikt 15

2.1. Die Wurzel des Israelisch-Palästinensischen Konflikts 15

2.2. Der Erste Arabisch-Israelische Krieg, Unabhängigkeitskrieg oder Nakba – 1948 23

2.3. Der Zweite Nahostkrieg oder Suezkrieg -1956 25

2.3.1. Der Suezkrieg, Europa und die USA 27

2.4. Der dritte Nahostkrieg. Sechs-Tage Krieg oder Naksa – 1967 28

2.4.1. Der Sechs-Tage Krieg, die EG und die USA 32

2.5. Der vierte Nahostkrieg, Yom-Kippur Krieg oder Oktoberkrieg – 1973 33

2.5.1. Der Yom-Kippur Krieg, die EG und die USA 34

3. Der Friedensprozess im Nahen Osten 36

3.1. Friedensprozess – Definitionen 37

3.2. Die Hauptproblemfelder des Friedensprozesses im Israelisch-Palästinensischen Konflikt 39

3.2.1. Die Anerkennung 39

3.2.2. Die Flüchtlinge 42

3.2.3. Die israelische Siedlungspolitik 44

3.2.4. Der Status Jerusalem 46

3.2.5. Die Wasserressourcen 49

4. Konfliktlösungsansätze der EU und USA.....52
4.1. Vorgeschichte: Camp-David-Abkommen bis Friedenskonferenz in Madrid.....52
4.1.1. Das Camp-David Abkommen - 1978.....52
4.1.2. Die Erklärung des Europäischen Rates von Venedig – 1980.....55
4.1.3. Der fünfte israelisch-arabische Krieg oder Libanonkrieg und der Ausbruch der Ersten Intifada.....57
4.1.3.1. Operation „Frieden für Galiläa“ – Der Erste Libanonkrieg.....57
4.1.3.2. Die Erste Intifada.....58
4.1.4. Die Positionierung der EG in den 1980er-Jahren.....60
4.2. Grundlegende Ansätze der EU und USA und ihr Einfluss auf den Friedensprozess von 1991 bis 2002.....62
4.2.1. Die Friedenskonferenz von Madrid - 1991.....62
4.2.2. Oslo I und II.....66
4.2.3. Die Euro-Mediterrane Partnerschaft.....71
4.2.4. Die EU-Nahostpolitik und ihre Erklärungen in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre.....74
4.2.5. Camp-David II und der Niedergang des Friedensprozesses.....78
4.2.6. Das Nahostquartett und die Road Map.....82

5. Gegenwärtige Situation und Ausblick.....86

6. Fazit.....87

Quellenverzeichnis.....92

„Ihr müsst nicht für einen von beiden sein.

Nur für den Frieden.“

(Amos Oz, israelischer Schriftsteller)

1. Einleitung

Der Konflikt im Nahen Osten ist einer der komplexesten, strittigsten und sensibelsten Auseinandersetzungen der jüngeren Geschichte. Nahezu täglich ist man mit Nachrichten über Terroranschläge, Gewalt und Vergeltungsaktionen in Israel, Jerusalem, dem Westjordanland oder Gazastreifen konfrontiert. Der Kampf um Existenz, Land und Religion besteht dabei seit Jahrhunderten, reicht bis in die Gegenwart und hat tausende Menschen das Leben gekostet. Für viele ist der Konflikt zwischen Israel, den Palästinensern und den arabischen Anrainerstaaten nur noch schwer zu begreifen und wirft Fragen nach den Ursachen auf, um zu verstehen, welche Ereignisse und Zusammenhänge die Entwicklung geprägt haben.

Die Involvierung von mehreren Staaten trägt dazu dabei, dass der Nahostkonflikt seit jeher auf eine geopolitische und internationale Ebene transformiert wurde. Neben den direkt beteiligten Konfliktparteien Ägypten, Jordanien, Israel, Iran, Irak, Libanon und den Palästinensern inkludiert der Konflikt auch eine Reihe von externen Akteuren. Diese Teilhabe hat vereinzelt zur einer verstärkten Konfrontation beigetragen, teilweise aber auch deseskalierend auf die Region eingewirkt. Seit Beginn des Konfliktes zum Anfang des 20. Jahrhunderts, nehmen dabei Europa und die Vereinigten Staaten von Amerika eine zentrale Rolle ein. Durch Vertreibung, Einwanderung sowie machtbezogenen Bestrebungen, ist die Ursache des Konflikts mit seinen unmittelbaren Folgen auch Gegenstand europäischer bzw. US-amerikanischer Außenpolitik. Die Rollenverteilung in Bezug auf die Einflusssphären auf den Konflikt, sind ebenfalls seit Anbeginn festgelegt. Die USA benutzt ihre militärische Macht, auf internationaler Ebene dem Recht Geltung zu verschaffen und hat sich dadurch als Vermittler in der Region des Nahen Ostens durch seiner Rolle als Weltpolizei etabliert. Andere externe Akteure mussten sich häufig fügen und konnten nur bedingt bzw. nur unter den amerikanischen Vorrausetzungen und Bedingungen handeln.

Mit Beginn des Friedensprozesses im israelisch-palästinensischen Konflikt Anfang der 1990er-Jahre lässt sich jedoch eine Verschiebung der Einflüsse und eine Emanzipation von der US-amerikanischen Führungsrolle erkennen. Die Europäische Union bekennt sich zu ihrer eigenen Friedensinitiative und versucht dabei, selbstständig ihr außenpolitisches Profil zu stärken. Ihr Bestreben eine substanzielle Rolle mit inkludierten Einflüssen auf den Friedensprozess einzunehmen, verläuft dabei linear mit dem Ziel, sich als gleichberechtigter Partner neben den USA zu etablieren.

1.1. Forschungsrahmen

Innerhalb dieser Arbeit sollen die unterschiedlichen Sichtweisen auf den Konflikt, welche wiederum die Interessen und die außenpolitischen Ziele des jeweiligen Akteurs beeinflussen, gegenübergestellt werden. Hierbei wird auf die Entwicklung des Einflusses der EU auf den Friedensprozess im Nahen Osten eingegangen und mit dem der USA verglichen. Der jeweilige außenpolitische Einfluss der beiden Vergleichsobjekte auf den Konflikt, kann durch die historische Entwicklung sichtbar gemacht werden und soll die jeweiligen Handlungsweisen aufzeigen. Grundlegend für die Beteiligung der EU und den Ausbau des Einflusses im Friedensprozess sind diplomatische Konfliktlösungsansätze, welche durch verschiedene Beschlussfassungen, Abkommen und institutionellen Bündnisse ebenfalls die Implikation und den Einfluss der jeweiligen Untersuchungsobjekte unterstreichen. Vor allem die Friedenskonferenz von Madrid, die Oslo-I-und II-Abkommen, die Euro-Mediterrane Partnerschaft, die Gründung des Nahostquartetts und die verschiedenen Erklärungen der EU spielen hierbei eine zentrale Rolle. Aus diesem Hintergrund wird auf diese Punkte in Bezug auf die Entwicklung des europäischen und amerikanischen Beitrags auf den Friedensprozess explizit eingegangen.

1.2. Methode und Aufbau

Für die hier angeführte Master-Thesis wurde die Methode der literaturbasierenden Inhaltsanalyse auf historisch-diplomatischen Grundlagen gewählt. Dabei wird auf wissenschaftliche Veröffentlichungen in Rahmen des benannten Themas der Arbeit zurückgegriffen, um eine Verifizierung bzw. Wiederlegung der aufgestellten Hypothesen zu ermöglichen. Dabei wird als Gegenstand der Untersuchung chronologisch auf die jeweiligen Geschehnisse und damit verbundenen Positionierungen der zu untersuchenden Akteure eingegangen. Durch die Darstellung von verschiedenen Friedensinitiativen und Erklärungen kann somit der jeweilige Einfluss auf den Konflikt verdeutlicht werden. Die Kenntnis über die administrativen Strukturen der Akteure wird dabei vorausgesetzt.

Die Arbeit teilt sich dabei in zwei grundlegende Abschnitte auf. Der erste Teil befasst sich ausführlich mit den Kernursachen des israelischen-palästinensischen Konfliktes

und soll dabei ein detailliertes Vorwissen für den zu untersuchenden zweiten Teil generieren. Dabei werden die jeweiligen europäischen bzw. US-amerikanischen Einflüsse parallel behandelt.
Der zweite Teil beinhaltet als Analysegegenstand die entscheidenden Ereignisse und Ansätze mit dem Beginn des Friedensprozesses ab den 1990er-Jahren und endet mit der Gründung des Nahostquartetts im Jahr 2002. Um ein generelles Verständnis über den Friedensprozess zu erlangen, ist es wesentlich, den Begriff „Friedensprozess" zu definieren und seine Hauptproblemfelder zu benennen. Daher wird nach dem ersten und vor dem zweiten Abschnitt der Arbeit auf diesen Zusammenhang eingegangen. Zum Schluss wird die gegenwärtige Situation umrissen und anschließend in dem Fazit auf die einleitenden Hypothesen Bezug genommen.

1.3. Forschungsstand

Die hier behandelte Thematik ist umfangreich in verschiedenen Publikationen dokumentiert. Bei der Bearbeitung dieser Master-Thesis wird auf unterschiedliche Autorinnen und Autoren, welche sich einleitend oder vertieft mit der Problematik auseinandergesetzt haben, zurückgegriffen. Verschiedene Wissenschafts-und Presseartikel sowie offizielle Erklärungen von Institutionen werden außerdem bei der Bearbeitung berücksichtigt. Zu nennen sind hier unter anderem die verschiedenen Veröffentlichungen von Muriel Asseburg und die Bücher von Margret Johannsen mit dem Titel, „Der Nahostkonflikt" sowie von Rolf Steininger mit dem selben Titel. Wesentlich für die Durchführung der Untersuchung im zweiten Teil der Arbeit, ist das Werk von Michael F. Klinkenberg mit dem Titel „Die Rolle der EU im Nahost-Friedensprozess", welches eine detaillierte Perspektive der europäischen Einflüsse auf den Nahostkonflikt bereitstellt. Hinzu kommen die offiziellen Vertragstexte, Resolutionen und Erklärungen der Hauptakteure des Nahostkonfliktes, die wiederum für eine umfangreiche Analyse eine wichtige Grundlage darstellen.

1.4. Eingrenzung

Der Nahostkonflikt ist durch seine Kontinuität äußerst komplex, was eine Eingrenzung für die Analyse notwendig macht. Der Terminus *Nahostkonflikt* als Synonym wird dabei hauptsächlich für den israelisch-palästinensischen Konflikt verwendet, weil eine

Untersuchung der EU-und US-Politik in Bezug auf den gesamten israelisch-arabischen Konflikt zu umfangreich für diese Arbeit wäre. Es muss jedoch festgehalten werden, dass der Nahostkonflikt in seiner Geschichte unterschiedliche Phasen durchlaufen hat, die eine Implikation von externen Akteuren für diese Arbeit unerlässlich macht. Der Fokus soll dabei auf den israelisch-palästinensischen Konflikt liegen, dies inkludiert aber auch die Teilhabe von hauptsächlich arabischen Staaten und anderen externen Akteuren.
Die zeitliche Periode der Untersuchung beginnt mit der Friedenskonferenz 1991 in Madrid und endet mit der Gründung des Nahostquartetts im Jahr 2002.
Um Grundkenntnisse in Bezug auf diese Phase zu bekommen, befasst sich der erste Teil mit dem Beginn des Nahostkonfliktes und seinen wesentlichen Ereignissen. Dabei werden die jeweiligen europäischen bzw. US-amerikanischen Einflüsse parallel behandelt. Als Untersuchungsgegenstand lassen sich unterschiedliche Konfliktlösungsinitiativen heranführen. Die Arbeit befasst sich dabei hauptsächlich mit den offiziellen Erklärungen, Resolutionen und diplomatischen Friedensinitiativen der beiden Hauptakteure.
Die EU-Nahostpolitik steht häufig im Zusammenhang mit ökonomischen Faktoren und beinhaltet allgemein wirtschaftliche Entwicklung auf Basis von finanzieller Unterstützung oder der Schaffung von marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Die Inkludierung dieses Kontextes würde jedoch den Rahmen überschreiten und findet daher, genauso wie handelspolitische Faktoren, keinen Einzug in diese Arbeit. Dies gilt ebenfalls für die direkten bilateralen Verhandlungen zwischen der EU und Israel bzw. der Palästinensischen Autonomiebehörde, sowie für die innerpolitischen Motivationen der zu behandelnden Akteure.
Die USA als Vergleichsobjekt mit der EU resultiert aus der elementaren Stellung der USA, als der wichtigste externe Akteur im Nahostkonflikt.

1.5. Fragestellungen und Hypothesen

Fragestellungen:

1. Welchen Einfluss hat die EU auf die Entwicklung des Friedensprozesses im Nahen Osten im Vergleich mit den USA ab 1991 bis 2002?

2. Inwiefern hat sich der Einfluss der EU im Friedensprozess des Nahostkonfliktes durch die Beteiligung an diplomatischen Konfliktlösungsansätzen ausgeweitet?

Hypothesen:

1. Der Einfluss der EU hat sich durch einen temporären Rückzug der USA aus den Vermittlungsbemühungen im Nahostkonflikt in diesem Bereich ausgeweitet.

2. Die EU hat sich als ein zentraler Bestandteil der Vermittlungsparteien innerhalb des Nahostkonfliktes etabliert und ist grundlegend an dem Konfliktlösungsprozess bzw. Friedensprozess beteiligt.

1.6. Theoretische Grundlagen

Die adäquate Bearbeitung der Forschungsfragen setzt eine theoretische Grundlage voraus auf die hier eingegangen werden soll. Dabei steht die Definition des Begriffs „Einfluss“ und die damit verbundene Erläuterung „Einfluss auszuüben“ im Mittelpunkt.
Der Duden definiert den Begriff als eine bestimmende Wirkung auf jemanden bzw. etwas. Die Ausdrücke „Einwirkung“ sowie „Ansehen“ und „Geltung“ sind dabei simultan zu gebrauchen und beziehen sich auf die Beispiele Einfluss zu besitzen, einzusetzen oder zu Einfluss zu gelangen.[1]
Um den Begriff zu konkretisieren und auf eine für diese Arbeit angemessene politische Ebene zu bringen, wird die Definition nach Peter Imbusch herangezogen. Der Begriff „Einfluss“ wird dabei dem Begriff „Macht“ vorausgesetzt. Die Ausübung von Macht wird auf drei unterschiedlichen Ebenen festgelegt. Machtausübung innerhalb der ersten Ebene bedeutet, „das mehr oder weniger sichtbare Fällen von Entscheidungen und

[1] Vgl. Duden. Der Einfluss. In: https://www.duden.de/rechtschreibung/Einfluss

deren Implementierung mit positiven und negativen Folgen für andere".[2]

Die zweite Ebene beschreibt Machtausübung mit der „Kontrolle über soziale Situationen und Akteure mit dem Ziel, bestimmte Aktivitäten von vornherein zu verhindern oder Entscheidungen erst gar nicht auf die Tagesordnung gelangen zu lassen".[3]

Die dritte Ebene wiederum beinhaltet einen zentralen Kontroll-Begriff. Imbusch erklärt die Verbindung in Bezug auf die „Öffnung oder Schließung bestimmter Optionen und Handlungskorridore" durch Kontrolle. Dies setzt allerdings eine bestimmte Machtposition voraus, „die es bestimmten Akteuren erlauben auf die Sichtweisen, Erklärungsmuster und Interessendefinitionen anderer Akteure Einfluss auszuüben".[4]

Alle Ebenen bauen dabei aufeinander auf. Machtausübung ist dabei in vier verschiedene Kategorien zu unterteilen: Zwang, Einfluss, Autorität und Attraktion.

Nach Imbusch übt ein Akteur Einfluss „auf der Grundlage allgemein akzeptierter Regeln aus. Die Fähigkeit, Einfluss auszuüben, hängt insbesondere von einer Machtposition in einem Netzwerk oder einer Organisation ab, die in der Regel die Verfügung über bestimmte Ressourcen mit sich bringt, und wird um so effektiver, je höher eine Position in der Sozialstruktur lokalisiert ist".[5]

In Bezug auf die Fragestellungen dieser Arbeit wird mit der Definition nach Imbusch der Einfluss der zu untersuchenden Akteure also anhand ihrer eigenen Machtposition sichtbar. Ob sich die Machtposition vergrößert oder verkleinert und damit auch der Einfluss auf den Friedensprozess zu oder abnimmt steht dabei im Mittelpunkt.

Die Definition von Einfluss impliziert innerhalb dieser Arbeit auch eine Definition des Begriffs „Friedensprozess". Durch die chronologische Gliederung dieser Arbeit, wird die Bezeichnung in Kapitel 3. genauer erläutert und mit den Hauptproblemfeldern des israelisch-palästinensischen Konflikts in Verbindung gesetzt.

[2] Imbusch, Peter: Macht und Herrschaft. Sozialwissenschaftliche Theorien und Konzeptionen. Wiesbaden: Springer Fachmedien. 1998. S.11

[3] ebd.

[4] ebd. S.12

[5] Imbusch: Macht und Herrschaft. S.12

2. Historischer Überblick: Die EU, die USA und der Israelisch-Palästinensische Konflikt

Um eine Analyse der jeweiligen Ansätze der Akteure in Bezug auf den Einfluss auf den Friedensprozess im Nahen Osten bzw. auf den Israelische-Palästinensischen-Konflikt durchzuführen, ist es von zentraler Bedeutung auch einen Überblick der historischen Hintergründe zu geben. Daher wird in diesem Kapitel sowohl auf die Involvierung Europas bzw. der EG und den USA in Bezug auf die zentralen Ereignisse des Nahostkonflikts eingegangen. Diese Vorgehensweise ist wichtig um eine generelle Kenntnis des Konfliktes zu erlangen und das Verhalten und die Triebkräfte der Akteure genauer zu verstehen.
Daher behandelt dieser Teil die Historie des Konflikts beginnend mit seiner Entstehung zum Ende des 19. Jahrhunderts bis zu der allgemein als Friedensprozess titulierten Phase ab den 1990er Jahren, welche durch die Verhandlungen und Gespräche der Akteure, auf Basis von verschiedenen Konfliktlösungsansätzen, den Hauptteil dieser Arbeit bildet.

2.1. Die Wurzel des Israelisch-Palästinensischen Konflikts

Bereits seit dem Altertum kam es in dem Gebiet des Nahen Ostens immer wieder zu Konflikten zwischen den verschiedenen Völkern der Region. Geprägt durch Völkerwanderungen, Eroberungen und Konvertierungen ist der Nahe Osten seit Jahrhunderten ein Schauplatz von territorialen und religiös bedingten Auseinandersetzungen. Mit der Ansiedlung der Philister um 1200 v. Chr. entstand bereits sehr früh ein Konkurrenzkampf um die Kontrolle des judäischen Hochlandes mit den bereits ansässigen Hebräern (in der Bibel: Israeliten) und Kanaanäern.[6]
Nach der Herrschaft der israelischen Könige David und seinem Sohn Salomon, eroberten die Assyrer unter König Sargon II. im Jahr 722 v. Chr. Palästina. Dieses Ereignis markiert das Ende des jüdischen Königreichs nach zwei Jahrhunderten. In der Folge wurde Jerusalem im Jahr 586 v. Chr. durch den Babylonischen König Nebukadnezar II. zerstört und die in Palästina verbliebenen Juden nach Babylon verschleppt. Es folgte die Herrschaft der Perser von 539 bis 332 v. Chr. bis zur Eroberung durch Alexander dem

[6] Vgl. Johannsen, Margret: Der Nahost-Konflikt. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 2009. S. 12

Großen sowie nach dessen Tod 336 v. Chr. die Herrschaft der ägyptischen Ptolemäer über Palästina.[7]

Durch die Einwanderung arabischer Nomaden und die Besetzung Palästinas durch die Römer im Jahr 70 n. Chr. entstanden immer wieder Konflikte und Aufstände, welche in der Vertreibung und Versklavung der jüdischen Oberschicht gipfelte. Das Gebiet war nach den arabischen Eroberungszügen ab dem Jahr 634 mehrheitlich, mit Ausnahme der zwischenzeitlichen Eroberung durch christliche Kreuzfahrer, muslimischen Glaubens geprägt. Im Jahr 1517 wurde Palästina vom Osmanischen Reich eingenommen und mit dessen Zerfall ab Mitte des 19. Jahrhunderts hauptsächlich durch europäische Einflüsse geformt.[8]

Die europäische Involvierung in den Nahen Osten ab dieser Periode der Geschichte ist als Beginn des Nahostkonfliktes zu sehen und hat seinen Ursprung vor allem in dem ausgeprägten europäischen und russischen bzw. sowjetischen Antisemitismus, welcher sich durch Zahlreiche Pogrome am jüdischen Volk in Europa manifestierte. Daraus resultierten zwischen 1882 und 1939 insgesamt fünf Einwanderungswellen nach Palästina mit ca. 380.000 Juden aus hauptsächlich Europa und Russland bzw. der Sowjetunion (Siehe Tabelle 1).

Jahr / Periode	Zahl der Einwanderer	Wichtigste Herkunftsländer
1882–1903 (1. Alijah)	20 000–30 000	Russland
1904–1914 (2. Alijah)	35 000–40 000	Russland
1919–1923 (3. Alijah)	ca. 35 000	Sowjetunion, Polen
1924–1931 (4. Alijah)	ca. 80 000	Polen, Sowjetunion
1932–1938 (5. Alijah)	ca. 200 000	Polen, Deutschland
1939–1945	ca. 80 000	Polen, Deutschland, Rumänien, Ungarn, Tschechoslowakei
1946–1948	ca. 56 000	Polen, Rumänien

Alijah: Einwanderungsperiode

Angelika Timm, Israel. Die Geschichte des Staates seit seiner Gründung, Bouvier Verlag Bonn 1998, S. 348 (Auszug)

Tabelle 1

Die Tabelle zeigt die jüdische Einwanderung nach Palästina von 1882 bis 1948

[7] Vgl. Das Palästina Portal: Die Geschichte Palästinas. Aus: https://www.palaestina-portal.eu/Stimmen_Palaestina/musa_izzeddin_geschichte_palaestinas_chronologie.htm (14.08.2019)

[8] Vgl. Johannsen: Der Nahostkonflikt. S. 13

Diese umfangreiche Migration steht mit dem in Europa aufkommenden modernen politischen Zionismus, welcher durch den Journalisten Nathan Bierbaum und den Publizisten Theodor Herzl geprägt wurde, in Zusammenhang. Sie appellierten beide an eine „Rückkehr" des jüdischen Volkes nach Zion, dass das Land darstellte, aus dem die Juden im Jahr 70 n. Chr. von den Römern vertrieben wurden.[9] Das von Herzl verfasste Manifest „Der Judenstaat" aus dem Jahr 1896 unterstreicht die Vorstellung einer jüdischen nationalen Staatsidee:

> „Wir sind ein Volk – der Feind macht uns ohne unseren Willen dazu, wie das immer in der Geschichte so war. In der Bedrängnis stehen wir zusammen, und da entdeckten wir plötzlich unsere Kraft. Ja, wir haben die Kraft, einen Staat, und zwar einen Musterstaat, zu bilden. Wir haben alle menschlichen und sachlichen Mittel, die dazu nötig sind".[10] (Theodor Herzl, Der Judenstaat, 1896)

Diese Vorstellung wurde schließlich auf dem ersten Zionistischen Weltkongress in Basel vom 29. bis 31. August 1897 konkretisiert. Die Teilnehmer, welche mehrheitlich aus Osteuropa stammten, verabschiedeten eine Resolution, die „für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina" vorsah.[11] Diese Vision Herzls, die Gründung eines jüdischen Staates, wird zusätzlich durch eine Notiz aus seinem Tagebuch vom 3. September 1897 ersichtlich. Hier heißt es:

> „In Basel habe ich den Judenstaat gegründet. Wenn ich das heute laut sage, würde mir ein universelles Gelächter antworten. Vielleicht in fünf Jahren, jedenfalls in fünfzig, wird es jeder einsehen".[12]

Diese Ausführung ist dahingehend beachtlich, da diese Vorstellung, welche häufig auch von assimilierten Juden als „Hirngespinst" oder „Kuckucksei des Nationaljudentums"[13]

[9] Vgl. Asseburg, Muriel/Busse, Jan: Der Nahostkonflikt. Geschichte, Positionen, Perspektiven. München: Verlag C.H. Beck oHG. 2016. S.16
[10] Herzl, Theodor: Der Judenstaat, 1869. Zitiert nach: Krautkrämer, Elmar: Krieg ohne Ende? Israel und die Palästinenser-Geschichte eines Konflikts. Darmstadt: Primus Verlag. 2003. S. 159
[11] Steininger, Rolf: Der Nahostkonflikt. Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag GmbH. 2003. S.6
[12] ebd. S.8
[13] ebd. S.6

betitelt wurde, 50 Jahre und 9 Monate Später, durch die Gründung des Staates Israel, Realität wurde.[14]

Die umfangreiche jüdische Migration und das zionistische Projekt wurde von der palästinensischen Bevölkerung aufgrund möglicher territorialer Streitigkeiten sowie neuer kultureller Einflüsse kritisch gesehen.[15]

Die folgende zeitliche Periode ist im Allgemeinen durch europäische und im Speziellen durch britische Geltungsansprüche in Bezug auf die Region geprägt.

Der Eintritt des Osmanischen Reiches auf Seiten Deutschlands und Österreich-Ungarns in den Ersten Weltkrieg veranlasste Großbritannien wiederum widersprüchliche Zusagen zu geben. Einerseits versprach der britische Hochkommissar in Ägypten, Sir Henry MacMahon, dem Scherifen von Mekka, Hussein Ibn Ali, ein unabhängiges arabischen Königreich, um die palästinensische Bevölkerung für ihre Zwecke zu gewinnen und einen Aufstand gegen die Osmanen herbeizuführen. Auf der anderen Seite wurde jedoch auch dem jüdischen Volk „die Errichtung einer nationalen Heimstätte in Palästina“ zugesagt, um wiederum von den britischen Juden finanzielle Unterstützung bei der Kriegsführung zu erhalten. Dieses Versprechen wurde 1917 in der sogenannten Balfour-Deklaration, benannt nach dem damaligen britischen Außenminister Arthur James Balfour, festgelegt.[16]

Die Aufteilung des Landes fand allerdings schon 1916 durch das geheim gehaltene Sykes-Picot-Abkommen[17] statt. Dabei wurde die territoriale Aufteilung der Provinzen des Osmanischen Reiches von den späteren Siegermächten des Ersten Weltkrieges, Frankreich und Großbritannien, bereits vor Kriegsende bestimmt und schließlich bei der Konferenz von San Remo 1920 offiziell festgesetzt. Die Verwaltung Palästinas fiel dabei Großbritannien zu, was wiederum vom Völkerbund 1922 bestätigt wurde.[18]

Die Zeit ab den 1920er-Jahren war vor allem durch gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Arabern, Juden und der britischen Mandatsmacht geprägt. Hierfür stehen unter anderen die dreijährige „Arabische Revolte“ von 1936 bis 1939, welche sich gegen die britische Mandatsherrschaft und die zionistische Einwanderung richtete und von der

[14] ebd. S.8
[15] Asseburg/Busse: Der Nahostkonflikt. S.16
[16] Vgl. Asseburg/Busse: Der Nahostkonflikt. S.17
[17] Benannt nach den britischen und französischen Diplomaten Sir Mark Sykes und Francois Georges Picot. Aus: Bundeszentrale für politische Bildung: Vor 100 Jahren: Großbritannien und Frankreich vereinbaren das Sykes-Picot-Abkommen. In: https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/227750/sykes-picot-abkommen (15.07.2019)
[18] Vgl. Asseburg/Busse: Der Nahostkonflikt. S.17

Mandatsmacht niedergeschlagen wurde.[19] Wie sehr die jüdische und arabische Gemeinschaft bereits zu diesem Zeitpunkt gespalten war, wird durch einen Bericht der britischen Palästina-Kommission, oder auch Peel-Kommission[20], aus dem Jahr 1937 ersichtlich:

> „Ein unüberwindlicher Konflikt hat sich zwischen den beiden nationalen Gemeinschaften innerhalb der engen Grenzen eines kleinen Landes erhoben. Ungefähr eine Millionen Araber stehen in offenem oder latentem Kampf mit 400.000 Juden. Es gibt keine gemeinsame Grundlage zwischen ihnen".[21]

Die Kontrolle über das Mandatsgebiet wurde für Großbritannien durch die aufkommenden Konflikte immer schwieriger und hatte letztendlich die Übergabe des Mandats für Palästina an die neu gegründeten Vereinten Nationen am 14. Februar 1947 zur Folge.[22]

Um eine Lösung des Konfliktes herbei zu führen, setzte die UNO am 15. Mai 1947 eine Sonderkommission für Palästina ein. Das sogenannte UN-Special Committee on Palestine (UNSCOP). Nach einem mehrwöchigen Besuch des Kommission in Palästina, wurde am 31. August ein Bericht mit Lösungsvorschlägen vorgelegt[23], welcher die Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat und die Beendigung des britischen Mandats sowie die Internationalisierung für den Großraum Jerusalem vorsah. Bei der Aufteilung Palästinas wurde dem jüdischen Staat ca. 56% des Gebiets zugesprochen, obwohl die jüdische Bevölkerung zu diesem Zeitpunkt nur ca. 30% darstellte.[24] (Siehe Tabelle 2 und Schaubild 1)

Diese ungleiche Aufteilung resultiert aus der Annahme, dass in den Folgejahren eine steigende jüdische Zuwanderung zu erwarten war. Von 1922 bis 1936 stieg der Anteil der jüdischen Bevölkerung von 11 auf 30 Prozent und lies eine verstärkte jüdische Migration aus Europa nach Ende des Zweiten Weltkrieges vermuten.[25] Vor dieser

---

[19] Vgl. Johannsen: Der Nahostkonflikt. S.19

[20] Benannt nach dem Vorsitzenden der Kommission, Lord William Robert Wellesley Peel. Aus: Bachmann, Wiebke: Die UdSSR und der Nahe Osten. Zionismus, ägyptischer Antikolonialismus und sowjetische Außenpolitik bis 1956. München: Oldenburg Verlag. S.87

[21] Johannsen: Der Nahostkonflikt. S.20

[22] Vgl. ebd. S.20

[23] Vgl. Steininger: Der Nahostkonflikt. S.37

[24] Vgl. Asseburg/Busse: Der Nahostkonflikt. S.18

[25] Vgl. ARD Planet Wissen. Geschichte des Staates Israel. Aus: https://www.planet-wissen.de/kultur/israel/geschichte_des_staates_israel/index.html (14.08.2019)

vermeintlich ungerechten Teilungslösung warnte das Subkomitee 2 des UNSCOP. Ihrer Meinung nach könnte „ein ernsthafter Konflikt“ aus diesem Plan erwachsen, da dem jüdischen Staat zusätzlich jene Gebiete mit Rohstoffreichen und guten Böden, wie das Esdraelon-Tal oder die Jeserell-Ebene, zugeteilt wurde.[26]

UN-Teilungsplan von 1947

	qkm	Anteil der Gesamtfläche	jüdische Bewohner	arabische Bewohner
Arabischer Staat	11.600	42,88%	9.520	749.010
Jüdischer Staat	15.100	56,47%	499.020	509.780
Internationale Zone von Jerusalem	176	0,65%	99.960	105.540

Tabelle 2 Quelle: Walter Hollstein, Kein Frieden um Israel, Frankfurt 1972, S.175f

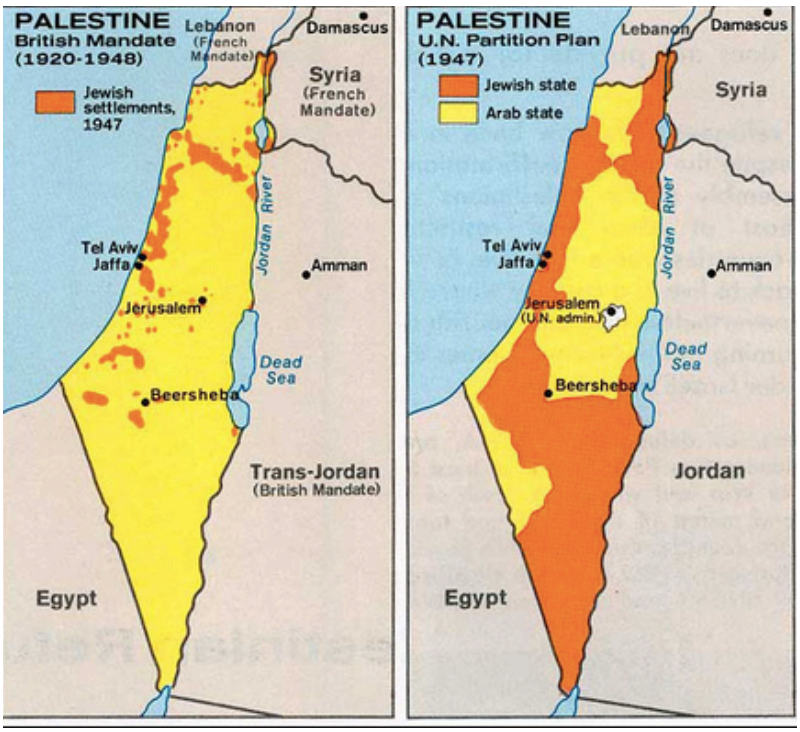


Schaubild 1

Quelle: http://sunnycv.com/steve/for/israel.html

Die Abbildung zeigt die arabischen bzw. israelischen Gebiete unter dem britischen Mandat von 1920 bis 1948 (links) und nach der UN-Resolution 1947 (rechts).

[26] Vgl. Pabst, Martin: Der Nahostkonflikt. Eine Einführung. Stuttgart: W. Kohlhammer GmbH. 2018. S.77

Die UN-Generalversammlung beschloss letztendlich am 29. November 1947 mit einer notwendigen Zweidrittelmehrheit in der Resolution 181 die Teilung Palästinas.[27] (Siehe Schaubild 1)

Die Teilungsresolution wurde jedoch von den arabischen Staaten uneingeschränkt abgelehnt, da aus ihrer Sicht die UNO nicht das Recht besitze über die Zukunft Palästinas und die dort lebende arabische Mehrheit zu entscheiden. Hinzu hatte die Resolution auch die Flucht von ca. 300.000 Palästinensern aus dem neuen jüdischen Staatgebiet zur Folge.[28]

In Zusammenhang mit der Abstimmung in Bezug auf den UNO-Beschluss, bekommt auch die Rolle der USA eine zentrale Bedeutung. Nach Pabst sind vor allem innenpolitische und geostrategische Motive verantwortlich, die den Willen der USA für eine Teilung Palästinas unterstreichen. So übte US-Präsident Truman gezielt Einfluss auf kleinere Staaten wie Haïti, Liberia oder die Philippinen aus, um Unterstützer für den Teilungsplan bei der Abstimmung zu gewinnen. Dies ist auch der US-amerikanischen Präsidentschaftswahl vom 2. November 1949 geschuldet, da die jüdischen Wählerstimmen einen wichtigen Teil der Wählerschaft in den USA ausmachen. Zwar sind nur ca. 2% der US-Bürger Juden[29], doch konzentriert sich der Hauptteil jüdischer Wählerstimmen auf Staaten wie New York, Kalifornien und Pennsylvania, welche eine entscheidende Rolle bei den Präsidentschaftswahlen spielen. Jüdische Organisationen haben ebenfalls wesentliche politische Einflussmöglichkeiten und pflegen Verbindungen zu wichtigen Persönlichkeiten in Regierung, Senat und Kongress.[30]

Außerdem wurde die Rolle der USA in Nahen Osten, als Folge des stetigen Rückzugs Großbritanniens aus diesem Gebiet, zunehmend bedeutsamer und bei der Suche nach Verbündeten in dieser Region für die USA immer interessanter.[31]

Das Ende des britischen Mandats über Palästina nach 26 Jahren am 14. Mai 1948 kennzeichnet gleichzeitig die Gründung des Staates Israel. Am selben Tag trat der jüdische Nationalrat in Tel Aviv zusammen und verkündete in Person des ersten israelischen Ministerpräsidenten Ben Gurion die Errichtung des Staates Israel aufgrund

[27] Vgl. Steininger: Der Nahostkonflikt. S.38
[28] Vgl. Johannsen: Der Nahostkonflikt. S.21
[29] Vgl. Juden in den Vereinigten Staaten. Aus: https://de.wikipedia.org/wiki/Juden_in_den_Vereinigten_Staaten (14.08.2019)
[30] Vgl. Der Spiegel. Juden in Amerika. Aus: https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-41784132.html (14.08.2019)
[31] Vgl. Pabst, Martin: Der Nahostkonflikt. Eine Einführung. Stuttgart: W. Kohlhammer GmbH. 2018. S.73

des „natürlichen und historischen Rechts des jüdischen Volkes und aufgrund des Beschlusses der UNO-Vollversammlung“.[32]

Mit diesem Ereignis endet die vorstaatliche Phase des Palästina-Konflikts und kennzeichnet den Beginn der zwischenstaatlichen Phase, welcher sich nun als ein israelisch-arabischer Konflikt benennen lässt [33] und mit vermehrt kriegerischen Auseinandersetzungen verbunden ist.

Insgesamt lässt sich sagen, dass die Gründung des Staates Israel den lang ersehnten Wunsch der Zionisten auf einen eigenen Staat Realität werden ließ, jedoch auch die Palästinenser und die arabischen Nachbarstaaten erbost zurückließ. Für sie war es nur eine Weiterführung des Kolonialismus und „die Existenz des jüdischen Staates im Nahen Osten“ wurde „zum Synonym für die Dominanz des Westens“.[34]

Der Teilungsplan der UNO kennzeichnet den Beginn der folgenden Konflikte, die auch die internationale politische Landschaft und im speziellen die Außenpolitik der Europäischen Gemeinschaft bzw. der Europäischen Union und der USA immer mehr bestimmt hat. Die Teilhabe Europas, im Besonderen Großbritanniens, an der Weiterentwicklung und Zuspitzung des Konfliktes ist dabei nicht von der Hand zuweisen, doch lässt sich auch eine globale Involvierung mit jeweiligen Einflüssen auf die Region erkennen.

Mit Abschluss der Darstellung der Grundursachen für die Entstehung des Israelisch-Palästinensischen-Konflikts, widmen sich die folgenden Unterkapitel den zentralen Ereignissen des Konflikts ab 1948. Die Selektion der dargestellten Geschehnisse basiert dabei auf der Relevanz für den Weiterverlauf des Konfliktes und beschränkt sich auf die Grundzüge, da eine Erläuterung aller Sachverhalte, den inhaltlichen Rahmen dieses Kapitels überschreiten würde. Die Involvierung der zu untersuchenden Akteure rückt dabei ergänzend in den Fokus.

[32] Steininger: Der Nahostkonflikt. S.40
[33] Vgl. Johannsen: Der Nahostkonflikt. S.21
[34] Braun: Duell zweier Freunde. S.21

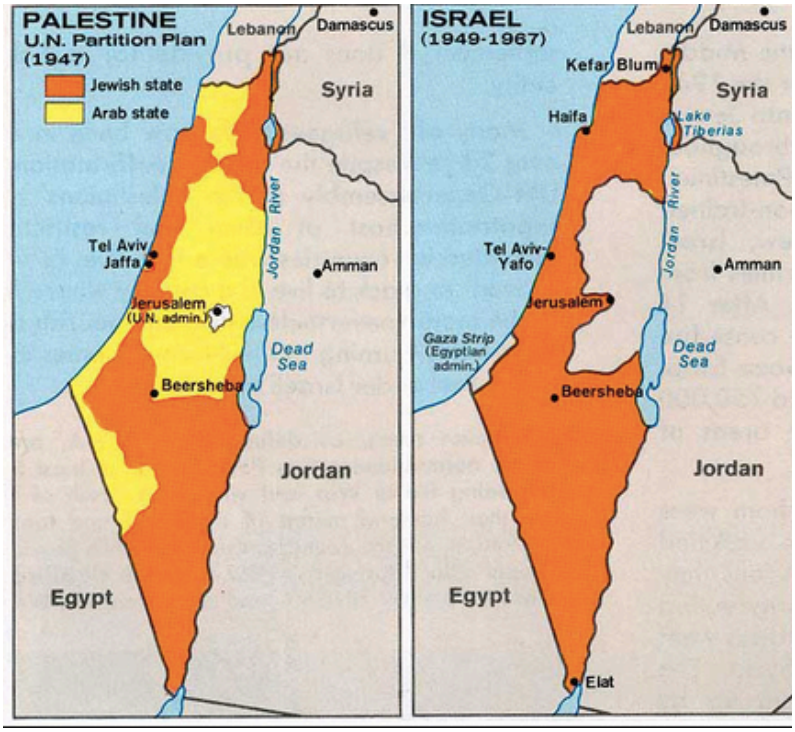
2.2. Der Erste Arabisch-Israelische Krieg, Unabhängigkeitskrieg oder Nakba - 1948

Unmittelbar nach der Gründung Israels am 14. Mai 1948 griff eine Allianz bestehend aus Ägypten, Irak, Jordanien, Libanon und Syrien den neuen Nachbarstaat an. Die folgende kriegerische Auseinandersetzung wird aufseiten Israels als Unabhängigkeitskrieg, aufseiten der arabischen Staaten als Nakba, arabisch für „Katastrophe", tituliert.[35] Dieser Krieg bestimmt bis heute den Territorialkonflikt und ebnete den Beginn für weitere militärische Handlungen der Zukunft und der schwierigen Lebensverhältnisse der palästinensischen Bevölkerung.

Durch einflussreiche Zionisten in den USA, wie Golda Meir, der Leiterin der Jewish Agency in Jerusalem, konnte zwischen Januar und Juni 1948 insgesamt 100 Mio. US-Dollar an Spendengeldern gesammelt und für Waffen und Ausrüstung, hauptsächlich aus der Tschechoslowakei, genutzt werden. Diese Waffenlieferungen und die besser organisierten und erfahreneren Militärstrukturen Israels, im Vergleich zu den arabischen Angreifern, stellte einen signifikanten Vorteil da.[36]

Israel konnte im Laufe des Krieges sein Staatsgebiet von 15.100 Quadratkilometer (gemäß dem zugesprochenen Gebiet durch den UN-Teilungsplan) auf 20.766 Quadratkilometer vergrößern (Siehe Schaubild 2) und ging als militärischer Sieger hervor.[37]

[35] Vgl. Asseburg/Busse: Der Nahostkonflikt. S.19
[36] Vgl. Steininger: Der Nahostkonflikt. S.79
[37] Vgl. Johannsen: Der Nahostkonflikt. S. 22



Das Schaubild zeigt die arabischen bzw. israelischen Gebiete nach der UN-Resolution 1947 (links) und nach dem ersten Arabischen-Israelischen Krieg mit den hinzugewonnenen Territorien auf israelischer und Verlusten auf arabischer Seite (rechts).

Schaubild 2

Quelle: http://sunnycv.com/steve/for/israel.html

Das Waffenstillstandsabkommen zwischen den Parteien wurde schließlich unter Leitung der US-Diplomaten Ralph Bunche im Juli 1949 auf Rhodos abgeschlossen. Die Folgen dieses Krieges für die arabische Bevölkerung waren verheerend.[38] Nach UNO-Angaben sind insgesamt 726.000 Palästinenser nach und vor der israelischen Staatgründung geflohen. Die Mehrheit davon in die angrenzenden arabischen Staaten, in den Gaza-Streifen und in das Westjordanland.[39] Auch für die jüdische Bevölkerung in den arabischen Anrainerstaaten hatte der Krieg Folgen. Während und unmittelbar nach dem ersten arabisch-israelischen Krieg flohen ca. 500.000 Juden aus muslimischen Ländern vor Gewalt und staatlicher Repression nach Israel.[40]

In Bezug auf diese Problematik beschloss die UN-Generalversammlung am 11. Dezember 1948 mit der Resolution 194,

> „dass denjenigen Flüchtlingen, die zu ihren Wohnstätten zurückkehren und in Frieden mit ihren Nachbarn leben wollen, dies zum frühestmöglichen Zeitpunkt gestattet werden soll und dass für das Eigentum derjenigen, die sich entschieden,

[38] Vgl. Steininger: Der Nahostkonflikt. S.82
[39] Vgl. Johannsen: Der Nahostkonflikt. S.24
[40] Vgl. Shindler, Colin: A history oft he modern Israel. Cambridge University Press. 2008. S.63.

nicht zurückzukehren, sowie für den Verlust oder die Beschädigung von Eigentum, auf der Grundlage internationalen Rechts oder nach Billigkeit von den verantwortlichen Regierungen und Behörden Entschädigung gezahlt werden soll“. [41]

Zwar stimmte Israel dieser Resolution zu, da sie die Vorrausetzung für die Aufnahme Israels in die UNO darstellte, doch wurde von einer Einhaltung abgesehen. Als Begründung wird die Vertreibung von Juden aus islamisch geprägten Staaten angeführt, was allerdings völkerrechtlich nicht gerechtfertigt ist.[42]
Diese Neuordnung der territorialen Aufteilung kennzeichnet bis heute die Situation der in den Gebieten lebenden Palästinenser.

2.3. Der zweite Nahostkrieg oder Suezkrieg - 1956

Zu Beginn muss festgehalten werden, dass dieser zweite Nahostkrieg oder auch Suezkrieg, nur einen bedingten Bezug auf das Palästinenserproblem hat. Zwar wurde in seiner Folge der Gazastreifen durch Israel besetzt und damit auch auf militärische Aktionen von palästinensischen Guerillas reagiert, doch steht der Suezkrieg überwiegend im Zusammenhang mit britischen, französischen und israelischen kriegerischen Maßnahmen gegen Ägypten. Durch die Involvierung Großbritanniens und Frankreichs sowie den USA als zentraler Vermittler zwischen den Konfliktparteien, ist dieser Krieg daher von wesentlicher historischer Bedeutung für die jeweiligen Akteure zu sehen.

Die finanzielle Unterstützung der USA und die antisemitisch geprägte Politik der Sowjetunion der Stalin-Ära, veranlassten Israel, den bis dahin neutralen Kurs in Bezug auf die Blockzugehörigkeit in einen pro-westlichen zu ändern. Die umfangreichen Waffenlieferungen der westlichen Staaten trugen ebenfalls dazu bei und ermöglichten Israel den Aufbau einer gut strukturierten militärischen Streitmacht.[43]
Ägypten hingegen, war durch die pro-arabische Politik der Sowjetunion und der Volksrepublik Chinas in Bezug auf den arabischen Nationalismus, eher den

[41] Pabst: Der Nahostkonflikt. S.88
[42] Vgl. Pabst: Der Nahostkonflikt. S.88
[43] Vgl. Krautkrämer, Elmar: Krieg ohne Ende? Israel und die Palästinenser-Geschichte eines Konflikts. Darmstadt: Primus Verlag. 2003. S.61

Ostblockländern zu gekehrt. Diese Annäherung Ägyptens nach Osten wurde auch durch die Verweigerung von Waffenlieferungen und zugesagten Krediten für den Bau des Assuan-Staudamms, seitens der USA unabsichtlich gefördert. Diese blockbezogene Auseinandersetzung gipfelte schließlich mit der Verstaatlichung des Suez-Kanals durch den ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser am 26. Juli 1956[44] und lässt außerdem das Ausbreiten des Kalten Krieges auf den Nahen Osten erkennen.

Eine Allianz bestehend aus Frankreich, Israel und Großbritannien erarbeitete die „Operation Musketier",[45] welche auf israelischer Seite den Sturz Nassers und die damit verbundenen Beziehungen Ägyptens zur Sowjetunion und deren Aufrüstungspolitik beinhaltete.[46] Hinzu kam die Öffnung des für Israel seit 1950 gesperrten Suezkanal und der Zugang zum Golf von Akaba mit den für Israel wirtschaftlich wichtigen Hafen von Eilat, welche für Israel seit 1955 ebenfalls von Ägypten blockiert wurden.[47] Israel reagierte außerdem seit 1952 mit zunehmender Härte gegen Guerillaangriffe aus Syrien, Jordanien und dem Gazastreifen in den Grenzregionen, was in Ägypten wiederum die Forderung eines gemeinsamen arabischen Vernichtungskrieges gegen Israel in den Mittelpunkt rücken ließ.[48]

Frankreich und Großbritannien als Mitglieder der Suezkanal-Gesellschaft[49] [50] entgingen durch die Verstaatlichung des Suezkanals durch Ägypten beachtliche Einnahmen was wiederum britische und französische Interessen verletzte.[51] Hinzu wurde durch die Verstaatlichung des Kanals, das im Oktober 1954 abgeschlossene Suez-Abkommen durch Ägypten einseitig aufgekündigt. Es beinhaltete den Abzug der britischen Truppen innerhalb von 20 Monaten mit dem Recht zur Benutzung von ägyptischen Flugplätzen, der Lagerung von Kriegsmaterial und die militärische Besetzung im Kriegsfall durch Großbritannien. Dabei sollten jedoch die Rechte der Kanalgesellschaft unangetastet bleiben.[52]

---

[44] Vgl. ebd. S.61
[45] Vgl. Pabst: Der Nahostkonflikt. S.95
[46] Vgl. Asseburg/Busse: Der Nahostkonflikt. S.23
[47] Vgl. Krautkrämer: Krieg ohne Ende?. S.62
[48] Vgl. ebd.
[49] Auch Compagnie universelle du canal maritime de Suez, war die von Ferdinand de Lesseps gegründete und vom Khediven Muhammed Said lizenzierte Aktiengesellschaft, die den Suezkanal von 1859 bis 1869 baute und bis zu seiner Nationalisierung durch den ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser am 26. Juli 1956 betrieb. In: https://de.wikipedia.org/wiki/Compagnie_universelle_du_canal_maritime_de_Suez (16.07.2019)
[50] Vgl. Johannsen: Der Nahostkonflikt. S.25
[51] Vgl. Krautkrämer: Krieg ohne Ende?. S.61
[52] Vgl. ebd.

Die militärische Offensive gegen Ägypten begann mit dem Vorstoß Israels am 29. Oktober 1956 und der Eroberung des Gazastreifens und weite Teile der Sinai-Halbinsel.[53] Französische und britische Truppen landeten am 6. Oktober bei Port Said am nördlichen Ende des Suezkanals und kamen bis 150km vor Suez-City, als sie am 7. November durch einen Beschluss der UN-Vollversammlung[54] gestoppt wurden. Dieser UNO-Beschluss stellt dahingehend ein Novum da, da er zum ersten und bis heute zum letzten Mal gemeinsam von den USA und der Sowjetunion initiiert wurde. Doch ist nach Steininger nicht die sowjetische, sondern vielmehr die Teilnahme der USA an der Entscheidung für den Abzug Frankreichs und vor allem Großbritanniens verantwortlich. Nachdem der britische Premierminister Anthony Eden, der Bitte des US-Präsidenten Eisenhower, den Beginn der Operation auf nach die Präsidentschaftswahlen in den USA zu legen, nicht nachkam, reagierte die amerikanische Regierung mit massivem wirtschaftlichen Druck, was wiederum den Abzug der alliierten Truppen am 22. und 23. Dezember zur Folge hatte. Auch für den Rückzug der israelischen Truppen am 7. März 1957 waren die USA der ausschlaggebende Akteur. So wurden Wirtschaftshilfen eingestellt und mit dem UNO-Ausschluss, verbunden mit weitreichenden Sanktionen, gedroht. Dieses Vorgehen veranlasste Israel letztendlich sich aus den ägyptischen Gebieten zurückzuziehen und den Gazastreifen an[55] UNO-Friedenstruppen, der United Nations Emergency Force (UNEF)[56] zu übergeben.[57]

2.3.1. Der Suezkrieg, Europa und die USA

Für Europa ist der Suezkrieg als ein Wendepunkt in der Nahostpolitik zu sehen. Der politische und wirtschaftliche Einfluss, vor allem Frankreichs und Großbritanniens, wurde durch die US-Amerikanische Involvierung erheblich eingeschränkt. Pabst spricht im Zusammenhang mit dem UN-Beschluss sogar von einer „Demütigung von Suez“ in Bezug auf die, durch die UN-Vollversammlung ausgehende Aufforderung zu einem Rückzug Frankreichs und Großbritanniens aus dem Gebiet.[58] Für die USA war es von

[53] Vgl. Pabst: Der Nahostkonflikt. S.95
[54] Vgl. Krautkrämer: Krieg ohne Ende?. S.62
[55] Vgl. Johannsen: Der Nahostkonflikt. S.25
[56] Vgl. Pabst: Der Nahostkonflikt. S.95
[57] Vgl. Steininger: Der Nahostkonflikt. S. 88
[58] Vgl. Pabst: Der Nahostkonflikt. S.95

Bedeutung, im Rahmen ihrer Containment-Politik,[59] gute Beziehungen zu Ägypten aufzubauen, um den sowjetischen Einfluss einzuschränken und die Verbreitung des Kommunismus im Nahen Osten zu verhindern.[60]

Unterstrichen wird dieses Vorgehen mit einer Ermächtigung des US-amerikanischen Kongresses im Januar 1957. Demnach konnte die USA „mit jeder Nation oder Gruppe von Nationen im allgemeinen Bereich des Mittleren Ostens wirtschaftlich oder militärisch zusammenarbeiten", um, festgeschrieben im Zusatz des Senats, „die amerikanische militärische Macht zu gebrauchen, um einer offenen kommunistischen Aggression Widerstand zu leisten, wenn der Präsident dies für notwendig hält".[61]

Nach Krautkrämer steht dieser Beschluss, auch Eisenhower-Doktrin genannt, für die Ausdehnung des Kalten Krieges auf den Nahen Osten und die damit verbundene Erweiterung der amerikanischen Interessen-und Sicherheitszone in dieser Region.[62]

Insgesamt lässt sich festhalten, dass der Suezkrieg stellvertretend für die signifikant höhere Machtposition der USA im Vergleich zu Europa zu dieser Zeit steht. Die USA hat dabei Einfluss auf die Interessen von zwei europäischen Staaten ausgeübt, um wiederum ihre Position und Interessen durchzusetzten. Diese US-amerikanische Vorgehensweise und damit verbundenen Machtausübungen und-Positionen ist dabei richtungsweisend für ihre eigene Rolle und die der europäischen Staaten im Nahostkonflikt in den folgenden Jahrzehnten.

2.4. Der dritte Nahostkrieg, Sechs-Tage Krieg oder Naksa

Der Sechs-Tage Krieg oder auf Arabisch auch Naksa, Rückschlag,[63] genannt, stellt einen Umbruch des Konflikts dar. Zum einen erfuhr die Region eine signifikante territoriale Veränderung und zum anderen eine nicht unerhebliche Neupositionierung der externen zu untersuchenden Akteure. Daher ist diese Auseinandersetzung von weitreichender Bedeutung für die Entwicklung des Friedensprozesses und hat seine Spuren bis in die gegenwärtige Situation der Nahostpolitik aller Beteiligten hinterlassen.

---

[59] Die Containment-Politik oder Eindämmungspolitik wurde seit 1947 von den USA gegenüber der UdSSR verfolgt und charakterisiert das Auseinanderbrechen der Anti-Hitler-Koalition. Ziel dieser Politik war es, die Ausbreitung der Kommunismus und Stalinismus zu verhindern bzw. einzudämmen. In: https://de.wikipedia.org/wiki/Containment-Politik (16.07.2019)

[60] Vgl. Asseburg/Busse: Der Nahostkonflikt. S.23

[61] Krautkrämer: Krieg ohne Ende?. S.62

[62] Vgl. ebd. S.62

[63] Vgl. Asseburg/Busse: Der Nahostkrieg. S.24

Als Auslöser des Sechs-Tage Krieges lassen sich unterschiedliche Motive der Kriegsparteien aufzeigen. Zum einen begann Israel bereits 1964 Jordanwasser aus dem See Genezareth für eigene Bewässerungsprojekte abzuleiten, was wiederum die Wasserversorgung von Jordanien beeinträchtigte und die Sperrung der Quellflüsse des Jordans durch die arabischen Staaten zu Folge hatte.[64] Hinzu kam die Gründung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (Palestine Liberation Organisation, PLO) im selben Jahr und die damit verbundenen bewaffneten Angriffe der bereits 1959 gegründeten Fatah [65] auf Israel. Auf der anderen Seite häuften sich die Vergeltungsschläge der israelischen Armee auf PLO-Basen in Jordanien, Syrien und im Gaza-Streifen. Diese Umstände und die neuerliche Sperrung des Golf von Akaba für Israel, der einzige israelische Zugang zum Roten Meer, durch Nasser 1967, entfachten erhebliche Spannungen zwischen den Beteiligten und Gipfelten letztendlich in einem überraschendem Präventivschlag Israels gegen Ägypten, Syrien und Jordanien.[66]

Trotz der umfangreichen Mobilisierung der ägyptischen, jordanischen, syrischen, irakischen und saudi-arabischen Truppen an den Grenzen zu Israel konnten israelische Truppen in nur wenigen Tagen den Gazastreifen, die Sinai-Halbinsel, das Westjordanland, Ost-Jerusalem und die Golanhöhen einnehmen.[67] (Siehe Schaubild 3)

[64] Vgl. Krautkrämer: Krieg ohne Ende?. S.63

[65] Fatah ist das Akronym für „Palästinensische Befreiungsbewegung“ und bedeutet im Arabischen zugleich „Eroberung“. 1959 in Kuwait u.a. durch Jassir Arafat gegründet, hatte sie zunächst das Ziel, Palästina vollständig militärisch zu befreien und dort einen unabhängigen und demokratischen Staat zu gründen. 1969 wurde die Fatah die dominante Fraktion innerhalb der PLO und übernahm deren Führung. Aus: Asseburg/Busse: Der Nahostkonflikt. S.25

[66] Vgl. Asseburg/Busse: Der Nahostkonflikt. S.24

[67] Vgl. Johannsen: Der Nahostkonflikt. S.26

Das Schaubild zeigt die von Israel eroberten Gebiete, der Sinai-Halbinsel, Gaza-Streifen, Westjordanland und den Golanhöhen nach dem Sechs-Tage Krieg.

Schaubild 3

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Sechstagekrieg#/media/Datei:Israel_nach_Sechstagekrieg.svg

Der Sieg über die arabischen Nachbarstaaten ist in Israel zu einem Mythos der Unbesiegbarkeit geworden, hat das Land zu einer Besatzungsmacht werden lassen[68] und ist durch die Veränderung der Landkarten im Nahen Osten als ein wesentlicher Umbruch in der Region zu sehen.

Das Waffenstillstandsabkommen dieses Krieges trat durch Vermittlung der USA und der UNO am 10. Juni 1967 in Kraft.[69] In der dazugehörigen Resolution 242 des UNO-Sicherheitsrates vom 22. November 1967 heißt es:

> „Der Sicherheitsrat
> -hebt die Unzulässigkeit der Gebietserwerbung durch Krieg und die Notwendigkeit der Arbeit für einen gerechten und dauerhaften Frieden hervor, der jedem Staat der Region erlaubt, in Frieden zu leben;
> 1. bekräftigt, dass die Erfüllung der in der Charta niedergelegten Grundsätze die Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens im nahen Osten verlangt, der die Anwendung der beiden folgenden Grundsätze einschließt;

[68] Vgl. Asseburg/Busse: Der Nahostkonflikt. S.24
[69] Vgl. Pabst: Der Nahostkonflikt. S.102

(i) Abzug der israelischen Streitkräfte aus (den) Gebieten, die während des jüngsten Konflikts besetzt wurden;

(ii) Beendigung jedes erklärten oder tatsächlichen Kriegszustands und Respektierung und Anerkennung der Souveränität, der territorialen Integrität und politischen Unabhängigkeit eines jeden Staates in der Region sowie seines Rechts, innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen frei von Gewaltandrohung und –Anwendung zu leben".[70] (United Nations, Security Council, S/RES/242, 22. November 1967. Zitiert nach Europa-Archiv, Folge 24/1969, S.D578-D579)

Nach Asseburg und Busse impliziert diese Resolution zum einen „die Forderung an Israel, seine Truppen aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen, und im Gegenzug die Forderung aller Staaten, die Souveränität, territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit aller Staaten der Region sowie das Recht in Frieden in sicheren und anerkannten Grenzen zu leben, zu achten".[71]

Zu beachten sind die verschiedenen Auslegungen der Formulierung der Resolution. Der französische Text beinhaltet dabei den Ausdruck „aus *den* Gebieten", welche in der englischen Version wegfällt. Daraus resultiert eine unterschiedliche Interpretation in Bezug auf den Abzug der israelischen Streitkräfte aus allen 1967 besetzten Gebieten oder nur aus Teilen.[72]

Israel hielt, entgegen der Forderung der UNO auf Rückgabe der unzulässig annektierten Gebiete, an den Territorien fest und verfügte nun über ein Pfand, „das es im Tausch für die Anerkennung seines Existenzrechts und seiner Sicherheit anbieten konnte". Die Umsetzung dieses nach Johannsen benannten „historischen Kompromisses" oder auch als „Land für Frieden" benannten Lösungsvorschlags ist bis heute nicht ersichtlich[73] und einer der signifikanten Ursachen der gegenwärtigen Divergenzen.

[70] Johannsen: Der Nahostkonflikt. S.27
[71] Asseburg/Busse: Der Nahostkonflikt. S.25
[72] Vgl. ebd. S. 26
[73] Johannsen: Der Nahostkonflikt. S.26

2.4.1. Der Sechs-Tage Krieg, die EG und die USA

Der Sieg Israels im Sechs-Tage Krieg geht auch auf eine umfangreiche Aufrüstung des Landes durch europäische Staaten zurück. Vor allem Deutschland und Frankreich rüsteten Israel militärisch auf wodurch das israelische Militär zur am Besten bewaffneten und ausgestatteten im Nahen Osten aufstieg. Hinzu kam die atomare Aufrüstung aus Frankreich ab 1956.[74]

Da sich Israel als ein zuverlässiger Partner erwies, war die Unterstützung des Westens in Bezug auf den Expansionskrieg Israels groß. Doch konnte die EG keinen Konsens zu den Folgen des Sechs-Tage Krieges finden. Zwar forderte das Europäische Parlament eine gemeinsame Politik zur Lage im Nahen Osten, doch wurden vor allem durch die Wende der französischen Nahostpolitik unter Charles de Gaulle, gravierende Divergenzen innerhalb der Gemeinschaft sichtbar. Die *nouvelle politique arabe* Frankreichs nahm eine neue pro-arabische Haltung ein, welche sich auch auf die Orientierung der EG hin zu einer ausgleichenden Positionierung auswirkte. Deutschland und die Niederlande beharrten zwar auf ihrem pro-israelischen Kurs, doch ist eine Verschiebung der Präferenzen zu erkennen gewesen. Dieser Umstand ist vor allem auf die Ölabhängigkeit Westeuropas und die damit verbundene Absicherung der Versorgung aus dem arabischen Ländern zurückzuführen.[75]

In den USA verstärkte sich hingegen die pro-israelische Haltung im Hinblick auf den Sieg Israels. Durch die aufgezeigte militärische Stärke rückte Israel immer mehr in den Fokus von Mitgliedern von Regierung und Kongress, welche den Staat als einen starken Verbündeten gegen die Sowjetunion eine wichtige Funktion zuschrieben. Daraus resultiert auch, dass Israel bis heute der größte Abnehmer US-amerikanischer Militärhilfen ist.[76] Doch nicht nur auf politscher Ebene war eine vermehrt pro-israelische Haltung zu erkennen. Auch das Engagement in der US-amerikanischen Gesellschaft und primär in der jüdischen Gemeinde erfuhr im Hinblick auf die Unterstützung Israels einen wesentlichen Aufschwung.[77]

[74] Vgl. Klinkenberg, Michael F.: Die Rolle der EU im Nahost-Friedensprozess. Münster: LIT Verlag. 2002. S.22
[75] Vgl. ebd. S.22
[76] Vgl. Pabst: Der Nahostkonflikt. S.101
[77] Vgl. Braun: Duell zweier Freunde. S.23

2.5. Der vierte Nahostkrieg, Yom-Kippur Krieg oder Oktober-Krieg - 1973

Der Yom-Kippur Krieg 1973 stellt den bisher letzten Versuch dar, den Nahostkonflikt durch einen konventionellen Krieg zu lösen. Von erheblicher Tragweite für die externen Akteure sind vor allem seine Folgen, auf die hier explizit eingegangen wird. Für die EG, aber auch für die USA weist dieser Krieg, ähnlich wie die vorangegangenen kriegerischen Auseinandersetzungen, einen erneuten Wendepunkt in der jeweiligen Nahostpolitik auf und ist daher von maßgeblichem Interesse für die Entwicklung und die Involvierung der Akteure für den gegenwärtigen Friedensprozess.

Die Sinai-Halbinsel, welche 1967 von Israel besetzt wurde, stellte für Ägypten aufgrund der Ölquellen eine wichtige Einnahmequelle dar. Hinzu kam die Schließung des Suez-Kanals durch Israel, was ebenfalls wie der Sinai zu erheblichen wirtschaftlichen Verlusten auf Seiten Ägyptens führte. Um Israels Rückzug aus den Gebieten voranzutreiben bzw. sie wieder an der Verhandlungstisch zu bringen, bereitete der ägyptische Staatschef und Nachfolger Nassers, Anwar al-Sadat, gemeinsam mit Syrien einen Krieg gegen Israel vor. Für Syrien waren, aufgrund ihrer strategischen Bedeutung, die von Israel ebenfalls 1981 annektierten Golan-Höhen von Interesse. Dieses Vorhaben wurde zusätzlich durch Saudi-Arabien unterstützt, welches sein Öl als Waffe in Form eines Lieferembargos für jeden Staat der Israel unterstützte, einsetzte.[78] Dieses, häufig auch als „Ölwaffe“ bezeichnete Vorgehen, hatte vor allem für die westlichen Staaten zentrale Folgen und wird daher anschließend näher betrachtet.
Am 6. Oktober, dem Tag des höchsten jüdischen Feiertags Yom Kippur[79], besetzte Ägypten das Ostufer des Suezkanals und Syrien Teile der Golan-Höhen. Durch die Unterstützung der Sowjetunion konnte die Allianz schnelle militärische Erfolge vorweisen. Auf israelischer Seite wurden die Streitkräfte durch eine Luftbrücke mit Waffen aus den USA unterstützt und konnten dadurch die gegnerischen Armeen wieder zurückdrängen.[80] Dennoch ist dieser Krieg als ein politscher Gewinn für die arabischen Staaten zu deuten, da er den israelischen Mythos der Unbesiegbarkeit in den ersten Kriegstagen relativierte. Für Asseburg und Busse zählt dieser „militärische Durchbruch

[78] Vgl. Asseburg/Busse: Der Nahostkonflikt. S.28
[79] Vgl. Steininger: Der Nahostkonflikt. S.49
[80] Vgl. Johannsen: Der Nahostkonflikt. S.29

zu Beginn mehr als die Tatsache, dass Israel dank amerikanischer Waffenhilfe das Blatt bald wenden konnte".[81]

Durch die Unterstützung der Sowjetunion aufseiten Ägyptens und Syriens sowie der USA aufseiten Israels, verschob sich abermals der Kalte Krieg und der damit einhergehende Konflikt der Supermächte auf den Nahen Osten. Eine Eskalation des Konflikts mit weltpolitischen Ausmaß ist vor allem auf die diplomatischen Bestrebungen beider Länder zurückzuführen. Durch die Vermittlung von US-Außenminister Henry Kissinger und dem sowjetischen Ministerpräsident Aleksej Kossygin, konnte ein Waffenstillstand herbeigeführt werden, welcher in der Resolution 338 des UN-Sicherheitsrats festgesetzt wurde und die Aufforderung, alle militärischen Aktivitäten der Kriegsparteien sofort einzustellen, beinhaltete.[82] Der Krieg war damit am 26. Oktober 1973 beendet. Israel zog sich ein Jahr später aus den Gebieten zurück und auf den Golan-Höhen wurde eine Pufferzone unter Kontrolle von UN-Beobachtern, der United Nations Disengagement Observer Force (UNDOF), eingerichtet.[83]

2.5.1. Der Yom-Kippur Krieg, die EG und die USA

Die Vereinbarung der arabischen Ölminister, die sogenannte „Ölwaffe" eizusetzten, also jene Staaten mit einem Embargo zu belegen, welche im Verlauf des Yom-Kippur Kriegs eine pro-israelische Sichtweise vertraten, brachte die europäischen Staaten unter enormen wirtschaftlichen Druck.[84]

In Folge des Embargos stieg der Ölpreis von Oktober 1973 bis März 1974 von 3 US-Dollar auf 12 US-Dollar pro Fass und war Auslöser für eine zweijährige Rezession verbunden mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit in den europäischen Industriestaaten. Ziel der arabischen Staaten war es auch, durch dieses Druckmittel, die Anerkennung der „legitimen Rechte der Palästinenser" durch den Westen herbeizuführen.[85]

Durch diese hervorgerufene Ölkrise fragmentierten sich die europäischen Staaten in drei verschiedene Gruppen. Komplett ausgenommen von dem Embargo waren, aufgrund ihrer pro-arabischen Haltung zu dieser Zeit, Frankreich und Großbritannien. Ein totales Embargo mussten, geschuldet durch ihre pro-israelische Politik, hingegen die USA und

[81] Asseburg/Busse: Der Nahostkonflikt. S.28
[82] Vgl. Krautkrämer: Krieg ohne Ende?. S.69
[83] Vgl. Johannsen: Der Nahostkonflikt. S.29
[84] Vgl. Klinkenberg: Die Rolle der EU im Nahost-Friedensprozess. S.23
[85] Vgl. Pabst: Der Nahostkonflikt. S.122

die Niederlande hinnehmen. Teilembargos wurden für weitere europäische Staaten ausgesprochen. Für Klinkenberg wurde durch die Ölkrise auch die Abhängigkeit der EG in Bezug auf den arabischen Rohstoff ersichtlich, da keine Gegenmaßnahmen eingeleitet wurden.[86]

Es ist jedenfalls festzustellen, dass es zu einer weiteren Korrektur der europäischen Nahost-Politik kam, indem von einer Konfrontation mit den arabischen Staaten abgesehen wurde. Dies wird vor allem an der Verweigerung der europäischen NATO-Staaten, eine Aufrüstung Israels durch die USA zu unterstützten, ersichtlich und verursachte nicht nur Spannungen zwischen den USA und Europa, sondern implizierte zudem ein Dilemma für die europäischen Staaten. Klinkenberg nennt hier zum einen die Optionen dem „Ölboykott schutzlos ausgeliefert zu sein oder die Bündnissolidarität mit den USA zu verletzten".[87]

Ausschlaggebend für einen homogenen Kurs der europäischen Staaten in Bezug auf die Nahostpolitik und ihren Beitrag zu einer Friedenlösung war einmal mehr die französische Initiative und die damit verbundene pro-arabisch ausgerichtete Nahost-Politik. Der Ministerrat formulierte dabei am 6. Oktober 1973 eine Erklärung zum Yom-Kippur Krieg unter Berufung auf die UN-Resolutionen 242 und 338 zur Regelung des Konflikts. Diese Erklärung implizierte unter anderem den Rückzug aus den besetzten Gebieten, die Ablehnung des gewaltsamen Landerwerbs durch Israel und zum ersten Mal die Anerkennung der legitimen Rechte der Palästinenser.[88]

Geschuldet durch den, nach Klinkenberg, konsequenten Ausschluss Europas an den Friedensbemühungen der beiden Großmächte USA und Sowjetunion, konkretisierte sich eine Intensivierung der europäisch-arabischen Politik. Stellvertretend dafür ist der von Frankreich herbeigeführte und auf wirtschaftlichen Grundlagen basierende Europäisch-Arabische Dialog (EAD). Diese europäisch-arabische Verbindung wurde durch den, am 4. März auf dem EPZ[89]-Treffen in Brüssel verfassten Beschluss im Hinblick auf eine ausgedehnte wirtschaftliche Zusammenarbeit verstärkt und verschärfte gleichzeitig die Spannungen mit den USA und Israel.[90]

---

[86] Vgl. Klinkenberg: Die Rolle der EU im Nahost-Friedensprozess. S.23

[87] Klinkenberg: Die Rolle der EU im Nahost-Friedensprozess. S.23

[88] Vgl. ebd. S.24

[89] Als Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) wurde ein Verfahren bezeichnet, durch das die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, von 1970 bis 1992 ihre Kooperation in nicht wirtschaftlichen Politikfeldern, vor allem im Bereich der Außenpolitik, institutionalisierten. In: https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Politische_Zusammenarbeit (16.07.2019)

[90] Vgl. Klinkenberg: Die Rolle der EU im Nahost-Friedensprozess. S.24

Um die Beziehungen nicht noch weiter zu verschlechtern wurde schließlich im Gymnich-Agreement[91] die regelmäßige Unterrichtung der USA über den EAD beschlossen. Für die USA sollte der EAD kein Forum des Nahostkonfliktes darstellen.[92]
Auch in Bezug auf Israel wurde, vor allem durch die primäre Initiierung Deutschlands, ein Weg der Entspannung gewählt. Innerhalb des EAD forderten die arabischen Staaten von Europa die Anerkennung der PLO, was wiederum die europäischen Staaten zu der Forderung nach Anerkennung Israels durch die arabischen Staaten veranlasste. Diese Vorgehensweise und der Abschluss eines Freihandelsabkommens mit Israel 1975 markierte zwar „eine Gradwanderung zwischen den Konfliktparteien", führte aber auch zu der Aufnahme von Gesprächen mit Israel und den damit verbundenen Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen und markiert nach Klinkenberg eine ausgewogene EG-Politik.[93]

3. Der Friedensprozess im Nahen Osten

Um die Involvierung der Akteure auf den Friedensprozess im Nahen Osten bzw. den Einfluss der zu behandelnden Akteure, EU und USA, auf den Friedensprozess des palästinensisch-israelischen Konflikts, genauer zu verstehen, ist es von Bedeutung den Begriff Friedenprozess zu definieren. Daher wird in diesem Kapitel zu Beginn der Begriff „Friedensprozess", durch wissenschaftliche Theorien genauer dargestellt und anschließend die Hauptproblemfelder des Nahostkonflikts und ihre Rolle in Bezug auf den Friedensprozess erläutert. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den Konfliktgegenständen: Anerkennung, Flüchtlinge, israelische Siedlungspolitik, der Status Jerusalem und Wasserressourcen.

[91] Ein Gymnich-Treffen, international Gymnich style meeting oder Gymnich meeting bezeichnet in der Europäischen Union ein etwa halbjährliches informelles Treffen der Außenminister der Mitgliedstaaten der EU. Meist nehmen daran auch die Außenminister gewisser mit der EU assoziierter Staaten teil. Der Begriff geht auf ein Treffen im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit im April 1974 im Gästehaus (Schloss Gymnich) der deutschen Bundesregierung in Gymnich zurück, das Hans-Dietrich Gentscher veranstaltete. In: https://de.wikipedia.org/wiki/Gymnich-Treffen (17.07.2019)
[92] Vgl. Klinkenberg: Die Rolle der EU im Nahost-Friedensprozess. S.24
[93] Vgl. ebd. S.24f

3.1. Friedenprozess – Definitionen

Der Begriff „Friedenprozess“ ist auf unterschiedliche Weise zu definieren. Die beiden folgenden Ausführungen beinhalten dabei verschiedene Herangehensweisen einer Definition und versuchen einen Umriss der essentiellen Bedeutung zu geben.
Nach Harald Saunders sind Friedensprozesse,

> „a political process in which conflicts are resolved by peaceful means. They are a mixture of politics, diplomacy changing relationships, negotiation, mediation and dialogue in both official and unofficial arenas".[94]

Die Friedensprozesse laufen dabei in vier verschiedenen Bereichen gelichzeitig ab:

1. **Die offizielle (official) Arena**: In diesem Bereich bauen offizielle Diplomaten persönliche Beziehungen zu ihren Kollegen auf, handeln Vereinbarungen aus und arbeiten an besseren Beziehungen zwischen den Regierungen.[95]
2. **Die halboffizielle (Quasi-Official) Arena**: Hier tauschen Nicht-regierungsmitglieder, welche aber eng mit den jeweiligen Regierungen verbunden sind, Informationen aus. Als Beispiel lässt sich in Bezug auf den israelisch-palästinensischen Konflikt, das Oslo-Abkommen nennen, welches auf quasi-offizielle Verhandlungen unter norwegischer Vermittlung zurückgeht.[96]
3. **Der öffentliche Friedensprozess (Public Peace Process):** Dieser Bereich beschreibt einen anhaltenden Dialog zwischen inoffiziellen (non-official) Beamten. Im Mittelpunkt sind hier nicht die staatlichen sondern die „menschlichen“ („human“) Ursachen eines Konflikts. Darunter fallen nach Saunders: Wahrnehmungen, Stereotype, Misstrauen oder Hoffnungslosigkeit. Diese Art von Dialog ist bei den Gesprächen zwischen Israelis und Palästinensern seit Jahren allgegenwärtig und lässt sich auch in anderen Konfliktregionen bzw.-konstellationen, wie im Kalten Krieg, in Nordirland oder Zypern wiederfinden.[97]

---

[94] Burgess, Heidi: Peace Processes. 2004. In: https://www.beyondintractability.org/essay/peace-processes (21.07.2019)
[95] Vgl. Burgess, Heidi: Peace Processes. 2004. In: https://www.beyondintractability.org/essay/peace-processes (21.07.2019)
[96] Vgl. Burgess, Heidi: Peace Processes. 2004. In: https://www.beyondintractability.org/essay/peace-processes (21.07.2019)
[97] Vgl. ebd.

4. **Die Zivilgesellschaft:** Der letzte zu nennende Bereich, ist in einem zivilen Netzwerk einzuordnen und inkludiert häufig problematische bzw. umstrittene Gruppierungen, welche sich aus Zivilisten zusammensetzten. Innerhalb von Konflikten können diese Gruppen auseinanderbrechen und müssen wieder neu aufgebaut werden.[98]

Als eine weitere Definition des Begriffs „Friedensprozess", ist die des Wissenschaftlers Timothy Sisk zu nennen. Er konstituiert als Friedensprozess:

> "step-by-step reciprocal moves to build confidence resolve gnarly issues such as disarmament, and carefully define the future through the design of new political institutions. In other terms, a peace process is an intricate dance of steps-choreographed by third-party mediators – among parties in conflict that help to gradually exchange war for peace".[99]

Nach Burgess ist diese Definition nach Sisk auf gewaltsame internationale und zivile Konflikte Beschränkt, was durch die Formulierung „exchange war for peace" unterstreichen wird. Ihrer Interpretation nach könnte diese Definition jedoch auch für gewaltfreie Konflikte gelten.[100] Hervorzuheben ist jedoch die Bedeutung einer Involvierung Dritter in den Friedensprozess. Sisk benennt dabei den Friedensprozess als eine Choreographie von Drittparteien, welche als Vermittler auftreten und dadurch den Prozess vorantreiben um letztendlich Krieg gegen Frieden einzutauschen.
Beide Definitionen sind für eine Analyse der externen Akteure, EU und USA, von Bedeutung. Zum einen kann das Feld des Dialogs nach der Definition von Saunders genau abgesteckt werden und verdeutlicht dadurch die jeweilige Involvierung.
Der Ansatz von Sisk beschreibt außerdem die Beteiligung Außenstehender als einen essentiellen Bestandteil hin zu Frieden bzw. einer Konfliktlösung als ein Ziel des Prozesses.

---

[98] Vgl. ebd.
[99] Sisk, Timothy D.: Democratization and Peacebuilding. In: Crocker, Chester/ Hampson, Fen Olser/Aall, Pamela: Turbulent Peace. Washington D.C.: U.S. Institute of Peace. 2001. S. 787. In: https://www.beyondintractability.org/essay/peace-processes
[100] Vgl. Burgess, Heidi: Peace Processes. 2004. Aus: https://www.beyondintractability.org/essay/peace-processes (21.07.2019)

Beide Ansätze sind im Zusammenhang mit den zu behandelnden Akteuren von Bedeutung und lassen sich als eine weitere Grundlage für die Untersuchung heranführen.

3.2. Die Hauptproblemfelder des Friedensprozesses im israelisch-palästinensischen Konflikt

Das der israelisch-palästinensische Konflikt bis Heute ein Krisenherd mit internationaler Involvierung ist, geht auf mehrere Ursachen zurück. Um einen genaues Verständnis zu erlangen, warum der Friedensprozess in dieser Region bis in die Gegenwart das Bild der internationalen außenpolitischen Agenden kennzeichnet, ist es von Bedeutung die Hauptproblemfelder des Konfliktes genauer zu skizzieren.

3.2.1. Die Anerkennung

Die gegenseitige staatliche Anerkennung Israels und der PA mit einem möglichen palästinensischen Staat steht im Mittelpunkt der hier beschriebenen Hauptproblemfelder bzw. Konfliktgegenstände des Friedensprozesses im israelisch-palästinensischen Konflikt.
In Folge der Ersten Intifada (Siehe Kapitel 4.1.3.2.) im Dezember 1987 fasste die PLO den Entschluss einen eigenständigen palästinensischen Staat auszurufen. Da sich das PLO-Hauptquartier zu diesem Zeitpunkt jedoch in Tunis befand und die PLO keines der Gebiete kontrollierte, die Teil eines palästinensischen Staates werden sollten, ist diese Maßnahme vor allem als eine Symbolische zu deuten. Bei der Tagung des Palästinensischen Nationalrates am 15. November 1988 in Algier wurde die palästinensische Unabhängigkeitserklärung beschlossen.[101]
In der Erklärung heißt es:

> „In Ausübung der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung, politische Unabhängigkeit und Souveränität über sein Land proklamiert der Palästinensische Nationalrat im Namen Gottes und im Namen

[101] Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: 15. November 1988: PLO erklärt staatliche Unabhängigkeit Palästinas. Aus: http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/279844/unabhaengigkeit-palaestinas (16.08.2019)

des palästinensischen Volkes die Gründung des Staates Palästina auf seinem palästinensischen Boden mit Jerusalem als Hauptstadt".[102]

Neben dieser Proklamation des Staates Palästina kritisiert die Erklärung auch die israelische Besatzungspolitik, wobei auf die Ursachen, nämlich die kriegerischen Versuche arabischer Staaten einen jüdischen Staat in Palästina zu verhindern, nicht eingegangen wird. Außerdem enthält die Erklärung auch eine indirekte Anerkennung der Existenz Israels, da sie sich auf die UN-Resolution 242 bezieht und damit die Souveränität und politische Unabhängigkeit eines jeden Staates in der Region bestätigt. Das Existenzrecht Israels wurde jedoch in der Vergangenheit immer wieder von Vertretern der PLO und aktuell durch den Nationalrat der Palästinenser im Jahr 2018 angezweifelt bzw. abgelehnt.[103]

Der Status Palästinas als Staat ist jedoch völkerrechtlich umstritten, wird häufig kontrovers diskutiert und die Anerkennung durch die internationale Gemeinschaft divergiert. So haben von den 193 UN-Mitgliedsstaaten 137 Palästina als unabhängigen Staat anerkannt (Stand 2019)[104]von denen Acht EU-Mitgliedsstaaten sind.[105] Seit 2012 hat Palästina einen Beobachterstatus bei der UN, wobei eine Vollmitgliedschaft durch ein Veto der USA bisher verhindert wurde.[106]

Die allgemeine Anerkennung eines palästinensischen Staates ist umstritten, da Staatlichkeit eine souveräne Staatsgewalt über ein Territorium voraussetzt, welches im diesen Fall durch die von Israel besetzten Gebiete Westjordanland und Gaza nicht gegeben ist.[107]

Die Montevideo-Konvention über die Rechte und Pflichten der Staaten vom 26. Dezember 1933 setzt dabei die Kriterien der Staatlichkeit fest.

---

[102] Unabhängigkeitserklärung des Staates Palästina. Algier, 15.11.1988. Aus: http://www.palaestina.org/fileadmin/Daten/Dokumente/Abkommen/PLO/unabhaengigkeitserklaerung.pdf (16.08.2019)

[103] Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: 15. November 1988: PLO erklärt staatliche Unabhängigkeit Palästinas. Aus: http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/279844/unabhaengigkeit-palaestinas (16.08.2019)

[104] Vgl. Deutscher Bundestag: Ausarbeitung zur völkerrechtlichen Anerkennung Palästinas. S.4. Aus: https://www.bundestag.de/resource/blob/631838/0697a1a6392406b6501bdfc557ee8b23/WD-2-009-19-pdf-data.pdf (16.08.2019)

[105] Vgl. Europäisches Parlament: Entschließungsantrag zur Verwirklichung einer Zweistaatenlösung im Nahen Osten vom 15.05.2017. Aus: http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/B-8-2017-0345_DE.html (16.08.2019)

[106] Vgl. Deutscher Bundestag: Ausarbeitung zur völkerrechtlichen Anerkennung Palästinas. S.5. Aus: https://www.bundestag.de/resource/blob/631838/0697a1a6392406b6501bdfc557ee8b23/WD-2-009-19-pdf-data.pdf (16.08.2019)

[107] Vgl. ebd. S.6

Hier heißt es in Artikel 1:

> „Der Staat als eine Person internationalen Rechts sollte über die folgenden Merkmale verfügen: eine ständige Bevölkerung; ein definiertes Territorium; eine Regierung und die Fähigkeit, mit den anderen Staaten in Beziehung zu treten".[108]

Die hier genannten Merkmale eines Staates sind nach Johannsen im Falle eines palästinensischen Staates gegeben aber nicht vollständig ausgebildet. So fehlt es an wesentlichen Politikfeldern wie Außenpolitik und damit verbundenen außenwirtschaftlichen Beziehungen, sowie an Kontrolle über strategische Ressourcen wie Wasser oder Boden.[109]
Hier schließt sich die israelische Argumentation an, nach der eine palästinensische Staatlichkeit nicht gegeben ist und einem palästinensischen Staat bzw. dessen Existenz die Anerkennung verweigert wird.[110]
In einem offiziellen Blogeintrag der israelischen Botschaft von Berlin vom 28. Juni 2011 heißt es:

> „Die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) entspricht gegenwärtig ganz klar nicht den gängigen juristischen Kriterien für Eigenstaatlichkeit, besonders nicht das Kriterium einer funktionsfähigen Regierung. Darüber hinaus hat die PA keine effektive Kontrolle über den von der Hamas[111] regierten Gaza-Streifen, obwohl Israel sich vor 6 Jahren vollständig aus diesem Gebiet zurückgezogen hat. Die Anerkennung einer einseitigen Erklärung zu diesem Zeitpunkt wäre daher verfrüht und könnte einen gefährlichen Präzedenzfall für die Anerkennung neuer Staaten in anderen Regionen schaffen".[112]

---

[108] Montevideo-Konvention über Rechte und Pflichten der Staaten vom 26. Dezember 1933. Artikel 1. Aus: http://krd-blog.de/wp-content/uploads/2015/01/montevideo_dt_markiert.pdf (16.08.2019)
[109] Vgl. Johannsen: Der Nahostkonflikt. S.60
[110] Vgl. Deutscher Bundestag: Ausarbeitung zur völkerrechtlichen Anerkennung Palästinas. S.16. Aus: https://www.bundestag.de/resource/blob/631838/0697a1a6392406b6501bdfc557ee8b23/WD-2-009-19-pdf-data.pdf (16.08.2019)
[111] Die Hamas ist eine sunnitische-islamistische Terrororganisation und wurde 1987 gegründet. Seit ihrem Wahlsieg 2006 stellt sie die Regierung im Gazastreifen. Aus: https://de.wikipedia.org/wiki/Hamas (16.08.2019)
[112] Botschaft des Staates Israel in Berlin: Rechtliche Aspekte der vorzeitigen Anerkennung eines palästinensischen Staates. Aus: http://www.botschaftisrael.de/2011/06/28/rechtliche-aspekte-der-vorzeitigen-anerkennung-eines-palastinensischen-staates/ (16.08.2019)

Um eine Lösung des Konfliktes und das international angestrebte Modell der Zweistaatenlösung, also die Existenz eines palästinensischen Staates neben Israel, zu konkretisieren, ist eine gegenseitige Anerkennung unumgänglich. Die Umsetzung ist jedoch, wie hier aufgezeigt wird, problematisch, da eine umfassende internationale und israelische Anerkennung eine souveräne palästinensische Staatsgewalt voraus setzt, welche nicht gegeben ist. Zwar verfügen die Palästinenser über eine ausgeprägt nationale Identität und haben seit Beginn des Friedensprozesses in den 1990er-Jahren versucht eine staatliche Struktur aufzubauen[113], jedoch sind die Voraussetzungen für eine Anerkennung als Staat nicht ausreichend. Hierfür verantwortlich sind vor allem die unterentwickelten innerpolitischen Strukturen, die bisher keine innere Ordnung und Sicherheit zum Beispiel in Bezug auf Gewalt-und Terrorakte herbeiführen konnte. Dieser Umstand wird auch durch die Zersplitterung der Gebiete Gaza, unter Führung der radikal-islamischen Hamas und dem Westjordanland unter der Verwaltung der sozialdemokratischen Fatah, unterstützt.[114]

3.2.2. Die Flüchtlinge

Die sehr komplexe palästinensische Flüchtlingsfrage steht wie die Frage der Anerkennung im Zentrum für eine mögliche Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes und ist für den Friedensprozess von zentraler Bedeutung. Dabei stehen sich die Parteien seit Jahrzehnten mit tiefgreifenden unterschiedlichen Ansätzen gegenüber und lassen eine baldige Entspannung in Bezug auf die Problematik in weite Ferne rücken.

Nach Angaben der UNO flohen ca. 726.000 palästinensische Araber aus dem neuen israelischen Staatsgebiet nach und vor der Gründung Israels 1948[115] und siedelten sich hauptsächlich im Gaza-Streifen, dem Westjordanland und in den arabischen Nachbarstaaten an. Der Sechs-Tage Krieg 1967 trug zu einer weiteren Flüchtlingswelle, von 250.000 bis 300.000 Flüchtlingen bzw. Vertriebenen bei. Die arabischen Nachbarstaaten waren auch hier die größten Aufnahmeländer. [116] Die arabisch-israelischen Kriege hatten jedoch auch für die in hauptsächlich muslimischen Ländern

[113] Vgl. Johannsen: Der Nahostkonflikt. S.59
[114] Vgl. ebd. S.60
[115] Vgl. Johannsen, Margret: Der Nahost-Konflikt. S.81
[116] Vgl. Asseburg/Busse: Der Nahostkonflikt. S.71

lebenden Juden fatale Folgen. Zwischen der Gründung Israels 1948 bis zu den frühen 1970er-Jahren flohen ca. 800.000 Juden aufgrund von Pogromen, Enteignungen oder Ausweisungen mehrheitlich nach Israel.[117]

Die durch die UNO-Vollversammlung beschlossene Resolution 194, welche allein eine Empfehlung darstellt, wurde von Israel abgelehnt. Sie beinhaltet die Rückkehr der Geflüchteten „zum frühestmöglichen Zeitpunkt" und sieht eine Entschädigung für die Zurückgekehrten vor.[118] Die Zurückweisung der Resolution durch Israel wird durch eine Erklärung des israelischen UN-Sonderbotschafters ersichtlich:

> „Repatriierung würde bedeuten, dass Hunderttausende von Menschen in einer Staat einbezogen würden, dessen Existenz sie ablehnen, dessen Zerstörung sie mit Entschlossenheit anstreben.[119] (Abba Eban, UN-sonderbotschafter Israels, 17.11.1958)

Hinzu kommt die Begründung seitens Israels, dass die arabischen Staaten durch den Beginn des Krieges „die Bevölkerung ausdrücklich zur Flucht aufgerufen hätten". Diese Abkehr von der Verantwortung relativiert Klinkenberg. Für ihn ist zwar eine Vertreibung nicht nachweisbar, aber sieht er „eindeutige Anzeichen ethnischer Säuberungen", welche schon vor Kriegsbeginn stattgefunden haben. Demnach flüchteten schon vor der Gründung Israels ca. 350.000 Palästinenser.[120]

Da eine Rückkehr der Flüchtlinge durch Israel konsequent abgelehnt wird, wurde durch die UN-Generalversammlung im Dezember 1949 [121] das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) gegründet. Ziel der UNRWA ist es jedem Flüchtling, der „1948 aus den von Israel eingenommenen Gebieten geflohen" ist, „direkte Hilfe zukommen zu lassen sowie diese in ein Arbeitsprogramm zu integrieren".[122]

Zugeteilt werden die UNRWA-Leistungen jedoch nur Menschen, welche der UNRWA-Definition nach als palästinensische Flüchtling gelten. Dies inkludiert unter anderem

---

[117] Vgl. Shindler: A history oft he modern Israel. S.63/64
[118] Vgl. Johannsen: Der Nahostkonflikt. S.81
[119] Vgl. ebd. S.81
[120] Vgl. Klinkenberg: Die Rolle der EU im Nahost-Friedensprozess. S.71
[121] Vgl. Asseburg/Busse: Der Nahostkonflikt. S.71
[122] Stetter, Ilona-Margarita: Die Rechtliche Situation Palästinensischer Flüchtlinge. Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Aus: https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=f1ed9bc7-7800-1d53-0b8e-df9149f4f540&groupId=268421 (21.07.2019)

einen ständigen Wohnsitz zwischen Juni 1946 und Mai 1948 in Palästina und einen Verlust der Lebensgrundlagen durch den Krieg 1948.[123]

Ansprüche haben desweitern Nachkommen männlich registrierter Flüchtlinge und Ehefrauen. Die meisten der registrierten Flüchtlinge leben dabei in Jordanien (2.1 Millionen, Stand 2015) gefolgt vom Gaza-Streifen (1.3 Millionen) und Westjordanland (770.000).[124] Über 30% von ihnen leben in Flüchtlingslagern, welche von der UNRWA betreut werden. Die Lebensumstände in diesen Lagern sind teilweise prekär[125] und lässt eine baldige Lösung der Problematik unabdingbar werden. Es bleibt festzuhalten, dass der Friedenprozess bzw. auf weiter Sicht eine Lösung des Konfliktes auch mit einer gleichzeitigen Lösung der Flüchtlingsfrage einhergeht.

3.2.3. Die israelische Siedlungspolitik

Die israelische Siedlungspolitik ist ein weiterer Streitpunkt in den israelisch-palästinensischen Beziehungen und daher als ein wichtiger Bestandteil für die Weiterführung des Friedensprozesses bzw. für eine mögliche Lösung des Konfliktes zu sehen.

Mit dem Sieg Israels im Sechs-Tage-Krieg 1967 begann auch der großflächige Bau von Siedlungsanlagen auf den eroberten Territorien. Diese Politik wurde von den folgenden Regierungen weiter forciert[126] und hat den Bau von insgesamt 125 Siedlungen und 100 Außenposten im Westjordanland mit insgesamt ca. 550.000 israelischen Bewohnern (Stand 2015) zur Folge[127] (Siehe Schaubild 4).

[123] Vgl. ebd.
[124] Vgl. Asseburg/Busse: Der Nahostkonflikt. S.73
[125] Vgl. Johannsen: Der Nahostkonflikt. S.82
[126] Vgl. Johannsen: Der Nahostkonflikt. S.71
[127] Vgl. Asseburg/Busse: Der Nahostkonflikt. S.63

Das Schaubild zeigt die Gebiete unter israelsicher bzw. palästinensischer Kontrolle im Westjordanland und Gaza-Streifen innerhalb und außerhalb der sogenannten „Grünen Linie“, sowie den israelischen Siedlungsbau im Westjordanland.

Schaubild 4 Quelle: https://www.pinterest.de/pin/744853225842272168/

Die von Israel ausgehende Siedlungspolitik ist jedoch nach Artikel 49 der IV. Genfer Konvention von 1949 völkerrechtswidrig. Demnach ist es einer Besatzungsmacht untersagt, Bevölkerung in einem besetzten Gebiet anzusiedeln. Der Internationale Strafgerichtshof benennt dieses Vorgehen der israelischen Regierung in einem Statut von 1998 als Kriegsverbrechen,[128] was die internationale Rechtsgrundlage in Bezug auf diese Problematik verdeutlicht.

Israel interpretiert diese Auffassung jedoch anders. Nach israelischer Interpretation kann sich die Genfer Konvention nicht auf die Gebiete des Westjordanlandes und den Gaza-Streifen beziehen, da sie zur Zeit der israelischen Eroberung nur durch Jordanien und Ägypten verwaltet wurden und daher als „herrenlos“ zu betrachten waren.[129]

Zusätzlich argumentiert Israel, dass mit der Siedlungspolitik auch die Sicherheit Israels bestärkt wird. So ergeben sich verteidigungspolitische und strategische israelische Argumente für einen ausgeprägten Siedlungsbau, da durch die geographische Lage des Landes ein Angreifer aus einem Anrainerstaat, zum Beispiel aus der Luft innerhalb von Sekunden in israelisches Staatsgebiet eindringen kann. Daher argumentieren Unterstützer der Siedlungspolitik, dass den Palästinensern keine weiteren

[128] Vgl. ebd. S.62
[129] Vgl. Johannsen: Der Nahostkonflikt. S.72

Gebietszugeständnisse gemacht werden darf um eine schnelle Handlungsfähigkeit im Falle eines Angriffs zu wahren.[130] Hinzu kommt eine wesentliche religiöse Komponente nach der die Besiedlung des biblischen Stammlandes Judäa und Samaria durch das jüdische Volk die Erlösung der Welt beschleunigt. Nach Johannsen dient Religion daher zur Legitimierung der israelischen Siedlungspolitik und damit verbundenen Landnahme.[131] Hier schließt sich die Argumentation von Klinkenberg an. Er behauptet, dass Israel seine „historischen Rechte im Kernland Israel zu siedeln beansprucht um für die anhaltende Einwanderung notwendige Territorien zu finden und durch eine gezielte Strategie die territoriale Kontinuität der palästinensischen Städte und Dörfer bricht." Weiter argumentiert er, dass durch diese Kantonisierung ein „unabhängiger, lebensfähiger palästinensischer Staat unmöglich gemacht wird" und letztendlich Israel ermöglicht „die vollständige Kontrolle über die Territorien, die Ökonomie und die natürlichen Ressourcen" auszuüben.[132]
Die hier aufgezeigte Problematik verdeutlicht den Stellenwert in Bezug auf den israelisch-palästinensischen Konflikt. Eine grundlegende Kompromisslösung ist dabei unabdingbar für einen nachhaltigen Friedensprozess. Die Beteiligung von externen Akteuren, auf Berufung der beschlossenen Gesetzlage, ist dabei als Druckmittel für ein Einlenken Israels von zentraler Bedeutung.

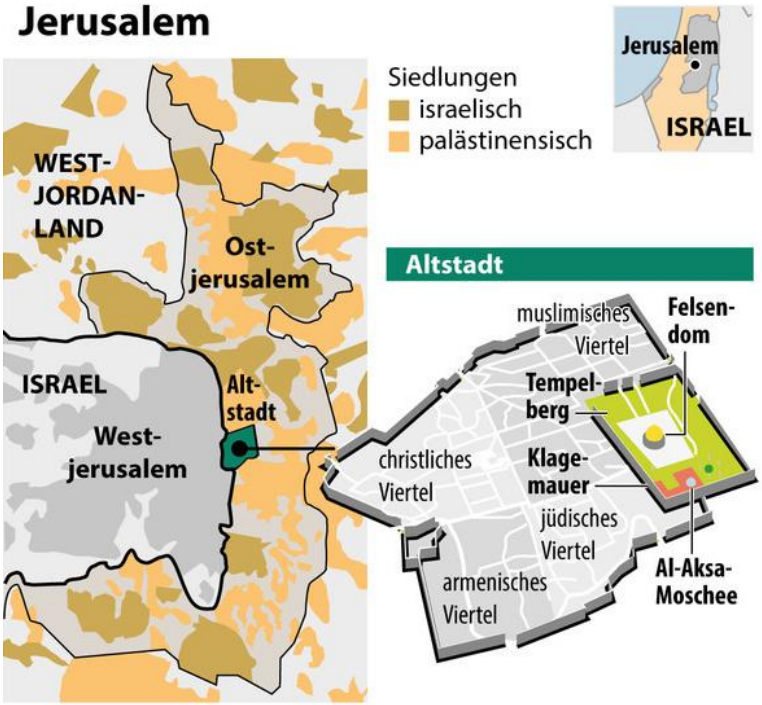
3.2.4. Der Status Jerusalem

Ähnlich wie bei den vorangegangenen Problemfeldern, stellt die Regelung über den Status der Stadt Jerusalem einen weiteren wichtigen Ansatz dar, um einen Friedenprozess zu konkretisieren. Die Streitigkeiten gehen dabei vereinfacht der Frage nach, wem die Stadt gehört, was wiederum auch eine komplexe religiöse Komponente mit einbezieht.

Sowohl Israelis als auch Palästinenser beanspruchen die Stadt als eine mögliche Hauptstadt ihres Staates bzw. möglichen Staates. Die Komplexität dieser, rechtlich nicht allgemeingültig geklärten Statusfrage wird durch die religiös bedingte Geschichte der

[130] Vgl. Süddeutsche Zeitung. Was man über die israelischen Siedlungen wissen sollte. Aus: https://www.sueddeutsche.de/politik/siedlungsbau-was-man-ueber-die-israelischen-siedlungen-wissen-sollte-1.3379622-0 (14.08.2019)
[131] Vgl. Johannsen: Der Nahostkonflikt. S.75
[132] Klinkenberg: Die Rolle der EU im Nahost-Friedensprozess. S.70/71

Stadt ersichtlich. Juden, Muslime und Christen sind tief mit der Geschichte der Stadt verwurzelt, was die jeweiligen Ansprüche (zumindest bei den Juden und Muslimen) unterstreicht. Der Tempelberg in der Altstadt Jerusalems spielt dabei eine zentrale Rolle, da er von Juden wie auch von Muslimen als bedeutendes Heiligtum gesehen wird. So befinden sich die Al-Aksa-Moschee und die Überreste eines jüdischen Tempels, die Klagemauer, in unmittelbarer Nähe zueinander (Siehe Schaubild 5). Hinzu kommt die Aufteilung der Altstadt in ein jüdisches, armenisches, arabisches und christliches Viertel.[133]



Das Schaubild zeigt israelischen und palästinensischen Siedlungen in Ost-Jerusalem und eine Darstellung der Altstadt mit den wichtigsten religiösen Bauten sowie die Aufteilung der Viertel.

Schaubild 5 Quelle: https://www.lpb-bw.de/nahostkonflikt.html

Nachdem sich nach Ende des britischen Mandats über Palästina die UNO für eine Internationalisierung Jerusalem ausgesprochen hat, wurde die Stadt wiederum ab 1949, nach Ende des ersten israelisch-arabischen Krieges, zweigeteilt, wobei die Altstadt unter jordanische Herrschaft fiel. In Folge des Sechs-Tage-Krieges 1967 wurde Ost-Jerusalem von Israel eingenommen. Dieser Stadtteil wird von den Palästinensern als mögliche Hauptstadt eines Palästinenserstaates angesehen. Am 30. Juli 1980 wurde durch die Knesset[134] das Jerusalemgesetz beschlossen, welches die gesamte Stadt als legitime

[133] Vgl. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: Der Nahostkonflikt. In: https://www.lpb-bw.de/nahostkonflikt.html (22.07.2019)
[134] Die Knesset ist das Parlament des Staates Israel. Aus: Botschaft des Staates Israel in Berlin. In: https://embassies.gov.il/berlin/AboutIsrael/politicalSystem/Pages/Knesset.aspx (22.07.2019)

Hauptstadt Israels festsetzt. Diese faktische Annexion Ost-Jerusalems, wurde in der Resolution 478 des UN-Sicherheitsrats für bedeutungslos erklärt, was wiederum die Verlegung der verbliebenden restlichen Botschaften von Jerusalem nach Tel Aviv zur Folge hatte.[135]

Die israelische Siedlungspolitik findet auch in Jerusalem statt. Durch den Bau von Siedlungen und Straßen wurde der arabische Teil Jerusalems zunehmend eingekesselt und vom Westjordanland abgeschnitten. Stellvertretend hierfür ist der Bau einer israelischen Sperranlage ab 2002, welche durch die palästinensischen Wohnviertel führt und für die arabische Bevölkerung eine sich vergrößernde Isolation darstellt.[136]

Die israelische Legitimation für den Bau dieser Anlage, bezieht sich auf den Schutz vor Terrorismus, da Attentäter vermehrt aus dem Westjordanland kommen. Doch ist für viele Palästinenser vielmehr eine Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung aus Jerusalem, als israelische Motivation für diese Maßnahmen zu erkennen.[137]

Klinkenberg sieht die israelische Politik bzw. Siedlungspolitik in Bezug auf Jerusalem wie folgt:

> „Die israelische Siedlungspolitik macht die Bezeichnung Ostjerusalem fast unsinnig, nachdem jüdische Viertel wie Ringe um die arabischen Viertel herum entstanden sind, die das stetige Anwachsen der arabischen Stadtteile verhindern sollen. Die Siedlungspolitik in und um Ostjerusalem folgt praktisch der gleichen Strategie wie in den besetzten Gebieten: die Zerstückelung der mit jüdischen Siedlern gespickten arabischen Teile, und deren Einklammerung durch jüdische Viertel, die ein Wachstum verhindern. Hinzu kommt die militärisch-Strategisch Bedeutung, denn die Kontrolle über Jerusalem ist der Schlüssel zur Kontrolle über das Westjordanland“.[138]

Wie durch Klinkenberg ersichtlich wird, beinhaltet die Frage nach dem Status Jerusalems mehrere Komponenten. Die Lösung der Problematik ist dabei als ein Grundfeiler des Friedensprozesses zu sehen und ist für eine Lockerung der israelisch-

[135] Vgl. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: Der Nahostkonflikt. In: https://www.lpb-bw.de/nahostkonflikt.html (22.07.2019)
[136] Vgl. Johannsen: Der Nahostkonflikt. S.78
[137] Vgl. ebd. S.80
[138] Klinkenberg: Die Rolle der EU im Nahost-Friedensprozess. S.67

palästinensischen Beziehungen sowie für die Lösung des gesamten israelisch-palästinensischen Konfliktes unvermeidlich.

3.2.5. Die Wasserressourcen

Der territoriale Streit im Nahen Osten inkludiert auch die Wasserversorgung als überlebenswichtige und in der Region sehr knappe Ressource. Dabei beschränkt sich der Kampf um Wasser nicht nur auf den israelisch-palästinensischen Konflikt, sondern bezieht darüber hinaus auch Jordanien, Syrien und den Libanon mit ein.[139]
Die Relevanz für den Konflikt ist durch die Knappheit von Wasser und die territoriale grenzüberschreitende Nutzung hoch und eine Reglung des Problems zentral für den Friedenprozess.
Die Wasserversorgung in der Region wird hauptsächlich durch das Jordanflusssystem und den Grundwasservorkommen des Westjordanlandes akquiriert. Die Quellflüsse des Jordans entspringen auf den Golan-Höhen, israelischen Staatsgebiet sowie dem Südlibanon und Syrien bzw. seit 1967 von Israel besetzten Territorium. Die Statusfrage um den See Genezareth, als ein weiteres Oberflächengewässer, ist ungeklärt. Nach israelischer Auffassung liegt er komplett auf israelischem Staatsgebiet. Syrien hingegen beharrt auf seine Anrainerrechte am östlichen Ufer. Der untere Jordan bildet den Grenzfluss zwischen Israel und Jordanien bis zu seiner Mündung im Toten Meer. Das Grundwasservorkommen der Region liegt hauptsächlich unter dem Westjordanland und wird unteranderem durch unterirdische und grenzüberschreitende Gewässer gespeist.[140] (Siehe Schaubild 6)

[139] Vgl. Johannsen: Der Nahostkonflikt. S.66
[140] Vgl. ebd. S.66/67

Das Schaubild zeigt die Quellflüsse des Jordans und ihren territorialen Ursprung:

- Dan (Israel)
- Hasbani (Südlibanon)
- Banyas (Syrien bzw. seit 1967 von Israel besetztes Territorium)
- Yarmouk (Jordanien)

Schaubild 6 Quelle: https://stefaniezobl.info/jordan/

Israel deckt dabei seinen Wasserbedarf aus Quellen, welche hauptsächlich außerhalb ihres Territoriums liegen. Mit der Besetzung der palästinensischen Gebiete wurden die dortigen Wasserressourcen zu israelischem Staatseigentum erklärt. Israel kontrolliert seitdem die Wasserförderung in diesen Gebieten. [141] Daraus resultiert ein unausgeglichenes Verhältnis des Pro-Kopf-Wasserkonsums. Der Verbrauch (Trinkwasser plus industrieller und landwirtschaftlicher Verbrauch[142]) von Israelis ist dabei drei- bis viermal so hoch wie der von Palästinensern. Dies liegt unteranderem an der landwirtschaftlichen Nutzung in den hauptsächlich sehr trockenen Wüstengebieten, die Israel zu einem Großproduzenten macht. Zwar liegt der Anteil der Landwirtschaft nur bei 2,8% (Stand 2008) des nationalen Bruttoinlandprodukts,[143] sie verbraucht allerdings mit 58% den größten Teil des zu Verfügung stehenden Wassers. Gefolgt von privaten Haushalten mit 35% und industriellen Verbrauch mit 7%.[144] Das ungleiche Verhältnis wird zusätzlich durch Militärverordnungen und Zuteilungsquoten Israels, welche die Wassernutzung der Palästinenser weiter einschränken, unterstützt. Dabei soll die Wasserversorgung des israelischen Kernlandes primär abgesichert werden.[145]

[141] Vgl. Asseburg/Busse: Der Nahostkonflikt. S.77/78
[142] Vgl. ebd. S.79
[143] Vgl. Wirtschaft Israels. Wirtschaftssektoren – Landwirtschaft. Aus: https://de.wikipedia.org/wiki/Wirtschaft_Israels#Landwirtschaft (17.08.2019)
[144] Vgl. Schröder, Bernd: Wenn Bauern auf dem Trockenen sitzen. In: Neues Deutschland. 23.06.2018. Aus: https://www.neues-deutschland.de/artikel/1092059.wassermangel-in-israel-wenn-bauern-auf-dem-trockenen-sitzen.html (15.08.2019)
[145] Vgl. Johannsen: Der Nahostkonflikt. S.70

Israel ist von der Wasserversorgung aus den besetzten Gebieten abhängig[146] und würde durch eine Abgabe der Gebiete 65% seiner Wasserressourcen einbüßen, was einen israelischen Verzicht auf das Jordantal unmöglich macht.[147]
Für Johannsen ist diese Kontrolle über die besetzten Gebiete daher ein wichtiger Bestandteil dieser Problematik:

> „Der Zugriff auf die Wasserressourcen in den Golan-Höhen ist verknüpft mit militärischen Aspekten der Kontrolle Israels bzw. Syriens über die Höhenzüge. Vor allem aber berührt die Konkurrenz zwischen Israel und den Palästinensern um das Grundwasser des Westjordanlandes den Kern des Nahostkonflikts. Ohne eine Lösung der Territorialfragen ist der Wasserkonflikt nicht einvernehmlich zu regeln. Die Besatzung des Westjordanlandes verschafft Israel die physische Kontrolle über die Entstehungsgebiete des dortigen Grundwassers und die politische Kontrolle über die Konkurrenten um die Nutzung dieser Wasserreserven".[148]

Aufgrund des prognostizierten Bevölkerungswachstums[149] ist eine baldige Lösung des Problems unerlässlich. Dies kann jedoch nur durch eine einhergehende Lösung des Territorialkonflikts geschehen und inkludiert daher eine zukunftsnahe Weiterführung des Friedensprozesses. Die Wasserversorgung ist dabei ein sensibles Thema, da es das unmittelbare Leben der Menschen betrifft. Um einer Lösung des Problems näher zu kommen müsste politischer Druck auf Israel ausgeübt werden, damit Israel palästinensische Wasserechte sowie die palästinensische Rechtshoheit über ihre Wasserressourcen und deren Entwicklung und Verwaltung ohne Einschränkung respektiert.

[146] Vgl. Klinkenberg: Die Rolle der EU im Nahost-Friedensprozess. S.79
[147] Vgl. ebd. S.80
[148] Johannsen: Der Nahostkonflikt. S.68/69
[149] Vgl. ebd. S.71

4. Konfliktlösungsansätze der EU und USA

4.1. Vorgeschichte: Vom Camp-David-Abkommen bis zur Friedenskonferenz von Madrid 1991

Die Zeit nach Ende des Yom-Kippur-Krieges im Oktober 1973 ist vor allem durch verschiedene Konfliktlösungsansätze geprägt. Sowohl die USA als auch die EG bzw. EU haben dabei zentrale Positionen in der Ausarbeitung von Abkommen, Verhandlungen und Deklarationen sowie der Vermittlung von Gesprächen zwischen den Konfliktparteien eingenommen. Die jeweiligen Ansätze und die Involvierung der zu untersuchenden Akteure wird dabei in den folgenden Kapiteln dargestellt und soll die jeweiligen Einflusssphären auf den Friedensprozess genauer darstellen. Von zentraler Bedeutung für den Friedensprozess im israelisch-palästinensischen Konflikt ab den 1990er-Jahren sind dabei die vorangegangenen Konfliktlösungsansätze der 1970er-und 80er-Jahre. Daher wird zuerst auf das Camp-David-Abkommen bzw. Friedensabkommen von 1978 zwischen Ägypten und Israel und auf die wichtigsten Geschehnisse in dieser Zeitperiode eingegangen, um detaillierte Vorkenntnisse in Bezug auf den zu untersuchenden Zeitraum ab 1991 bis zu Gründung des Nahostquartetts im Jahr 2002 zu erhalten.

4.1.1. Das Camp-David-Abkommen - 1978

Nach insgesamt vier Kriegen zwischen Ägypten, seinen Verbündeten und Israel, kennzeichnet das sogenannte Camp-David-Abkommen und der daraus resultierende Friedensvertrag das Ende des ägyptisch-israelischen Konflikts. Unter der Schirmherrschaft der USA in Person von US-Präsident Jimmy Carter, konnten nach 18-monatigen andauernden diplomatischen Gesprächen zwischen der Parteien, schließlich eine Vereinbarung herbeigeführt werden. Dabei wurden nach geheimen 12-tägigen Verhandlungen in Camp David[150] zwei Abkommen im Weißen Haus in Washington unterzeichnet, welche sich auf die bilateralen Beziehungen der beiden Länder

[150] Camp David ist der Landsitz des amerikanischen Präsidenten im Bundesstaat Maryland. Aus: Academic Universal Lexikon. In: http://universal_lexikon.deacademic.com/219023/Camp_David (24.07.2019)

beschränkten. Von einer Lösung der Streitfragen in Bezug auf den Konflikt zwischen Israel und allen arabischen Staaten wurde abgesehen.[151]

Die beiden Abkommen beinhalten zum einen die Rückgabe des Sinai durch Israel an Ägypten, die Rahmenbedingung für einen Friedensvertrag innerhalb der nächsten drei Monate und Bedingungen für die Aufnahme von Verhandlungen mit dem Ziel eine palästinensische Selbstverwaltungsbehörde im Westjordanland und Gazastreifen einzurichten.[152]

Am 26. März 1979 konnte als Folge der Abkommen von Washington schließlich der Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel abgeschlossen werden.[153] Er kennzeichnet das erste Friedensabkommen zwischen Israel und einem arabischen Staat.

Das Abkommen brachte für die Beteiligten unterschiedliche Begleiterscheinungen mit sich. Die USA, als ein einflussreicher externer Akteur, konnte durch ihre signifikante Rolle bei der Herbeiführung und Vermittlung der Gespräche, ihre zentrale Position als Bindeglied im Nahen Osten weiter stärken. Doch konnte keine Lösung gefunden werden, welche weitere arabische Konfliktparteien mit einschließt und ist daher nur als ein Teilerfolg der US-amerikanischen Bemühungen zu sehen. Israel wurde durch den Verlust des Sinai mit Entwicklungs-und Militärhilfen aus den USA entschädigt und konnte durch das Abkommen mit seinem größten Nachbarn Frieden schließen. Für Ägypten ergaben sich positive und negative Begleiterscheinungen in Bezug auf das Abkommen. Zum einen wurde Ägypten Partner mit den USA, was ähnlich wie bei Israel, umfassende Finanz-und Militärhilfen mit sich brachte. Jedoch hatte die Vereinbarung auch den vorübergehenden Ausschluss (1979-1989) aus der Arabischen Liga zur Folge.[154]

Die Europäische Gemeinschaft hielt sich aus den Friedensbemühungen mehrheitlich heraus und nahm eine reservierte Rolle ein. Das Friedensabkommen Ägyptens mit Israel wurde von den arabischen Staaten als Verrat betrachtet, was die innerarabischen Beziehungen belastete und Anlass für die EG gab keine Stellung zu beziehen. Ähnlich wie bei der Ölkrise 1973 entstand ein Dilemma für die Europäischen Staaten in Bezug auf eine eindeutige arabische oder amerikanisch-israelische Positionierung. Um nicht

---

[151] Vgl. Europe Israel Press Association: Camp-David-Abkommen 1978. In: http://eipa.eu.com/de/category/informationszentrum/friedensprozess/camp-david-abkommen-1978/ (24.07.2019)

[152] Vgl. ebd.

[153] Vgl. Krautkrämer: Krieg ohne Ende?. S.83

[154] Vgl. Asseburg/Busse: Der Nahostkonflikt. S.29

zwischen die Fronten zu geraten berief sich die EG auf ihre bereits am 29. Juni 1977 verfasste Erklärung des Europäischen Rates in London.[155]
In der Erklärung werden unter A.2. die UN-Resolutionen 242 und 338 bekräftigt und zusätzlich unter A.3. die legitimen Rechte der palästinensischen Bevölkerung hervorgehoben.

> „Die Neun haben ihre Überzeugung bekräftigt, dass der Konflikt im Nahen Osten nur gelöst werden kann, wenn das legitime Recht des palästinensischen Volkes auf effektiven Ausdruck seiner nationalen Identität in die Wirklichkeit umgesetzt wird, wobei der Notwendigkeit eines Heimatlandes für das palästinensische Volk Rechnung getragen wird. Sie sind der Auffassung, dass die Vertreter der Konfliktparteien, einschließlich des palästinensischen Volkes, in angemessener Weise, welche in Konsultation zwischen allen betroffenen Parteien festzulegen ist, an den Verhandlungen teilnehmen müssen. Im Rahmen einer Gesamtlösung muss Israel bereit sein, die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes anzuerkennen; ebenso muss die arabische Seite bereit sein, das Recht Israels anzuerkennen, in Frieden innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen zu leben“.[156]

Für Klinkenberg ist der Begriff „Heimatland“ stellvertretend für das zurückhaltende Auftreten der EG in Bezug auf das ägyptisch-israelische Friedensabkommen, da für ihn „die Unterscheidung zwischen „Heimatland“ und „Staat“ als diplomatische Rücksichtnahme auf Israel und die USA zu werten ist“. Hinzu kommt die bereits vorher von Carter formulierte Bezeichnung „homeland“, was als Äquivalent für den, nach Klinkenberg, „diffusen“ Begriff „Heimatland“ zu deuten ist.[157]
Das Camp-David-Abkommen ist als ein Startschuss für weitere entscheidende Beschlüsse und Verhandlungen zu sehen und kennzeichnet den Vorläufer der Phase des Friedensprozesses. Die bedeutsame Vermittlerrolle der USA in Hinblick auf den israelisch-ägyptischen Frieden, unterstreicht die ausgeprägte Machtposition und den damit verbundenen Einfluss auf den Friedenprozess. Dies ist auch auf die Verfügung von

[155] Vgl. Klinkenberg: Die Rolle der EU im Nahost-Friedensprozess. S.26
[156] Tagung des Europäischen Rates am 29. und 30. Juni 1977 in London: Erklärung über den Nahen Osten Punkt 1. A. 3. In: https://www.consilium.europa.eu/media/20781/london_juni_1977__de_.pdf (24.07.2019)
[157] Vgl. Klinkenberg: Die Rolle der EU im Nahost-Friedensprozess. S.25

Ressourcen, wie Finanz-und Militärmittel zurückzuführen und verdeutlicht die bedeutsame Rolle der USA im Nahen Osten zu dieser Zeit. Der Europäischen Gemeinschaft kommt hier nur eine Statistenrolle zu und lässt Spielraum für eine geschlossene Positionierung und eigene Initiativen, um den Friedensprozess mitzugestalten und voranzutreiben.

4.1.2. Die Erklärung des Europäischen Rates von Venedig - 1980

Der zuvor angesprochene Mangel an einer direkten Teilhabe bzw. einer einheitlichen Leitlinie in Bezug auf den Friedensprozess der EG wurde durch die Erklärung von Venedig 1980 des Europäischen Rates kompensiert. Sie ist als das bis dahin „wichtigste Dokument der europäischen Nahostpolitik“[158] zu sehen und ebnet den Weg eines eigenen europäischen Friedensplans.
Es beinhaltet unter anderem die Forderung an Israel, das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser anzuerkennen, die PLO an den Friedensverhandlungen zu beteiligen und sich vollständig aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen sowie seine Siedlungspolitik einzustellen.
So heißt es unter Punkt 6., 7. und 9.:

> „6. A just solution must finally be found to the Palestinian problem, which is not simply one of refugees. The palestinian people, which is conscious of existing as such, must be placed in a postion, by an appropriate process defined within the framework of the comprehensive peace settlement, to exercise fully ist right to selt-determination.
>
> 7. The achievement of these objectives requires the involvement and support of all the parties concerned in the peace settlement which the nine are endeavouring to promote in keeping with the principles formulated in the declaration referred to above. These principles apply to all the parties concerned, and thus to the Palestinian people, and to the PLO, which will have to be associated with the negotiations.

[158] Vgl. Klinkenberg: Die Rolle der EU im Nahost-Friedensprozess. S.26

> 9. The nine stress the need for Israel to put an end to the territorial occupation which it has maintained since the conflict of 1967, as it has done for part of Sinai. They are deeply convinced that the Israeli settlements constitute a serious obstacle to the peace process in the Middle East. The nine consider that these settlements, as well as modifications in population and property in the occupied Arab territories, are illegal under international law".[159]

Als weitere zentrale Punkte nennt die Erklärung, die Unvereinbarkeit der Änderung des Status Jerusalems (Punkt 8) und den Willen der EG eine Initiative für Verhandlungen voranzutreiben (Punkt 11).[160]

Nach Atieh hatte diese Präzisierung der Terminologie, im Vergleich zu den vorangegangenen uneindeutigen Formulierungen[161], keine elementare Handlung der EG zur Folge gehabt. Zwar wurde die finanzielle Unterstützung für das UNRWA verstärkt und Vertretungen der PLO in mehreren europäischen Städten eröffnet[162], eine direkte Wirkung auf den Friedensprozess konnte jedoch nicht erreicht werden. Für Atieh ist dennoch die Akzeptierung von palästinensischen diplomatischen Vertretungen auf europäischem Boden bemerkenswert. Für ihn war dies, „die Art und Weise Europas, Israel mitzuteilen, das Recht des palästinensischen Volkes auf ein Leben ohne die ihm auferlegte militärische Besetzung zu unterstützen".[163] In Bezug auf die Beziehungen zwischen den EG-Staaten und der PLO kann allerdings nicht von einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik gesprochen werden. Der Öffnung der PLO-Vertretungen gingen separate palästinensische Bitten an jeden einzelnen EG-Mitgliedsstaat voraus. Es kam daher nie zu einer einheitlichen europäischen Diskussion über die Öffnung solcher Vertretungen innerhalb der europäischen Institutionen. Jedem Mitgliedsland war es daher selbst überlassen einer solchen Bitte nachzukommen oder nicht. So war es Frankreich, das durch seine pro-arabisch geprägte Politik die Eröffnung einer palästinensischen Vertretung als Erste gestattete.[164]

Die Erklärung hatte auch, vor allem auf diplomatischer Ebene, Folgen für die Europäische Gemeinschaft. Für Klinkenberg steht sie im Widerspruch mit dem Camp-

[159] Venice Declaration June 13, 1980. In: http://eeas.europa.eu/archives/docs/mepp/docs/venice_declaration_1980_en.pdf (25.07.2019)
[160] Vgl. ebd.
[161] Vgl. Klinkenberg: Die Rolle der EU im Nahost-Friedensprozess. S.26
[162] Vgl. Atieh, Adel: Die Rolle der Europäischen Union im Nahostkonflikt. Paris: EuroCité. 2017. S.2/3
[163] ebd. S.3
[164] Vgl. ebd. S.3

David-Abkommen und dementsprechend auch mit der von Carter initiierten US-Nahostpolitik. Dieser Umstand veranlasste wiederum die USA mit einer Verringerung der in Europa stationierten US-Truppen zu drohen. Auch Israel verurteilte die Erklärung als einseitig pro-arabisch. Dies ist jedoch nach Klinkenberg nicht gerechtfertigt, da die Erklärung auf den UN-Resolutionen 242 und 338 des Sicherheitsrates beruht. Dennoch verschlechterte sich das europäisch-israelische Verhältnis nachhaltig und hat sich bis heute nur bedingt erholt.[165]

Die Erklärung von Venedig ist trotzdem als ein Meilenstein der europäischen Nahostpolitik zu sehen. Durch die Inkludierung des Rechts auf Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes und der Beteiligung der PLO wurde ein eindeutiger europäischer Weg in Bezug auf die Lösung des Konflikts gewählt. Der politische Einfluss der Erklärung auf den Friedensprozess hielt sich zwar in Grenzen, jedoch wurde ein einheitlicher Standpunkt gesetzt und ein eigenständiges europäisches Profil präsentiert. Aus diesem Grund ist diese Initiative der EG als ein deutliches Signal für eine angestrebte Teilhabe am Friedensprozess und den damit verbundenen Verhandlungen zu interpretieren.

4.1.3. Der fünfte israelische-arabische Krieg oder Libanonkrieg und der Ausbruch der Ersten Intifada

Die 1980er-Jahre wurden vor allem durch zwei zentrale Ereignisse geprägt. Der Libanonkrieg und der Ausbruch der Ersten Intifada in den palästinensischen Gebieten. Beide Vorfälle stehen in einem Zusammenhang und besitzen, durch die Involvierung verschiedener Konfliktparteien sowie externer Akteure, eine hohe Relevanz für die Bewertung des Friedensprozesses des israelisch-palästinensischen Konfliktes.

4.1.3.1. Operation „Frieden für Galiläa“ – Der Erste Libanonkrieg

Nach der Gründung des Staates Israel haben sich ca. 170.000 Palästinenser im Libanon angesiedelt. Diese Zahl erhöhte sich nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967 und der Zerschlagung von PLO-Basen im Jordantal durch Jordanien auf ca. 300.000. Ein großer Teil der Geflüchteten sammelte sich in südlibanesischen Flüchtlingslagern, welche zu

[165] Vgl. Klinkenberg: Die Rolle der EU im Nahost-Friedensprozess. S.27

Stützpunkten und Ausbildungsstätten von Guerillaorganisationen und Ausgangpunkte für Operationen gegen Nordisrael wurden.[166]

Ab den 1970er-Jahren häuften sich die militanten Aktionen der PLO aus dem Südlibanon gegen Israel. Dies war unter anderem dem Regierungswechsel 1977 in Israel geschuldet, da die neue national-konservative Likud-Partei eine ausgeprägte Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten vorantrieb. Primäres Ziel dieser Strategie war es „die Entstehung eines unabhängigen und lebensfähigen Staat Palästina zu verhindern".[167]

Als Folge dieser Politik sind weit verbreitete Aufstände gegen die israelische Besatzungsmacht im März 1982 zu nennen.[168]

Dieser Umstand und das misslungene Attentat auf den israelischen Botschafter in Großbritannien am 3. Juni 1982, welches von Israel der PLO zugeschrieben wurde, veranlasste Israel zu einer Militäroffensive, der sogenannten „Operation Frieden für Galiläa", im Südlibanon am 6. Juni 1982.[169] Ziel war es, die PLO aus dem Libanon zu vertreiben und dort eine pro-israelische Regierung zu installieren. Mit der Einnahme Beiruts, dem Hauptquartier der PLO, durch Israel am 24. Juni und den folgenden schweren Gefechten um die Stadt wurde schließlich der Abzug der PLO-Kampfeinheiten nach Tunis beschlossen. An den Aushandlungen war der US-amerikanische Vermittler Philip Habib maßgeblich beteiligt.[170]

Mit der Stationierung einer Multinationalen Streitmacht bestehend aus US-amerikanischen, britischen, französischen und italienischen Soldaten wurde schließlich der Waffenstillstand ab dem 21. August festgesetzt.[171]

4.1.3.2. Die Erste Intifada

Nach Ende des Libanonkrieges kamen viele palästinensische Kämpfer in das Gebiet zurück, was das ursprüngliche Ziel Israels, einen vollständigen Abzug der PLO aus dem Libanon relativiert und die Invasion Israels als eine Nichtnachhaltige kennzeichnet. An dem US-amerikanischen Kurs in Bezug auf Israel wurde trotz der Bombardierung Beiruts allerdings nichts geändert. Die US-amerikanischen Militärhilfen für Israel, mit einem Gesamtvolumen von 28 Mrd.US-Dollar zwischen 1979 und 1989, wurden sogar

[166] Vgl. Krautkrämer: Krieg ohne Ende?. S.89
[167] Vgl. Johannsen: Der Nahostkonflikt. S.30
[168] Vgl. Johannsen: Der Nahostkonflikt. S.30
[169] Vgl. Pabst: Der Nahostkonflikt. S.132
[170] Vgl. Steininger: Der Nahostkonflikt. S.52
[171] Vgl. Pabst: Der Nahostkonflikt. S.133

aufgestockt. Hinzu wurde das PLO-Büro bei der UNO in Washington geschlossen, was für Steininger stellvertretend für das damalige internationale Desinteresse in Bezug auf die Palästinenser zu deuten ist. Dies wird durch den Irak-Iran-Krieg, welcher im Mittelpunkt der internationalen Aufmerksamkeit zu dieser Zeit stand, unterstrichen. Die wachsende Hoffnungslosigkeit der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten spiegelte sich in einem Massenprotest gegen die Besatzungsmacht im Dezember 1987, welcher auf arabisch auch „Intifada" bezeichnet wird, was „Erhebung" bzw. „Abschütteln" bedeutet.[172]

Für Braun verdeutlicht dieser palästinensische Aufstand im Westjordanland und im Gazastreifen, dass die palästinensische Bevölkerung sich nicht länger dem „Status quo" ergaben und die damit verbundene israelische Besatzung von 1967 nicht akzeptierten. Sie wollten nicht mehr „als Bürger zweiter Klasse ohne Wahl-und andere politischen Rechte in das israelische System integriert" werden.[173] Das radikale Vorgehen der israelischen Sicherheitskräfte gegen die palästinensischen Protestler stieß auf heftige Kritik aus den arabischen Staaten und den USA. Dieser Umstand veranlasste die USA wiederum zu einer intensivierten Nahostpolitik und setzte die Lösung des Konflikts wieder in das Zentrum ihrer Bemühungen.[174]

Für Braun verdeutlicht die Erste Intifada,

> „dass die bisherigen Versuche der Konfliktlösung völlig unzureichend geblieben waren. Weder die zahlreichen Kriege noch die wenigen diplomatischen Erfolge hatten einen dauerhaften Frieden ermöglicht. Und die immer umfassendere Integration der West Bank und des Gaza-Streifens in den jüdischen Staat durch die israelische Regierung hatte trotz aller Bemühungen der Besatzungsmacht nicht dazu geführt, dass die Palästinenser und die arabischen Staaten die totale Niederlage akzeptieren und ihre Ansprüche aufgaben".[175]

Die Brutalität der Zusammenstöße während der Ersten Intifada, wird durch die hohe Opferzahl verdeutlicht. Demnach starben im Laufe der Zusammenstöße nach Angaben der israelischen Menschenrechtsorganisation B´Tselem insgesamt 1124 Palästinenser und 90 Israelis. Die Auseinandersetzungen veranlasste auch die israelische Bevölkerung

[172] Vgl. Steininger: Der Nahostkonflikt. S.52/53
[173] Braun: Duell zweier Freunde. S.33
[174] Vgl. Braun: Duell zweier Freunde. S.34
[175] Braun: Duell zweier Freunde. S.33

zu einem Umdenken und spaltete die Parteien in Fraktionen welche der Besatzung positiv oder negativ gegenüberstanden. Daraus resultiert nach Johannsen, dass die Intifada unbeabsichtigt auch als ein „Wegbereiter für den Friedensprozess", zu deuten ist.[176]

4.1.4. Die Positionierung der EG in den 1980er-Jahren

Die europäische Initiative in diesem Zeitraum ist vor allem von Zurückhaltung geprägt. Zwar wurde die israelische Invasion im Südlibanon mit dem Ziel, die PLO zu zerschlagen, verurteilt, Sanktionen blieben jedoch aus[177] was wiederum für die Passivität der EG zu Beginn dieser Zeitperiode steht.
Erst zum Ende der 1980er-Jahre ist eine erneute Aktivität der EG-Politik in Bezug auf den Konflikt zu erkennen. Diese neuen Bemühungen haben ihren Ursprung mit der anhaltenden prekären Situation der palästinensischen Bevölkerung, welche durch die Intifada der Öffentlichkeit vor Augen geführt wurde. Ein zentraler Aspekt dieser neuen Initiative der EG, ist auf die Beschlüsse des Palästinensischen Nationalrats von Algier 1988 zurückzuführen. Zum einen wurde durch den Nationalkongress die UN-Resolutionen 242 und 338 angenommen, was wiederum mit der Anerkennung der Existenz des Staates Israel einhergeht. Dieser neue Weg der PLO traf bei der EG auf Zustimmung und führte auch bei den USA zu der Bereitschaft, Gespräche mit der PLO aufzunehmen.[178]
Die Erklärung des Europäischen Rates von Madrid vom 27. Juni 1989 unterstreicht dabei den Willen der EG, die PLO verstärkt in den Friedensprozess miteinzubeziehen, bekräftigt die Position aus der Erklärung von Venedig 1980 und fordert eine internationale Friedenskonferenz unter der Schirmherrschaft der UNO.

> „Die Politik der Zwölf gegenüber dem Nahostkonflikt ist in der Erklärung von Venedig vom 13. Juni 1980 und in den darauf folgenden Erklärungen festgelegt. Sie besteht darin, das Recht aller Staaten der Region, einschließlich Israels, auf Sicherheit, das heißt auf ein Leben innerhalb sicherer, anerkannter und garantierter Grenzen und den Anspruch auf Gerechtigkeit für alle Völker der Region zu bekräftigen, was die Anerkennung der legitimen Rechte des

[176] Vgl. Johannsen: Der Nahostkonflikt. S.37
[177] Vgl. Klinkenberg: Die Rolle der EU im Nahost-Friedensprozess. S.27
[178] Vgl. ebd. S.28

palästinensischen Volkes, einschließlich des Rechts auf Ausübung des Selbstbestimmungsrechts mit allen, was dazu gehört, einschließt.

Die Zwölf vertreten die Auffassung, dass diese Ziele auf friedlichem Wege im Rahmen einer internationalen Friedenskonferenz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen verwirklicht werden müssen. Der Europäische Rat vertritt ferner die Ansicht, dass die PLO an diesem Prozess beteiligt werden muss.

Der Europäische Rat begrüßt es, dass das außerordentliche Gipfeltreffen der Arabischen Liga in Casablanca die Beschlüsse des Palästinensischen Nationalrats von Algier unterstützt hat, die Annahme der Resolution 242 und 338 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, aus denen die Anerkennung des Existenzrechts Israels und der Verzicht auf Terrorismus hervorgeht, beinhaltet.

Er begrüßt ferner die Bemühungen, die von den Vereinigten Staaten in ihren Kontakten zu den unmittelbaren beteiligten Parteien unternommen werden, insbesondere die Aufnahme des Dialogs mit der PLO".[179] (Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat, Madrid, 26./27. Juni 1989, S.24/25)

Diese Modifikationen im Vergleich zu der Erklärung von Venedig beinhaltet eine Aufwertung der PLO zu einer aktiven Verhandlungspartei[180] und eine Forderung nach direkter Beteiligung am Friedensprozess. Das neue EG-Mitglied Spanien spielte bei dieser Präzisierung der europäischen Nahostpolitik, geprägt durch ihre pro-arabische Politik, eine große Rolle.[181]
Die anfängliche Passivität der EG in Bezug auf ihre Bemühungen auf den Friedensprozess ist vor allem durch den Ausbruch der Intifada einer neuen verstärkten Positionierung gewichen. Mit der Anerkennung Israels durch die PLO, konnte ein vielversprechender Ansatz für Friedensverhandlungen hinzu gewonnen werden und fand bei der EG große Zustimmung.
Die Nahostpolitik der EG ist dabei in Phasen aufzuteilen. Die erste Phase von 1979-1983 markiert eine gewisse Unkenntnis, vor allem des Parlaments, in Bezug auf die

[179] Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat, Madrid, 26./27. Juni 1989, S.24/25
[180] Vgl. Klinkenberg: Die Rolle der EU im Nahost-Friedensprozess. S.29
[181] Vgl. ebd.

gegenwärtige Situation im Nahen Osten. Die Jahre von 1983 bis 1987 werden nach Klinkenberg mit dem Prozess der Bewusstwerdung im Hinblick auf die Problematik assoziiert. Abschließend kennzeichnet die Phase mit Beginn der Intifada bis 1995, einen Zuwendung zu palästinensischen Forderungen und eine verstärkte Verurteilung der israelischen Politik.[182]

Insgesamt ist ein Aufwachen der EG-Nahostpolitik zu dieser Zeit erkennbar. Mit dem Bewusstwerden der neuen Möglichkeiten für den Friedensprozess, wuchs auch die Rolle der EG und die damit verbundene Einflusssphäre auf den Konflikt. Dieser Prozess findet mit der Friedenskonferenz 1991 in Madrid seinen vorläufigen Höhepunkt, welcher sich jedoch durch die Ereignisse zum Ende der 1980er-Jahre und mit Beginn der 1990er-Jahre relativieren lässt. Die Teilhabe der EG am Friedensprozess ist daher weiterhin nur als begrenzt zu bewerten, wie die Konferenz von Madrid aufzeigen wird. Dennoch bildet sie den Beginn des zu untersuchenden Zeitraumes bis zu der Gründung der Nahostquartetts 2002 und soll die Zu-bzw. Abnahme der Einflusssphären darstellen.

4.2. Grundlegende Ansätze der EU und USA für den Friedensprozess

4.2.1. Die Friedenskonferenz von Madrid - 1991

Der Beginn des Friedenprozesses im Nahen Osten wird häufig im Zusammenhang mit der Friedenskonferenz 1991 in Madrid genannt. Die Vorrausetzungen für die Aufnahme von direkten Friedensgesprächen zwischen den Parteien war günstig. Mit dem Niedergang der Sowjetunion konnte die USA als einzig verbleibende Supermacht ihren Einfluss auf den Nahostkonflikt und den damit verbundenen Akteuren intensivieren. Der Irak wiederum war nach der militärischen Niederlage im Kuwait-Konflikt 1990/91 geschwächt, was für die Palästinenser den Verlust eines starken Verbündeten bedeutete. Durch diesen Umstand konnte Israel mit gestärkter politischer Macht verhandeln. Für die USA war Israel durch das Ende des Kalten Krieges als geostrategischer Partner in der Region nicht mehr von zentralem Interesse, was wiederum Verhandlungen mit den Palästinensern sinnvoll erschienen ließ.[183]

[182] Vgl. Klinkenberg: Die Rolle der EU im Nahost-Friedensprozess. S.29
[183] Vgl. Pabst: Der Nahostkonflikt. S.140

Unter der Schirmherrschaft der USA und der UdSSR fanden sich am 30. Oktober 1991 in Madrid die Konfliktparteien Israel, Syrien, Libanon und Jordanien ein.[184] Einen großen Anteil an der Einberufung der Konferenz hatten die diplomatischen Bemühungen von US-Präsidenten G. W. Bush und US-Außenminister James Baker. Israel lehnte eine Beteiligung von PLO-Vertretern strikt ab, musste aber die Teilnahme von palästinensischen Delegierten als Teil der jordanischen Vertretung akzeptieren. Die Konferenz und die damit verbundenen Verhandlungen sollten auf den UN-Resolutionen 242 und 338 beruhen und auf der Grundlage des „Land für Frieden"-Prinzips zu Frieden und Entwicklung in der Region führen.[185]

Die Konferenz von Madrid ist als ein Rahmen der Friedensverhandlungen bis zu den gegenwärtigen Gesprächen in Bezug auf den Friedensprozess zu charakterisieren und besteht dabei aus drei Elementen. Der Eröffnungskonferenz, einer bilateralen Ebene und einer multilateralen Ebene. Die Eröffnungskonferenz diente dabei als ein Forum für die Teilnehmer und sollte nicht „zur Durchsetzung von Lösungen oder Vetovereinbarungen dienen" sondern „um zwei gesonderte, aber dennoch parallele Verhandlungsebenen zu schaffen – die bilaterale-und multilaterale Ebene".[186]

Die bilaterale Ebene sollte dabei als Rahmen für Verhandlungen zwischen Israel, der jordanischen-palästinensischen Delegation, Libanon und Syrien dienen.[187]

Im Mittelpunkt stand dabei der Abschluss von Friedensverträgen zwischen Israel und den arabischen Staaten. Auf Palästinensischer Seite sollten die Verhandlungen mit Israel auf einer Zwei-Stufen-Formel beruhen, welche sich mit der Vereinbarung über eine Interim-Selbstverwaltung und Fragen zum endgültigen Status befassen.[188]

Die multilaterale Ebene schließt Verhandlungen über die Zusammenarbeit auf regionaler Ebene mit ein.[189] Sie diente dabei der Vertrauensbildung und dem Aufbau eines stabilen Nahen Osten in der Zukunft. Dabei widmen sich in fünf verschiedenen Foren Arbeitsgruppen, bestehend aus Delegationen aus den Regionen und Vertretern aus der internationalen Gemeinschaft, verschiedenen Kernfragen bzw. Hauptproblemfeldern, welche durch Verhandlungen und Gespräche zwischen den

[184] Vgl. Botschaft des Staates Israel: Der Friedensprozess im Nahe Osten. Ein Überblick: Botschaft des Staates Israel – Presse-und Informationsabteilung. 2000. S.2
[185] Vgl. Pabst: Der Nahostkonflikt. S.142
[186] Botschaft des Staates Israel: Der Friedensprozess im Nahe Osten. S.2
[187] Vgl. Klinkenberg: Die Rolle der EU im Nahost-Friedensprozess. S.31
[188] Vgl. Botschaft des Staates Israel: Der Friedensprozess im Nahe Osten. S.2
[189] Vgl. Klinkenberg: Die Rolle der EU im Nahost-Friedensprozess. S.31

Konfliktparteien gelöst werden sollen.[190] (Siehe Schaubild 7). Die USA übernahmen dabei die zentralen Problemfeld Wasser und in Koordination mit der Sowjetunion die Felder Rüstungskontrolle und Regionale Sicherheit. Die Flüchtlingsproblematik wurde Kanada zugeteilt und Umwelt wiederum Japan. Der Bereich Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung fiel der Europäischen Gemeinschaft zu. Geschuldet eines mangelnden Engagements der beauftragten Parteien, kam es zu keinen kontinuierlichen Verhandlungen.[191]

Allgemein verlief die Konferenz erfolglos, was vor allem der Standhaftigkeit Israels geschuldet war. Auch die Drohung von George Bush, 10 Milliarden Dollar an Krediten für Israel zurückzuziehen, bewegte den israelischen Ministerpräsidenten Jitzchak Schamir nicht zum Einlenken im Hinblick nachhaltiger Verhandlungen auf bilateraler Ebene. Wie später heraus kam, war es sogar sein Ziel, „die Verhandlungen über (die) palästinensische Selbstverwaltung zehn Jahre lang hinauszuziehen, während versucht werden sollte, Hunderttausende Juden in den besetzten Gebieten anzusiedeln".[192]

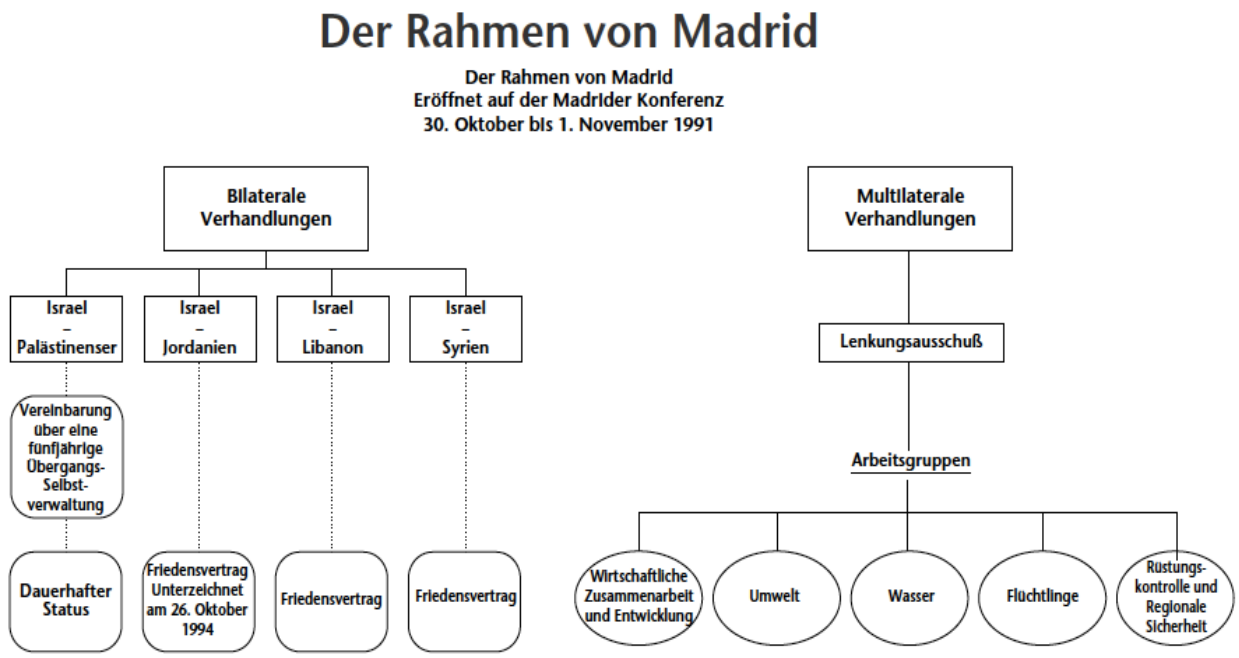


Schaubild 7

Quelle: Israelische Botschaft. Der Friedensprozess im Nahen Osten: Ein Überblick. Botschaft des Staates Israels – Presse und Informationsabteilung. 2000. S. 3

[190] Vgl. Botschaft des Staates Israel: Der Friedensprozess im Nahe Osten. S.2
[191] Vgl. Klinkenberg: Die Rolle der EU im Nahost-Friedensprozess. S.31
[192] Steininger: Der Nahostkonflikt. S.54

Die Rolle der Europäischen Gemeinschaft im Nahenostkonflikt war schon im Vorfeld der Konferenz geschwächt. Durch das Ende des Kalten Krieges 1989 verschob sich der internationale Nahostkonflikt, geprägt durch die abwechselnde Instrumentalisierung der beiden Supermächte USA und Sowjetunion, zu einem regionalen Konflikt mit internationaler Implikation. Daraus resultierte auch ein verringertes Engagement der EG bzw. EU im Nahen Osten, da die politischen Veränderungen in Europa nun den größten Teil der Aufmerksamkeiten einnahmen.[193]
Israel sowie die USA waren beide bestrebt die EG aus den Verhandlungen in Madrid auszuschließen. Das die Konferenz dennoch auf europäischem Boden abgehalten wurde, ist der pro-israelischen Politik der neuen sozialistischen Regierung in Spanien zuzuschreiben und lies die EG nach Klinkenberg zu einem „geduldeten Dekor" werden.[194] Diese Degradierung der EG unterstreicht Atieh. Für ihn spielte die EG bei der Organisation der Konferenz nur eine marginale Rolle. Zwar wurde das Treffen in Geheimverhandlungen auf europäischem Boden, in Oslo, ausgehandelt, doch hatte Washington Europa nur zur Konferenz eingeladen, um ihr „einen Platz auf der Zeugenbank zu reservieren".[195]
Als nennenswerte Involvierung der EG bzw. EU ist die Leitung der multilateralen Arbeitsgruppe zur regionalen Wirtschaftsentwicklung oder auch Regional Economic Development Working Group (REDWG) zu nennen. Dabei hat die REDWG auch an der Arbeit anderer Arbeitsgruppen teilgenommen oder diese mitfinanziert. Zwar konnte Israel, durch die Arbeit der Gruppe, erstmals Beziehungen zu kleineren Golfstaaten, wie Tunesien und Marokko aufbauen, die Erfolge blieben aber ansonsten überschaubar. [196] Für Klinkenberg wird durch die Zuteilung dieser Arbeitsgruppe an die EG bzw. EU als Koordinator, ihre zugedachte Rolle von den USA verdeutlicht.[197]

Auch wenn der Friedensprozess durch die Konferenz von Madrid keinen wirklichen Fortschritt machte, nach Klinkenberg sogar stagnierte,[198] so werden durch sie jedoch eindeutige Machtpositionen und damit verbundene Einflüsse auf den Prozess zu dieser Zeit ersichtlich. Dabei fällt den USA einmal mehr die tragende Rolle des Vermittlers zu

[193] Vgl. Klinkenberg: Die Rolle der EU im Nahost-Friedensprozess. S.30
[194] Vgl. ebd. S.30/31
[195] Atieh: Die Rolle der Europäischen Union im Nahostkonflikt. S.5
[196] Vgl. Asseburg, Muriel: Die EU und der Friedensprozess im Nahen Osten. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik. 2003. S.11/12
[197] Vgl. Klinkenberg: Die Rolle der EU im Nahost-Friedensprozess. S.31
[198] Vgl. ebd. S.31

und markiert die amerikanische Führungsrolle. Die EG bzw. EU nimmt in dieser Phase des Prozesses mehr oder weniger die Rolle des Zaungastes ein. Doch lässt sich ein erster Schritt in Richtung ihrer zukünftigen Funktion bzw. ihres eigenen Hauptansatzes in Bezug auf den Friedensprozess im Nahen Osten und im Speziellen im israelisch-palästinensischen Konflikt erkennen. Asseburg benennt dabei das „Kernstück des EU-Beitrags zum Friedenprozess" als „ökonomische Unterstützungsleistung durch direkte technische und finanzielle Hilfe oder wirtschaftliche Kooperationen".[199]

4.2.2. Oslo I und II

Der festgefahrene und teilweise blockierte Friedensprozess wurde schließlich zwei Jahre später durchbrochen. Nach der ergebnislosen Fortsetzung der bilateralen Verhandlungen des Madrid-Prozesses in Washington, kam es schließlich in Oslo zur Öffnung der vermeintlich unveränderlichen israelisch-palästinensischen Beziehungen. Dabei wurden in der norwegischen Hauptstadt ab Januar 1993 in Geheimverhandlungen zwischen Israel und der PLO, Gespräche über Frieden und Sicherheit geführt.[200] Die Verhandlungen gehen auf die Initiative der damaligen Sprecherin der palästinensischen Delegation im Nahostfriedensprozess Hanan Ashrawi und dem jüdischen Professor der Universität Haifa Yair Hirschfeld zurück. Ashrwai organisierte ein Treffen zwischen Hirschfeld, der mit dem israelischen Außenminister Jossi Beilin bekannt war, und der Wirtschaftsabteilung der PLO in London. An dem Treffen nahm auch der norwegische Sozialwissenschaftler Larsen teil, der Kontakt zum norwegischen Außenminister Johann Jorgen Holst aufnahm, welcher wiederum gute Beziehungen sowohl zu Israel als auch der PLO unterhielt. Dieses Zusammentreffen ebnete den Weg für die geheimen Gespräche zwischen israelischen und palästinensischen Unterhändlern in Oslo.[201]
Die Verhandlungen von Oslo führten schließlich zu der historischen gegenseitigen Anerkennung zwischen Israel, mit seinem Recht auf Existenz und der PLO, als Repräsentant des palästinischen Volkes und als legitimer Verhandlungspartner.[202]
In einem Briefwechsel zwischen dem PLO-Vorsitzenden Arafat und dem israelischen Ministerpräsident Rabin wird die jeweilige Anerkennung betont.

---

[199] Asseburg. Muriel: Die EU und der Friedensprozess im Nahen Osten – Anspruch und Realität. In: Eldinger, Fritz: Befreiungskampf in Palästina. Von der Madrid-Konferenz zu Al Aqsa-Intifada. Wien: Promedia Druck-und Verlagsges.m.b.H.. 2001. S.109
[200] Vgl. Steininger: Der Nahostkonflikt. S.56
[201] Vgl. Krautkrämer: Krieg ohne Ende?. S.102
[202] Vgl. Johannsen: Der Nahostkonflikt. S.44/45

Arafat an Rabin am 9. September 1993:

> „Die PLO erkennt das Recht des Staates Israel auf Existenz in Frieden und Sicherheit an. Die PLO verpflichtet sich auf den Nahost-Friedensprozess und auf eine friedliche Lösung des Konflikts zwischen den Parteien und erklärt, dass alle ausstehenden Fragen über den dauerhaften Status durch Verhandlungen geregelt werden. Die PLO verzichtet entsprechend auf Terror und jeder anderen Art von Gewalt."

Die Antwort Rabis an Arafat ebenfalls am 9. September 1993:

> „In Beantwortung ihres Schreibens möchte ich hiermit Bestätigen, dass die israelische Regierung beschlossen hat, die PLO als die Vertretung des palästinensischen Volkes anzuerkennen und Verhandlungen mit der PLO im Rahmen des Nahost-Friedensprozesses aufzunehmen".[203]

Dieser diplomatische Durchbruch war die Vorrausetzung für Gespräche zwischen den Konfliktparteien und markiert daher ein zentrales Ereignis in der Geschichte des Prozesses. Die neu aufgebaute Beziehung gipfelte in der Unterzeichnung der israelisch-palästinensischen „Grundsatzerklärung über die Übergangsregelungen für die Autonomie" am 13. September 1993 in Washington.[204]
Die Erklärung beinhaltete die Einrichtung einer palästinensischen Interimsbehörde im Gazastreifen und Westjordanland innerhalb der nächsten fünf Jahre und dem gleichzeitigen Abzugs Israels aus Jericho [205] und dem Gazastreifen. Die Hauptproblemfelder des Konfliktes wurden jedoch nicht angesprochen und sollte zu einem späteren Zeitpunkt verhandelt werden. Festzuhalten ist, dass es sich bei dieser Prinzipalerklärung nicht um einen Vertrag handelt sondern um eine Rahmenbedingung, welche „eine gerechte, dauerhafte und umfassende Friedensregelung" zum Ziel hatte.[206]
Der Rückzug Israels aus den genannten Gebieten, welches auch „Gaza-Jericho-Abkommen" genannt wird, verzögerte sich jedoch aufgrund von massiven

[203] Johannsen: Der Nahostkonflikt. S.45/46
[204] ebd. S.46
[205] Jericho ist eine Stadt in den Palästinensischen Autonomiegebieten am Westufer des Jordans. In: https://de.wikipedia.org/wiki/Jericho (28.07.2019)
[206] Steininger: Der Nahostkonflikt. S.58

Terroranschlägen und resultierenden Aufständen. Daher wurde das Abkommen über Gaza und Jericho erst am 4. Mai 1994 in Kairo unterzeichnet. Es wird auch Oslo I-Abkommen genannt.[207]

Das Abkommen beinhaltet die israelische Kontrolle über die Grenzen der Autonomiegebiete und jene Straßen welche zu den israelischen Siedlungen in diesen Gebieten führen. Hinzu wurde eine palästinensische Polizei eingeführt und 5000 palästinensische Gefangene durch Israel freigelassen.[208]

Der Friedensprozess wurde schließlich mit dem Oslo II-Abkommen weitergeführt. Das Abkommen wurde am 28. September 1995 ebenfalls in Washington unterschrieben und regelt den Ausbau der palästinensischen Selbstverwaltung im Westjordanland durch die Wahl eines palästinensischen Legislativrates und den Abzug des israelischen Militärs aus dem Gebiet bis zum 26. März 1996.[209]

Das Oslo II-Abkommen regelte zusätzlich „die territorialen und funktionalen Zuständigkeiten" der 1994 gegründeten Palästinensischen Autonomiebehörde (PA). Das Westjordanland wurde in drei verschiedene Zonen aufgeteilt. Ost-Jerusalem wurde dabei ausgenommen. Die autonome Zone A umfasst vier Prozent des Westjordanlandes mit 30 Prozent der Bevölkerung und schließt dabei die größten Städte mit ein. In dieser Zone kann die palästinensische Selbstverwaltung alle zivilen und polizeilichen Kompetenzen ausüben. In der gemischten Zone B sind vorwiegend Dörfer und Kleinstädte zu finden. Es umfasst 23 Prozent des Westjordanlandes mit 68 Prozent der palästinensischen Bevölkerung. Die zivile Administration wird hier ebenfalls von der Autonomiebehörde übernommen, die Entscheidungsbefugnis über Sicherheitsangelegenheiten fällt jedoch Israel zu. Zone C umfasst 73 Prozent des Territoriums und steht unter der vollständigen Kontrolle Israels. Palästinensische Bewohner sind hier so gut wie nicht zu finden[210] (Siehe Schaubild 8).

[207] Vgl. Steininger: Der Nahostkonflikt. S.59
[208] Vgl. ebd. S.60
[209] Vgl. Steininger: Der Nahostkonflikt. S.60/61
[210] Vgl. Johannsen: Der Nahostkonflikt. S.48/49

Das Schaubild zeigt das Westjordanland und die autonome Zone A, die gemischte Zone B und die Zone C unter israelischer Kontrolle.

Schaubild 8

Quelle: https://www.geo.de/magazine/geo-epoche/18915-rtkl-israel-die-wurzeln-des-nahost-konflikts

Die Abkommen von Oslo lassen unterschiedliche Perspektiven in Bezug auf den Friedensprozess zu. Die ersten direkten Gespräche zwischen Israel und Palästinensern, sind, vor allem im Vergleich zu der Konferenz von Madrid und der ablehnenden Haltung der Schamir-Regierung in Bezug auf die PLO, als ein vermeintlicher Erfolg innerhalb des Friedensprozesses zu sehen. Doch wurden dadurch auf beiden Seiten auch Gegner des Abkommens mobilisiert. Rechtsgerichtete Israelis und Siedler befürchteten einen palästinensischen Staat und distanzierten sich von dem Abkommen. Auf palästinensischer Seite wurde in islamistischen und linksradikalen Kreisen an einer Zerstörung Israels festgehalten. Diese Umstände bewirkten eine Welle des Terrors zwischen 1993 und 1999 ausgehend von terroristischen Palästinensern, wie auch rechtsextreme Israelis mit dutzenden Toten.[211]

Das Oslo II-Abkommen förderte zusätzlich die Zergliederung der palästinensischen Gebiete und gab zwar israelische Verantwortung ab, die Kompetenzen wurden aber weiterhin mehrheitlich von Israel behalten. Die Kontrolle über die Außengrenzen der palästinensischen Gebiete beeinflusst dabei auch die Kontrolle über Handel, Ressourcen und Infrastruktur[212] und letztendlich auch über das Leben der dort lebenden Menschen. Von einem gerechten Kompromiss und von einem damit verbundenen nachhaltigen

[211] Vgl. Pabst: Der Nahostkonflikt. S.147
[212] Vgl. ebd. S.146

Friedensprozess zu sprechen ist problematisch und verdeutlicht einmal mehr die Komplexität des Konfliktes.

Für die USA stellen die Abkommen einen, vor allem nach Außen wirksamen, Erfolg da. Gehen die vorangegangenen und für den Abschluss der Abkommen grundlegenden Geheimgespräche auf Vermittlung der norwegischen Regierung bzw. auf die Initiative von Ashrawi und Hirschfeld zurück[213], so wurden die Abkommen dennoch in den USA unterschrieben. Nach Krautkrämer zeigten sich die Amerikaner von den erfolgreichen Gesprächen in Oslo überrascht, „wollten aber den Erfolg des Durchbruchs für sich verbuchen und bestanden daher auf einen Abschluss der Verhandlungen in Washington".[214] Dabei wurde im Beisein des US-Präsidenten Clinton medienwirksam vor dem Weißen Haus das Abkommen beschlossen. Bill Clintons (bzw. die US-amerikanische) Beteiligung am Abschluss von Oslo I ist marginal dennoch initiierte er den historischen Handschlag zwischen Arafat und Rabin. Watzal beschreibt dabei überspitzt die Pose Clintons als die „eines römischen Kaisers, der Zwei verfeindete Vasallen durch ein Ritual und Huldigung zum Gehorsam bringt".[215] Eine ausdrücklich Initiative der USA in Bezug auf die Oslo I und II-Abkommen bzw. auf die entscheidenden Geheimgespräche im Vorfeld, die zum Abschluss der Abkommen führten, ist nicht zu erkennen.

Die EG hatte nach Klinkenberg „weder in Washington (als Ort der erfolglosen bilateralen Verhandlungen nach der Madrid-Konferenz) noch in Oslo irgendeinen Anteil an den Verhandlungen".[216] Dies ist zum einen der Priorisierung der EG-Politik auf die Erfüllung des Vertrags von Maastricht und zum anderen der Errichtung der Wirtschafts-und Währungsunion geschuldet. Abzusehen zu dieser Zeit ist jedoch, dass die EG ihre Rolle als finanzieller Unterstützer des Friedensprozesses weiter ausbaut. Dies unterstreicht die Erklärung des Europäischen Rates vom 29. Oktober 1993, in der die EG durch „die Zusage von finanzieller Hilfe und technischer Unterstützung für die palästinensische Selbstverwaltung" ihren Teil zum Friedensprozess beisteuern will. Nach Ansicht der Kommission kann eine nachhaltige Konfliktlösung nur auf der Grundlage einer „nachhaltigen Verbesserung des Lebensstandards in den besetzten Gebieten" führen.[217]

---

[213] Vgl. ebd. S.143
[214] Krautkrämer: Krieg ohne Ende?. S.104
[215] Krautkrämer: Krieg ohne Ende?. S.104
[216] Klinkenberg: Die Rolle der EU im Nahost-Friedensprozess. S.32
[217] ebd.

Der Einfluss der Akteure auf diese essenzielle Etappe des Friedensprozesses ist verhältnismäßig gering. Die Abkommen sind jedoch von wesentlicher Bedeutung für den Prozess und bestimmen das Bild des Konflikts bis heute. Für die USA ist die Initiierung als vermeintlicher Vermittler der Konfliktpartien als ein Erfolg zu deuten. Die Rolle des Bindeglieds innerhalb des Nahostkonflikts konnte einmal mehr von den USA in Anspruch genommen werden, stärkte die weltpolitische Machtposition und steht für die amerikanische *leadership* in Bezug auf den Nahen Osten zu dieser Zeit.

4.2.3. Die Euro-Mediterrane Partnerschaft

Mit der Euro-Mediterranen-Partnerschaft (EMP oder Euromed) hat die Europäische Union ihr außenpolitisches Profil auf den südlichen Mittelmeerraum ausgeweitet und ein zentrales Instrument zur Intensivierung der Beziehungen mit mehreren Staaten im südlichen Mittelmeerraum gegründet. Ihr Ursprung geht auf den Gipfel der Staats-und Regierungschefs der damals 15 EU-Mitgliedsstaaten in Barcelona 1995 zurück. Daher wird die EMP auch häufig als Barcelona-Prozess bezeichnet. Neben der EU nahmen Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Libanon, Malta, Marokko, die palästinensische Autonomiebehörde, Syrien, Tunesien, die Türkei und Zypern an dem Treffen teil. Hinzu kommt Libyen mit einem Beobachterstatus ab 1999. Durch die EU-Erweiterungspolitik umfasst die EMP (ab 2008 Union für den Mittelmeerraum (UfM)) heute alle aktuellen 27 Mitgliedsstaaten. In drei sogenannten „Körben" wurden die Ziele der EMP festgelegt. Sie umfassen im ersten Korb politische und sicherheitspolitische Fragen, im zweiten Wirtschafts-und Finanzfragen und im dritten Kultur und Soziales, mit dem Ziel einer vertiefenden Zusammenarbeit und Verbesserung der Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten.[218]

Diese Themenfelder werden wiederum in zwei verschiedene Bereiche aufgeteilt. Einen bilateralen Bereich zwischen der „EU und dem jeweiligen Mittelmeerland in Form von Assoziierungsabkommen" und in einem regionalen Bereich durch „gemeinsame Sitzungen und Programme aller beteiligten Länder".[219] Die Finanzierung des EMP wird zwischen dem European Neighbourhood and Partnership Instrument (ENPI) und der Europäischen Investitionsbank aufgeteilt. Das EMP ist von weitreichender Bedeutung

[218] Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: Barcelona-Prozess. Aus: https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-europalexikon/176700/barcelona-prozess (29.07.2019)

[219] ebd.

für den Nahostkonflikt, da es „das einzige Forum“ ist „an dem sich Israel, die Palästinenser und arabische Länder gemeinsam beteiligen. Der Barcelona-Prozess (EMP) kann so Raum für Dialog unter den Konfliktparteien eröffnen“.[220]

Es ist festzuhalten, dass die EMP nicht gegründet wurde, um den Nahostkonflikt zu lösen. Ihre Auswirkung auf den Friedensprozess ist allerdings nicht zu leugnen. Die Anerkennung der PA als ein gleichwertiger Partner und Teilnehmer der EMP lässt sich als ein Erfolg mit hohem Symbolcharakter sehen. Nach Asseburg wurde durch diese gegenseitige Anerkennung die „regionale Isolation Israels durchbrochen“ und durch die EMP „den nahöstlichen Konfliktparteien ein Dialogforum“ geboten.[221]

Vor allem am Rande der EMP-Konferenzen konnten Treffen zwischen Fachministern und Beamten der Konfliktparteien immer wieder zur Entspannungsphasen im Nahostkonflikt beitragen und den politischen Dialog vorantreiben. Dadurch konnte nach Schäfer „eine gewisse Kontinuität“ entstehen und ein „multilaterales Verhalten eingeübt werden“.[222] Die Interaktion zwischen dem EMP und dem Friedensprozess ist daher für Schäfer unvermeidbar führt aber auch dazu, dass „die Euro-Mediterrane Partnerschaft immer wieder durch den Nahostkonflikt gelähmt wird“. Durch die arabischen Staaten wird häufig der politische Dialog blockiert, da für sie eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit nicht möglich ist, solange „ein strategisches Ungleichgewicht“ (auch in Bezug auf das israelische regionale Atomwaffenmonopol im Nahen Osten) herrscht und „der Nahostkonflikt nicht gelöst sei“. Für Schäfer machen „die wiederholten Boykotte der Euromed-Außenminister-Konferenzen durch Syrien und Libanon, um die israelische Politik anzuprangern, deutlich, dass sich die beiden Prozesse (EMP und Friedensprozess) nicht so trennen lassen wie ursprünglich in Brüssel konzipiert“.[223] Diesen Ansatz unterstreicht Klinkenberg. Demnach ist der Barcelona-Prozess „ausdrücklich unabhängig vom Friedensprozess konzipiert“ worden, er „läuft aber parallel“. Für ihn scheint dieser Zusammenhang für ein Scheitern der EMP verantwortlich zu sein. Mit der Involvierung von sechs der Teilnehmerstaaten des EMP am Friedensprozess ist die EMP „direkt von der Entwicklung im Nahen Osten abhängig“. Als ein weiteres Hindernis sieht er die von der EU angestrebte neue „ordnungspolitische

[220] ebd.
[221] Asseburg, Muriel: Die EU und der Friedensprozess im Nahen Osten. S.13
[222] Schäfer, Isabel: Die Europäische Union und der Nahostkonflikt. Aus: Bundeszentrale für politische Bildung. Das Parlament: Aus Politik und Zeitgeschichte. 10.05.2004. S.51
[223] ebd.

Funktion im Mittelmeerraum“. Diese „Europäisierung“ ist demnach nicht kompatibel „mit den amerikanischen Hegemonieansprüchen im Nahen Osten“.[224]
In einer Mitteilung der Kommission über die Rolle der EU im Nahost-Friedensprozess vom 16. Januar 1998 wird die Nicht-Kompatibilität zwischen EMP und Friedensprozess explizit hervorgehoben:

> „Die Strategie der Europäischen Union, ihre Mittelmeer-Politik streng vom Auf und Ab des Friedensprozesses zu trennen, konnte eine Zeitlang durchgehalten werden. Jedoch gelingt dies immer weniger, da sie auf der impliziten Annahme beruht, dass der Friedensprozess zumindest weitergeführt wird.
> Die politische Krise des Friedensprozesses wirkt sich zunehmend nachteilig auf die Aktivitäten im Rahmen der Partnerschaft von Barcelona und die Begleitmaßnahmen der Europa-Mittelmeer-Assoziationsabkommen aus.
> Nach der Auffassung der Kommission stellt dies eines ernsthafte Bedrohung der ehrgeizeigen langfristigen Politik der Europäischen Union für die Europa-Mittelmeer-Region dar“.[225]

Diese Selbsteinschätzung verdeutlicht die Verbindung der beiden Prozesse. Nur wenn es zu einer nachhaltigen Lösung des Nahostkonfliktes kommt, kann die EMP ihrer Arbeit zufriedenstellend nachkommen. Verdeutlicht wurde dieser Umstand auf der Außenministerkonferenz von Malta im April 1997. Durch die neue israelische Regierung unter Benjamin Netanjahu, wurde eine harte politische Linie in Bezug auf die Palästinenser-Frage eingeführt. Dies hatte auch einen erneuten umfangreichen Siedlungsbau zur Folge. Die Konferenz wurde aus diesem Hintergrund von einem Boykott der arabischen Liga überschattet.[226] Für Klinkenberg ist daher „die Stagnation des Friedensprozesses gleichbedeutend mit der Stagnation des Barcelona-Prozesses“. Diesem Umstand konnten auch die Folgekonferenzen keine Abhilfe verschaffen.[227]
Die Euro-Mediterrane Partnerschaft ist daher nur bedingt als ein Indikator für einen Zuwachs des Einflusses der EU auf den Friedensprozess zu deuten. Zwar ist die Absicht

[224] Klinkenberg: Die Rolle der EU im Nahost-Friedensprozess. S.94/95
[225] Kommission der Europäischen Gemeinschaft: Die Rolle der Europäischen Union im Nahost-Friedensprozess und ihre künftige Hilfe für den Nahen Osten. Brüssel 1998 (KOM (97) 715). Zitat nach: Klinkenberg: Die Rolle der EU im Nahost-Friedensprozess. S.95
[226] Vgl. von Zitzewitz, Philipp: Der Barcelona-Prozess am Beispiel Ägypten. Diplomarbeit. Hamburg: Diplomica Verlag GmbH. 2003. S.32
[227] Klinkenberg: Die Rolle der EU im Nahost-Friedensprozess. S.95

der verstärkten geopolitischen und wirtschaftlichen Außenpolitik begrüßenswert um den Einfluss in der Region zu intensivieren. Doch ist die Umsetzung an Voraussetzungen gekoppelt, die als unüberbrückbar erscheinen. Die Initiative der EU kann somit als ein Versuch interpretiert werden, ihre Machtposition im Nahen Osten zu stärken und lässt insgesamt im Vergleich zu vorangegangenen Zielsetzungen der EG bzw. EU zumindest den Willen zur Emanzipation und eigenständigen Anregungen erkennen. Die EMP ist daher auch als ein Hinweis auf Selbständigkeit und Mitspracherecht in Richtung der USA zu deuten, die nach Klinkenberg „Europa weitgehend vom politischen Handeln ausgeschlossen hat".[228]

4.2.4. Die EU-Nahostpolitik und ihre Erklärungen in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre

Schon bevor der unfreiwillige Versuch der EU, durch die EMP Einfluss auf den Friedensprozess zu nehmen, gescheitert war, ergaben sich europäische Initiativen um eine tragende Rolle innerhalb der Friedensbemühungen im Nahen Osten einzunehmen.
Dafür stehen stellvertretend mehrere Erklärungen des Europäischen Rates und damit verbundene Impulse.
Richtungsweisend für eine verbesserte Repräsentanz im Nahen Osten sollte die Einberufung eines Sonderbeauftragten für den Nahost-Friedensprozess sein. Auf dem Treffen des Europäischen Rates in Dublin im Oktober 1996 wurde der Posten dem spanischen Botschafter in Israel, Miguel-Angel Moratinos, zugewiesen.[229] Aufgaben des Sonderbeauftragten umfassen, die Kontakte mit Israel, Palästinensern, Ägypten, Syrien, Libanon und Jordanien zu verbessern und des weiteren, neben der wirtschaftlichen Rolle der EU auch eine politische hinzuzufügen. Seine Aktivitäten, welche sich vor allem hinter der Verhandlungsebne abspielten, stärkte nach Schäfer, „das politische Profil der EU im Friedensprozess".[230] Auch Klinkenberg unterstreicht die Leistungen Moratinos. Für ihn gab er, „in dieser höchst schwierigen Phase der Friedensprozesses der EU ein Gesicht und darüber hinaus Glaubwürdigkeit". Sein Engagement sei nicht genug zu würdigen, „auch wenn es im Rahmen der Möglichkeiten der EU nur restriktiv ist".[231]

[228] Vgl. ebd. S.93
[229] Vgl. Klinkenberg: Die Rolle der EU im Nahost-Friedensprozess. S.34
[230] Schäfer: Die Europäische Union und der Nahostkonflikt. S.48
[231] Klinkenberg: Die Rolle der EU im Nahost-Friedensprozess. S.34

Die am 14. Dezember 1996 verfasste Erklärung des Europäischen Rates von Dublin beinhaltet neben der Anmerkung zum EU-Sonderbeauftragten auch eine deutliche Formulierung im Hinblick auf die israelische Siedlungspolitik.
Hier heißt es in Anlage IV unter Punkt 5. und 6.:

> „Die Frage der Siedlungspolitik untergräbt das Vertrauen in den Friedensprozess. Siedlungen stehen im Wiederspruch zum Völkerrecht und sind eines der Haupthindernisse für den Frieden.
> Für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung Palästinas ist die sofortige Aufhebung der Blockade erforderlich. Der Europäische Rat fordert die israelische Behörden auf, alle Beschränkungen aufzuheben, es sei denn, Israels legitime Sicherheitsinteressen sind offenkundig betroffen, wie im Fall von terroristischen Anschlägen". [232] (Erklärung des Europäischen Rates zum Nahost-Friedensprozess, Schlussfolgerungen des Vorsitzes zur Tagung des Europäischen Rates a 13. und 14. Dezember 1996 in Dublin)

Die Erklärung zur Tagung des Europäischen Rates vom 16. Und 17. Juni 1997 in Amsterdam enthält, neben der Erwähnung der gewöhnlichen Positionierung der EU-Nahostpolitik, auch zwei Punkte, denen nach Klinkenberg eine wesentliche Bedeutung[233] zu kommt. In Anlage III heißt es:

> „Wir fordern die israelische und die palästinensische Führung auf, die Verhandlungen im Hinblick auf die Durchführung des Interimsabkommens (Oslo II) und des Hebron-Abkommens[234] fortzusetzten und die Gespräche über den endgültigen Status wieder aufzunehmen. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass auf einseitige Aktionen verzichtet wird, die die Fragen des endgültigen Status präjudizieren, und dass die Sicherheitszusammenarbeit mit dem Ziel der Terrorismusbekämpfung in vollem Umfang wieder aufgenommen und aufrechterhalten wird.

[232] Erklärung des Europäischen Rates zum Nahost-Friedensprozess, Schlussfolgerungen des Vorsitzes zur Tagung des Europäischen Rates a 13. und 14. Dezember 1996 in Dublin, Anlage IV
[233] Vgl. Klinkenberg: Die Rolle der EU im Nahost-Friedensprozess. S.34
[234] Die Verhandlungen zum Hebron-Abkommen oder Hebron-Protokoll fanden vom 7. bis zum 17. Januar 1997 zwischen den Israel und der PLO statt. Das Protokoll beinhaltet die Teilung der Stadt Hebron im Westjordanland zwischen Israel und den Palästinensern und die Wiedereinsetzung israelischer Streitkräfte in Hebron zum Schutz der jüdischen Siedler in der geteilten Stadt gemäß Oslo II. Aus: https://de.wikipedia.org/wiki/Hebron-Protokoll (15.08.2019)

> Wir rufen das israelische Volk auf, das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung anzuerkennen, ohne dabei die Option eines Staates auszuschließen. Die Schaffung eines lebensfähigen und friedlichen souveränen palästinensischen Gemeinwesen ist die beste Gewähr für die Sicherheit Israels". [235] (Aufruf der Europäischen Union für Frieden im Nahen Osten, Schlussfolgerungen des Vorsitzes zur Tagung des Europäischen Rates, am 16. Und 17. Juni 1997 in Amsterdam)

Für Klinkenberg richtet sich der erste Teil „implizit gegen die israelische Politik der *faits accomplis".*[236] [237] Die genannte „Option eines Staates" richtet sich außerdem nach der, vom französischen Präsidenten Chirac reaktivierte *politique arabe,* welcher er bei einer Nahostreise Ausdruck verlieh.[238]

Die folgenden Erklärungen sind vor allem von Zurückhaltung geprägt. Sowohl die Erklärungen von Luxemburg im Dezember 1997, Cardiff im Juni 1998 als auch Wien im Dezember 1998 konnten keine wesentlichen neuen Initiativen aufzeigen. Vielmehr wurde sich bereits Genannten festgehalten und eine diplomatische Eindeutigkeit vermieden.[239]

Den festgefahrenen Standpunkten wurde jedoch mit der Erklärung des Europäischen Rates von Berlin vom 25.März 1999 eine neue Nachdrücklichkeit verliehen und geht damit über die vorangegangenen Erklärungen hinaus. Sie ist neben den Erklärungen von Venedig 1980 und Madrid 1989 als einer der bedeutsamsten Texte der EU-Nahostpolitik zu sehen.[240]

Herauszustellen ist dabei folgende Forderung in Anlage IV der Erklärung:

> „The European Union reaffirms the continuing and unqualified Palestinian right to self-determination including the option of a state and looks forward to the early fulfilment of this right. It appeals to the parties to strive in good faith for a

[235] Aufruf der Europäischen Union für Frieden im Nahen Osten, Schlussfolgerungen des Vorsitzes zur Tagung des Europäischen Rates, am 16. Und 17. Juni 1997 in Amsterdam, Anlage III

[236] Fait accompli (deutsch: *vollendete Tatsache*) ist eine aus dem Französischen stammende Redewendung. Die im Deutschen verwendete Redewendung bezeichnet einen nicht mehr rückgängig zu machenden Sachverhalt, mit dem jemand vor vollendete Tatsachen gestellt wird. Aus: https://de.wikipedia.org/wiki/Fait_accompli (29.07.2019)

[237] Klinkenberg: Die Rolle der EU im Nahost-Friedensprozess. S.34

[238] Vgl. Klinkenberg: Die Rolle der EU im Nahost-Friedensprozess. S.33/34

[239] Vgl. ebd. S.35

[240] Vgl. ebd.

> negotiated solution on the basis of the existing agreements, without prejudice to this right, which is not subject to any veto. The European Union is convinced that the creation of a democratic, viable and peaceful sovereign Palestinian State on the basis of existing agreements and through negotiations would be the best guarantee of Israel's security and Israel's acceptance as an equal partner in the region. The European Union declares its readiness to consider the recognition of a Palestinian State in due course in accordance with the basic principles referred to above".[241] (Presidency conclusion of the Berlin Coucil 24 and 25 March 1999, Part IV – Other Declarations, Middle East Peace Process)

Hier wird explizit das dauerhafte und uneingeschränkte Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung einschließlich der damit verbundenen Option für einen Staat eingefordert. Diese Formulierung ist auch als eine „verhüllte Drohung an Israel", zu sehen. Der israelischen Interpretation nach, war die Erklärung als eine „Bedrohung der Existenz des Staates Israel zu werten" und wurde daher strikt abgelehnt.[242] Auf der anderen Seite wurde, mit der Anerkennung des palästinensischen Volkes und dem inkludierten Recht auf Staatlichkeit, die EU wiederum den Erwartungen der arabischen Liga gerecht.[243]

Die Positionierung der EU ist in dieser Zeitperiode hauptsächlich durch die angeführten Erklärungen ersichtlich. Dabei wurde mal mehr, mal weniger eine direkte Formulierung über den Standpunkt vorgelegt. Es ist jedoch eine lineare Entwicklung von der Erklärung von Venedig 1980 über die Erklärungen Mitte der 1990er-Jahre bis zur Erklärung von Berlin 1999 zu erkennen.[244] Hinzu findet eine fortführende Konkretisierung der EU-Nahostpolitik statt. Sie richtet sich dabei deutlich nach den „völkerrechtlichen Grundsätzen und den Beschlüssen der internationalen Staatengemeinschaft".[245]

Mit der stätigen Konkretisierung der Formulierung, welche in der Erklärung von Berlin, ihren vorläufigen Höhepunkt fand, wird nach Klinkenberg zusätzlich „der Unmut der EU

---

[241] Presidency conclusion of the Berlin Coucil 24 and 25 March 1999, Part IV – Other Declarations, Middle East Peace Process

[242] Klinkenberg: Die Rolle der EU im Nahost-Friedensprozess. S.36

[243] Vgl. Beck, Martin: Von der Spannung über die Krise zur Gemeinsamkeit? Zu den außenpolitischen Ansätzen und Perspektiven der USA und der EU gegenüber dem Nahen Osten. In: Hans-Georg Ehrhart, Margret Johannsen (Hrsg.), Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen? Baden-Baden 2005,pp. 164-179 S. 169

[244] Vgl. Asseburg, Muriel: Die EU und der Friedensprozess im Nahen Osten. S.24

[245] ebd.

über ihre beschränkte Rolle im Friedensprozess“[246] ersichtlich.
Mit dieser nachdrücklichen und direkten Ausdrucksweise etablierte die EU ihre eigene politische Rolle innerhalb des Nahost-Friedensprozesses. Die Erklärungen sowie die Etablierung einer direkten Vertretung in Form eines Sonderbeauftragten, sind dabei wesentlich um die eigene Meinung zu bezeugen, in einer vermittelnden Funktion zu agieren und sich dadurch als ein Hauptakteur mit Einfluss auf den Prozess zu etablieren.

4.2.5. Camp David II und der Niedergang des Friedensprozesses

Die Wahl Ehud Baraks zum israelischen Ministerpräsidenten am 17. Mai 1999 ging mit einer mehrheitlichen internationalen Erleichterung einher. Unter der vorangegangenen Regierung von Netanjahu konnte der Friedensprozess, geschuldet seiner streng ablehnenden Haltung gegenüber den Palästinensern, nur bedingt weitergeführt werden. Der Regierungswechsel nährte daher die Hoffnung auf einen baldigen Aufschwung des Prozesses. Baraks Bereitschaft, mit dem PLO-Chef Arafat zu verhandeln, wurde daher überwiegen positiv aufgenommen.[247]
Dieser Umstand führte zu einer erneuten Initiative der USA, den Nahostkonflikt dauerhaft zu lösen. Unter der Vermittlung der US-Präsidenten Bill Clinton wurden die beiden Konfliktparteien im Juli 2000 nach Washington geladen. Die Verhandlungen zwischen Barak und Arafat verliefen jedoch erfolglos. In den Hauptstreitfragen konnte keine Einigung erzielt werden. Arafat forderte eine Lösung der Flüchtlingsfrage auf Basis der Resolution 194 der UN-Generalversammlung sowie ein Staatsgebiet in den Grenzen von 1967 mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt. Dies wurde jedoch von Israel abgelehnt. Barak beharrte dabei auf die israelische Souveränität über ganz Jerusalem.[248]
Auch der Vorschlag Clintons, einer Aufteilung der Altstadt und einer internationalen Verwaltung über den Tempelberg wurde abgelehnt.[249]
Die Verantwortung für die erfolglosen Verhandlungen wurden auf Seiten Israels und den USA, Arafat zugeschrieben. Demnach erklärten die israelischen Teilnehmer, „die palästinensische Führung hätte sich als unfähig erwiesen, Partner im Friedensprozess zu sein, als sie die israelischen Vorschläge ablehnte, ohne eigene auf den Tisch zu

[246] Klinkenberg: Die Rolle der EU im Nahost-Friedensprozess. S.36/37
[247] Vgl. Krautkrämer: Krieg ohne Ende?. S.120
[248] Vgl. Asseburg/Busse: Der Nahostkonflikt. S.37
[249] Vgl. Steininger: Der Nahostkonflikt. S.67

legen".[250] Auch Clinton machte Arafat öffentlich für das Scheitern der Verhandlungen verantwortlich.[251] Doch gibt es auch Ansätze, die durch die engen Beziehungen zwischen Israel und den USA, eine bereits vorab besprochene Verhandlungsstrategie erkennen lassen. Pabst zitiert hier Jossi Beilin vom linken Flügel der israelischen Arbeiterpartei: „Ihre (USA) Vermittlungsvorschläge sind stets mit den Israelis vorbesprochen und den Palästinensern erst danach vorgelegt worden. Dies hat nicht zu einer vertrauensvollen Atmosphäre beigetragen".[252]
Diese Sichtweise unterstreicht Watzal:

> „Insbesondere die einseitige Fixierung der USA auf israelische Sicherheitsinteressen trägt langfristig eher zur Destabilisierung der Region bei weil sie nur der Dominanz und den hegemonialen Interessen Israels in der Region nützt. Was bei einem Erfolg einer solchen Camp David-Strategie unter den gegebenen machtpolitischen Verhältnissen herausgekommen wäre, hätte nur ein weiteres Diktat Israels sein können, das den Palästinensern aufgezwungen worden wäre. Dies konnte Arafat zu Recht nicht akzeptieren".[253]

Es wäre naiv zu glauben, dass es im Vorfeld der Verhandlungen keine Absprachen bzw. Kontakt zwischen Israel und den USA gab. Dies wird schon aus der engen diplomatischen Beziehung der beiden Länder unvermeidlich. Doch ist die von Watzal genannte Fixierung der USA auf israelische Interessen sicherlich nicht hilfreich um eine ausgeglichene Verhandlungsbasis zu schaffen und ist daher als ein möglicher Bestandteil für das Scheitern der Verhandlungen zu nennen.
Für Schäfer „hat der Misserfolg von Camp David gezeigt, dass auch die US-Regierung nicht alles erreichen kann. Die Palästinenser hatten den Eindruck, mit einer israelischen-amerikanischen Delegation zu verhandeln". Demnach kommt nach Schäfer hier der EU eine wichtige Rolle zu indem sie als ein Neutraler Vermittler herangezogen werden könnte.[254]

---

[250] Johannsen: Der Nahostkonflikt. S.51
[251] Vgl. Watzal, Ludwig: Von der Dominanz zur Hegemonie. Die US-amerikanische Nahostpolitik. In: Edlinder, Fritz: Befreiungskampf in Palästina. Von der Madrid-Konferenz zu Al Aqsa-Intifada. Wien: Promedia Druck-und Verlagsges.m.b.H.. 2001. S.106
[252] Pabst: Der Nahostkonflikt. S.153
[253] Watzal: Von der Dominanz zur Hegemonie. S.106/107
[254] Schäfer: Die Europäische Union und der Nahostkonflikt. S.52

Die unmittelbaren Folgen des Scheiterns von Camp-David II werden von Johannsen jedoch auch als ein „Meilenstein für den Friedensprozess“ gesehen. Demnach wurden zum ersten Mal die Hauptstreitpunkte direkt zwischen den Parteien diskutiert. Außerdem hatten die Verhandlungen eine Folgekonferenz im ägyptischen Taba im Januar 2001 zur Folge. Hier konnten weit größere Fortschritte gemacht werden. Israel war bereit die arabischen Ortsteile von Ost-Jerusalem einem künftigen palästinensischen Staat zu überlassen und eine bedingte Rückkehr von Flüchtlingen in das israelische Staatsgebiet nach israelischen Vorgaben zu ermöglich. Auf palästinensischer Seite wurde Israel unter anderem die Errichtung eines Frühwarnsystems gestattet.[255]

Diesen Fortschritten im Friedensprozess, geprägt durch erste nachhaltige Ansätze welche zu einer Lösung beitragen könnten, wurde jedoch ein jähes Ende gesetzt und markierte auch den vorläufigen Zerfall des Friedensprozesses.

Durch den Besuch des ehemaligen israelischen Verteidigungsministers, Vorsitzenden des Likud[256] und zukünftigen Ministerpräsidenten Ariel Sharon auf dem Tempelberg in Jerusalem am 28. September 2000 kam es zu monatelangen Aufständen von Palästinensern gegen die israelische Besatzungsmacht. Diese, in den Augen der islamisch palästinensischen Bevölkerung, klare Provokation [257] führe zu Unruhen mit hunderten Toten, breitete sich auf das gesamte Gebiet aus und führte schließlich zur zweiten Intifada. Dabei entlud sich der aufgestaute Hass der Palästinenser auf Israel und hatte das vorläufige Ende der Friedensbemühungen zur Folge. Auch die zwischenzeitigen Initiativen der Clinton-Regierung konnten keine Beilegung der neu aufflammenden Streitigkeiten zwischen den Konfliktparteien herbeiführen. Die Arabische Liga unterstützte zwar weiterhin den Friedensprozess, sprach aber auch ihre Unterstützung der Intifada aus. Nach Steininger war damit „der 1993 mit dem Abkommen von Oslo so erwartungsvoll begonnene Friedensprozess definitiv zu Ende“.[258]

---

[255] Johannsen: Der Nahostkonflikt. S.51/52

[256] Der Likud (hebräisch ליכוד „Zusammenschluss“), offizieller Name: Likud – Nationalliberale Bewegung, ist die größte konservative Partei in Israel. Sie ging aus einem 1973 gebildeten Block von Parteien hervor, die sich 1988 zur Likud-Partei zusammenschlossen. In: https://de.wikipedia.org/wiki/Likud (30.07.2019)

[257] Nach Klinkenberg: „Der Haram al Sharif, der Tempelberg, ist der letzte Ort, an dem sich die Palästinenser frei von der israelischen Besatzung fühlen und den sie in ihrer Identität mit der Umma, der Einheit der Muslime, teilen“. Klinkenberg: Die Rolle der EU im Nahost-Friedensprozess. S.38

[258] Steininger: Der Nahostkonflikt. S.70

Diese Ansicht unterstreicht Beck:

> „Bereits nach zwei bis drei Wochen wurde von keiner Seite mehr in Frage gestellt, dass die eigene Gewaltanwendung legitim, die der Gegenseite hingegen illegitim sein. Simultan zur eskalierenden Gewalt wurde von beiden Seiten der Friedensprozess ostentativ für suspendiert erklärt und seine Wiederaufnahme von der Bereitschaft des jeweils anderen abhängig gemacht, die Gewalt einzustellen und an den verlassenen Verhandlungstisch zurück zu kehren".[259]

Wie hier ersichtlich wird, ist die Zeit zum Ende der 1990er-Jahre von einer erneuten Abkehr einer nachhaltigen Konfliktlösung geprägt. Zwar ist der Versuch der Clinton-Regierung in Bezug auf Camp David II gescheitert, doch sind in der Folge wieder Anzeichen für die gegenseitige Bereitschaft im Hinblick auf eine Lösung des Konfliktes zu erkennen gewesen. Den USA kommt einmal mehr die Rolle des Vermittlers zwischen den Konfliktparteien zu. Doch ist erkennbar, dass den Bemühungen der amerikanischen Administration auch klare Grenzen gesetzt sind. Mit der häufig einseitigen pro-israelischen Politik rücken palästinensische Präferenzen**,** wie die Aufnahme von einem Teil der palästinensischen Flüchtlinge durch Israel, der Freilassung von palästinensischen Gefangenen, eine geregelte Wasserversorgung oder das Ende der Blockade des Gazastreifens in den Hintergrund und einer gerechten Verhandlungsebene wird kein Raum gelassen. Zwar ist das Aufkommen der Intifada nicht der unmittelbaren US-Nahostpolitik geschuldet, doch unterstützt sie durch ihre pro-israelische Fixierung die Unzufriedenheit der Palästinenser. Nach dem der US-amerikanische Friedensplan als gescheitert erklärt werden konnte, wurde die Involvierung weitere externer Akteure unvermeidbar um einen möglichen Frieden nicht völlig aus den Augen zu verlieren. Hier setzte ein neuer Plan an der die EU, neben anderen Akteuren, auf eine neue Verhandlungsebene in Bezug auf den Nahostkonflikt brachte und erstmals direkte politische Einflüsse auf den Friedensprozess erkennen lässt.

[259] Beck, Martin: Friedensprozess im Nahen Osten. Rationalität, Kooperation und politische Rente im Vorderen Orient. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag GmbH. 2002. S.397/398

4.2.6. Das Nahostquartett und die Road Map

Bei dem sogenannten Nahostquartett handelt es sich um einen Zusammenschluss der USA, der EU, der Russischen Föderation und der Vereinten Nationen. Es dient als ein Format, welches die Nahostpolitik der Teilnehmer des Quartetts koordiniert und durch einen stetigen Informations-und Meinungsaustausch zwischen den Parteien,[260] den Friedensprozess reanimieren und zu einer Lösung des Konflikts beitragen soll.

Das Quartett beruht dabei auf der Initiative des damaligen UN-Generalsekretärs Kofi Annan und beteiligte erstmals nach dem Ende der Sowjetunion auch Russland an einer Nahostinitiative.[261] Der Zeitpunkt der Gründung dieser internationalen Staatengemeinschaft befindet sich in einer Phase der Gewalteskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt[262] und ist daher als eine dringende und notwendige Bemühung mit einer deeskalierenden Funktion zu sehen.

Dabei wurde von den Teilnehmern ein Plan erarbeitet, „der den Konfliktparteien den Weg zu Frieden weisen sollte".[263] Dieser Plan, auch *Road Map* - Fahrplan genannt, wurde schließlich einen Tag nach dem Ende des Irakkrieges, am 30. April 2003 von Vertretern der US-Regierung unter George W. Bush, an Israel und den Palästinensern offiziell überreicht.[264]

Der Plan ist dabei in drei Phasen aufgeteilt und sieht eine Zwei-Staaten-Lösung[265] als eine endgültige Lösung des Konflikts vor.

Die erste Phase umfasst ein Bekenntnis zur Zwei-Staaten-Lösung beider Seiten, ein Verzicht auf Gewalt und Hetze, eine Entwaffnung von palästinensischen unautorisierten militanten Gruppen sowie die Erarbeitung eines Verfassungsentwurfs verbunden mit politischen Reformen durch die PA. Israel soll die Siedlungsaktivitäten unverzüglich einstellen um dadurch die „Lebensbedingungen der palästinensischen Bevölkerung normalisieren". Damit verbunden ist ein Abzug der israelischen Armee aus den palästinensischen Bevölkerungszentren, der Abbau von Straßensperren und allgemein das Unterlassen von „vertrauensstörenden Maßnahmen".

---

[260] Vgl. Asseburg: Die EU und der Friedensprozess im Nahen Osten. S.26/27
[261] Vgl. Pabst: Der Nahostkonflikt. S.161
[262] Vgl. Johannsen: Der Nahostkonflikt. S.142
[263] ebd.
[264] Vgl. Krautkrämer: Krieg ohne Ende?. S.156
[265] Als Zwei-Staaten Lösung wird der Vorschlag bezeichnet, den Nahostkonflikt durch einen eigenständigen palästinensischen Staat neben Israel zu lösen. In: https://www.duden.de/rechtschreibung/Zweistaatenloesung (31.07.2019)

Die zweite Phase beginnt nach den palästinensischen Wahlen und mit der damit verbundenen Etablierung eines palästinensischen Staates in vorläufigen Grenzen. Er soll dabei „mit einigen Merkmalen der Souveränität“ ausgestattet sein und dadurch für eine mögliche UN-Mitgliedschaft in Frage kommen.
Die dritte Phase sieht die Beendigung des Konflikts vor. Durch die Konsolidierung der palästinensischen politischen Reformen, die Stabilisierung von Institutionen und die Gewährleistung von Sicherheit wird der Weg für die Gründung eines palästinensischen Staates geebnet. In bilateralen Verhandlungen sollen die Hauptproblemfelder des Konflikts gelöst werden und in ein Abkommen münden.[266]
Die Road Map ist im Vergleich zu den vorangegangenen Initiativen, nach Asseburg von drei Schlagwörtern geprägt. Simultanität, Parallelität und internationales Monitoring.
Asseburg beschreibt den Zusammenhang wie folgt:

> „Indem beide Parteien gleichzeitig und ohne Vorbedingungen die an sie gestellten Anforderungen erfüllen sollen (Simultaneität), will man das Muster durchbrechen, nach dem bislang beide Seiten immer wieder die eigenen Versäumnisse mit den Versäumnissen der anderen Seite gerechtfertigt haben. Fortschritte sollen gleichzeitig in allen Dimensionen des palästinensischen-israelischen Verhältnisses erzielt werden (Parallelität). Denn es hat sich gezeigt, dass ein dauerhafter Waffenstillstand nicht zustande zu bringen ist, solange es keine Verbesserung der Lebensbedingungen und keine realistische Perspektive für eine Konfliktlösung und ein Ende der Besatzung gibt. Zudem soll es nicht länger einer der beiden Konfliktparteien, sondern der internationalen Gemeinschaft obliegen, zu beurteilen, ob Fortschritte erzielt worden sind, die ausreichen um in die nächste Phase einzutreten (internationale Monitoring)“.[267]

Zu diesen Leitlinien hat das Quartett einen „Aufsichtsmechanismus“ erarbeitet, der sich in Vier Komitees aufteilt und für Fortschritte in unterschiedlichen Bereichen sorgen soll. Hierunter fällt der Bereich Sicherheit, welcher eine Sicherheitsreform der PA, eine israelisch-palästinensische Sicherheitskooperation und den israelischen Truppenrückzug inkludiert. Außerdem spezielle Operationen in Bezug auf Siedlungen, Volksverhetzung und palästinensische Institutionen in Ost-Jerusalem sowie zivile

[266] Vgl. Johannsen: Der Nahostkonflikt. S.143
[267] Asseburg: Die EU und der Friedensprozess im Nahen Osten. S.28

Reformen in der PA und humanitäre Angelegenheiten. Die Komitees nehmen hierbei eine beobachtende und bewertende Funktion ein. Den Vorsitz für die Bereiche Sicherheit und spezielle Operationen übernehmen dabei die USA. Die EU übernehmen das Komitee zu den zivilen Reformen und die UN wird die Verantwortung über humanitäre Angelegenheiten übertragen.[268]

Der Friedensplan des Nahostquartetts weist allerdings auch eine Reihe von Lücken auf. Durch unkonkrete Formulierungen werden die genauen Ziele und deren Umsetzungen nicht ersichtlich und lassen Fragen wie die genaue Festsetzungen der vorläufigen Grenzen und die Kontrolle über jene offen. Auch der genaue Zeitplan für die jeweiligen Übergänge in die nächste Phase wird nicht konkretisiert und hängt dabei allein von der Bewertung des Quartetts ab. Außerdem gibt es keinen Sanktionsmechanismus der eine geregelte Umsetzung des Planes zur Folge haben könnte. Damit ist den Gegnern der Road Map die Möglichkeit gegeben einen Abbruch des Prozesses zu fokussieren und voranzutreiben.[269]

Für Asseburg wird zusätzlich die humanitäre und zivile Komponente außen vor gelassen und

> „vernachlässigt einmal mehr die Bevölkerung beider Seiten: Vertrauensbildung, zwischen den Menschen, die Aufarbeitung des Konflikts und seiner Folgen, etwa der Umgang mit Kriegsverbrechen und den individuellen und kollektiven Traumata, finden ebenso wenig Berücksichtigung wie die Wahrung rechtsstaatlicher Verfahrensweisen bei der Terrorismusbekämpfung".[270]

Trotz ihrer eventuellen rudimentären Beschaffenheit sind die Road Map und das damit verbundene Nahostquartett als Meilensteine für die Entwicklung des europäischen Einflusses auf den Friedensprozess im israelisch-palästinensischen Konflikt zu sehen.

Die Rolle der EU im Nahen Osten war bis zur Gründung des Nahostquartetts beschränkt und beinhaltete neben der weitreichenden finanziellen Unterstützung für den Friedensprozess eine nur bedingte diplomatische Funktion. Durch die zahlreichen Erklärungen, vor allem ab dem Beginn des Friedensprozesses in der 1990er-Jahren, konnte die EU ihren Standpunkt zwar überwiegend einheitlich darstellen, eine zentrale

[268] ebd.
[269] Vgl. ebd. S.30
[270] Asseburg: Die EU und der Friedensprozess im Nahen Osten. S.30

Rolle in den direkten Verhandlungen und damit verbundenen Einflüssen auf eine Konfliktlösung, wurde allerdings durch die zentrale Vermittlungsfunktion der USA häufig blockiert. Mit der Einbeziehung in das Nahostquartett änderte sich die Rolle der EU. Sie besetzt nun neben den USA, Russland und der UNO eine Vermittlungsposition und kann als ein zentraler Akteur ihre Einflusssphäre auf den Friedensprozess ausweiten. Doch muss festgehalten werden, dass die direkte Einwirkung auf den Friedensprozess und den Konfliktaustrag nur in Absprache mit den anderen Quartett-Mitgliedern erfolgen kann.[271] Dieser Umstand inkludiert auch die Absprache mit den USA und relativiert damit die emanzipatorischen Ansprüche der Union. Nach Atieh hat die USA auch im Quartett ihre historische dominante Machtposition etabliert. Die Position der EU beschränkt sich daher „auf die Arbeit im Quartett." Aus diesem Umstand resultiert für ihn, dass die USA die „Schlüsselrolle im Quartett eingenommen"[272] hat.
Für Schäfer geht mit der europäischen Teilnahme am Nahostquartett dennoch eine gewisse „schrittweise Emanzipation von den USA"[273] einher.
In Bezug auf den Werdegang der EU gibt sie an:

> „In Madrid 1991 war die EU mit Ausnahme der regionalen Arbeitsgruppe noch nicht vertreten. Zu den Abkommen von Oslo 1993 hatten europäische Vermittler im Vorfeld mit beigetragen. Die Konferenz von Barcelona 1995 war eine eigenständige europäische Initiative für die Region. Mit der Berliner Erklärung von 1999 festigten die EU-Mitgliedstaaten eine gemeinsame Position, in Abgrenzung zu den USA. Im Rahmen der „Road Map" steht die EU nun als gleichwertiger diplomatischer Partner und internationaler Akteur neben den USA, Russland und der UNO".[274]

Die mittlerweile geschichtliche Unterordnung der EU in Hinblick auf die vorherrschende US-Nahostpolitik ist auch innerhalb des Quartetts vermeintlich kein Ende gesetzt. Doch findet die Einflussmöglichkeit der EU auf den Friedensprozess mit dem Quartett seinen vorläufigen Höhepunkt. Die Anerkennung als ein Akteur in vermittelnder Rolle auf Augenhöhe mit seinen Partnern, ist daher als ein Erfolg für den langen europäischen Weg zu einem einflussreichen zentralen Akteur zu sehen.

---

[271] Vgl. Johannsen: Der Nahostkonflikt. S.128
[272] Atieh: Die Rolle der Europäischen Union im Nahostkonflikt. S.9
[273] Schäfer: Die Europäische Union und der Nahostkonflikt. S.52
[274] ebd.

5. Gegenwärtige Situation und Ausblick

Der Nahostkonflikt ist nach wie vor weit von einer nachhaltigen Lösung entfernt. Die Friedensinitiativen der USA sowie des Nahostquartetts in der jüngeren Vergangenheit haben dabei zu keiner wesentlichen Veränderung in den festgefahrenen Streitigkeiten geführt, sondern teilweise sogar zu einer Verhärtung der Fronten beigetragen. Unter der US-Regierung von Barak Obama, versuchte der amerikanische Außenminister John Kerry die Parteien an den Verhandlungstisch zu bringen. Alle Versuche für eine gerechte Lösung scheiterten jedoch.[275] Die gegenwärtige Außenpolitik der US-Regierung unter Donald Trump ist vor allem durch eine verstärkte pro-israelische Haltung geprägt. Der US-amerikanische Präsident selbst hat dabei mit mehreren Äußerungen zu einer bedrohlichen Entwicklung im Disput zwischen Israelis und Palästinensern beigetragen. Darunter fallen die mögliche Unterstützung einer Ein-Staaten-Lösung, [276] die Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels [277] [278] und die Anerkennung der Golanhöhen als israelisches Staatsgebiet.[279] Diese Vorgehensweise führte zu erneuten Unruhen und unterstützt die rechtsnationale israelische Regierung unter Netanjahu. Diese betonte einseitige Haltung der USA offenbart auch die aktuellen Differenzen mit der EU. Während die USA öffentlich ihre neue politische Ausrichtung in der Knesset den Abgeordneten präsentieren, trifft sich die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini in Brüssel mit Palästinenserpräsidenten Mahmud Abbas und unterstreicht dabei Europas Unterstützung bei der Errichtung eines Palästinenserstaates. Mogherini verdeutlicht auch, dass „die internationale Gemeinschaft es ohne die USA nicht schaffen wird“ den

---

[275] Vgl. Rössler, Hans-Christian. Israel setzt Friedensgespräche aus. In: Frankfurter Allgemein Zeitung. 24.04.2014. Aus: https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/naher-osten/israel-setzt-friedensgespraeche-nach-der-annaeherung-von-fatah-und-hamas-aus-12909025.html (01.08.2019)

[276] Vgl. Hammer, Benjamin: Trumps Nahostpolitik: Keine Vision, kein Friedensplan. 13.01.2019. In: https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/trumps-nahostpolitik-keine-vision-keinfriedensplan,REk1VLm (01.08.2019)

[277] Vgl. Landeszentrale für politische Bildung: Der Nahostkonflikt. In: https://www.lpbbw.de/nahostkonflikt.html (01.08.2019)

[278] Die Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels inkludiert auch die Verlegung der US-amerikanischen Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem. Bei dem Gipfeltreffen der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) am 13.12.2017 haben die OIC-Mitgliedsstaaten Ost-Jerusalem als Hauptstadt eines Palästinenserstaates anerkannt und verurteilen die Entscheidung Donald Trumps, Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen. Die UN-Vollversammlung erklärte in einer Resolution vom 21.12.2017 die US-amerikanische Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels für rechtlich unwirksam. Die Resolution ist jedoch völkerrechtlich nicht bindend. In: https://www.lpb-bw.de/nahostkonflikt.html (17.08.2019)

[279] Vgl. Die ZEIT: Donald Trump erkennt Israels Souveränität über die Golanhöhen an. 25.03.2019. In: https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-03/donald-trump-erkennt-israels-souveraenitaet-uebergolanhoehen-an (01.08.2019)

Konflikt zu lösen, aber die USA alleine auch nicht.[280]

Es lässt sich durch die konvergenten Ansichten ein aktuell angespanntes Verhältnis zwischen USA und EU erkennen, welches einen Fortschritt im Friedensprozess in weite ferne rücken lässt und sogar zu einem möglichen Untergang des Prozesses führen könnte.

Hinzu kommen die gegenwärtigen bewaffneten Konflikte im regionalen Umfeld des israelischen-palästinensischen Konfliktes. Die Auseinandersetzungen im Jemen, Syrien und Irak kollidieren dabei mit dem Friedensprozess und führen zu einem Zusammenbruch der Ordnung im Nahen Osten.[281]

Diese Problematiken verhindern einen momentanen Fortschritt im Friedensprozess und beschränken die Einflussmöglichkeiten der EU. Um eine dauerhafte und gerechte Friedenslösung in dem nun mehr als 70 Jahren andauernden Konflikt zu konkretisieren ist einmal mehr von der homogenen Ausrichtung der externen Hauptakteure abhängig. Dies impliziert vor allem eine ausgeglichene Politik der USA als dominanter Akteur im Nahen Osten, welche sich nicht einseitig auf israelische Interessen beschränkt sondern auch palästinensischen bzw. arabischen Forderungen, wie die Ansprüche in Bezug auf Ost-Jerusalem oder die Golan-Höhen, in ihre aktuelle Nahostpolitik und Vermittlungsbemühung miteinbezieht.

6. Fazit

Die europäische Involvierung ist seit Beginn des Konfliktes allgegenwärtig und spielt eine wesentliche Rolle in der Entstehung der Auseinandersetzung. Dies wurde durch die Nahostpolitik Großbritanniens und den damit einhergehenden ambivalenten Versprechungen an beide Konfliktparteien ersichtlich. Die wesentlichen Kriege seit Gründung des Staates Israel stehen daher durchaus auch mit einem europäischen bzw. britischen und französischen Verschulden im Zusammenhang. Durch die machtpolitische Stellung der USA und ihren Interessen in der Region etablierte sich die Supermacht als zentraler Vermittler mit weitreichenden Einflüssen auf die Gestaltung des Konfliktes. Der Vergleich der USA mit der Europäischen Gemeinschaft ist in der frühen Phase des Konfliktes von divergierenden Ansätzen geprägt und teilt sich in eine pro-arabische-

[280] Vgl. Becker, Markus: EU und USA liefern sich Nahost-Fernduell. In: https://www.spiegel.de/politik/ausland/nahost-politik-graben-zwischen-usa-und-eu-waechst-a-1189236.html (01.08.2019)

[281] Vgl. Pabst: Der Nahostkonflikt. S.229

oder israelisch Sichtweise, welche bis in die gegenwärtigen außenpolitischen Dynamiken der Akteure reichen. Die Einflüsse der EG auf eine nachhaltige Lösung wurden dabei von der elementaren Stellung der Vereinigten Staaten und den guten Beziehungen zu Israel blockiert und ließ die Rolle Europas in den Friedensbemühungen außen vor. Hierfür sind auch die konvergierenden Haltungen der EG-Mitgliedsstaaten verantwortlich. Durch die unterschiedliche Orientierung an den jeweiligen Konfliktpartien, wurde schon früh eine pro-palästinensische bzw. arabische oder pro-israelische nationale Nahostpolitik der jeweiligen Mitgliedsstaaten erkennbar. Dieses Blockdenken und die daraus resultierende mangelnde innerer Konsistenz der EG bzw. EU ist mitverantwortlich für eine heterogene Haltung der EG bzw. EU auf den Konflikt und behinderte die Entwicklung als Akteur mit Einflussmöglichkeiten auf den Friedensprozess.

Erst mit dem Zusammenbruch der bipolaren Weltordnung mit Ende der 1980er und zu Beginn der 1990er-Jahre ist eine eigenständige Initiative der EG erkennbar geworden.

Die Marginalisierung der EG in Bezug auf ihren Einfluss auf den Friedensprozess, ist jedoch auf der Friedenskonferenz in Madrid 1991 nach wie vor allgegenwärtig. Sie wird dabei als ein möglicher Vermittler mit politischer Verantwortung nicht in Erwägung gezogen und ist Augenzeuge wie die US-amerikanische Initiative in Bezug auf den Friedensprozess ihren Weg nimmt. Dass sich die EG bzw. EU dieser Statistenrolle nicht fügt, wird durch die diversen Erklärungen deutlich und unterstreicht den Willen mehr Mitsprache und Einfluss auf den Friedensprozess zu erhalten. Im Mittelpunkt steht dabei, die Verurteilung der Siedlungspolitik und die Anerkennung der legitimen Rechte der Palästinenser. An dieser Grundhaltung hat sich bis in die Gegenwart nichts geändert und unterstreicht die emanzipatorischen Bestrebungen der europäischen Nahostpolitik von der US-amerikanischen. Durch die Gründung der EMP wurde außerdem eine Alternative zur amerikanischen Politik präsentiert und durch die Etablierung eines Sonderbeauftragten für den Nahen Osten den Bestrebungen einer aktiven Beteiligung Nachdruck verliehen. Die Erklärung von Berlin unterstreicht die Entwicklung einer selbständigen Nahostpolitik und inkludiert das Recht der Palästinenser auf einen souveränen Staat. Parallel entwickelt sich eine US-amerikanische Politik, die zwar ihre zentrale Rolle als Vermittler beibehält, aber durch erfolglose Ansätze zu keinem nachhaltigen Fortschritt im Friedensprozess beisteuern kann. Durch die Aufstände der palästinensischen Bevölkerung, werden den USA die Grenzen ihrer Bemühungen vor Augen geführt. Am Höhepunkt der Eskalation nimmt die EU eine neue Rolle ein und stellt sich erstmals den Herausforderungen einer aktiven Vermittlerrolle. Die Etablierung im

Nahostquartett überträgt die europäischen Einflüsse auf den Friedensprozess damit erstmals von Außen nach Innen und unterstreicht die lineare Weiterentwicklung der EU von einem Statisten zu einem Hauptdarsteller. Den USA kommt zwar nach wie vor die Führungsrolle in den Vermittlungen zu, der Einfluss der EU hat jedoch durch diese Beförderung einen neuen Höhepunkt erreicht.

Die Forschungsfragen lassen sich damit zusammenfassend beantworten: Der Einfluss der EU auf die Entwicklung des Friedensprozesses hat im Vergleich mit den USA von 1991 bis 2002 zugenommen und durch die Teilnahme an sowie die Ausarbeitung von eigenen Konfliktlösungsansätzen ausgeweitet.

In Bezug auf die aufgestellten Hypothesen ergibt sich daher folgendes Bild:

Zu 1.) Die Kompetenzen der EU haben sich durch die temporären Rückzüge der USA aus den Vermittlungsbemühungen im Nahostkonflikt in diesem Bereich ausgeweitet.

- Ein temporärer Rückzug der USA aus den Friedensbemühungen in der zu untersuchenden zeitlichen Periode ist nicht zu erkennen. Die Einflüsse der EU haben sich jedoch parallel ausgeweitet. Dies ist zum einen auf die Eigeninitiative der EU, ihre Teilhabe an einer Konfliktlösung auszubauen und auf die festgefahrenen Bemühungen der USA zurückzuführen.

Zu 2.) Die EU hat sich als ein zentraler Bestandteil der Vermittlungsparteien innerhalb des Nahostkonfliktes etabliert und ist grundlegend an dem Konfliktlösungsprozess bzw. Friedensprozess beteiligt.

- Durch die Teilnahme am Nahostquartett hat sich die EU, im Vergleich zum Beginn des Untersuchungszeitraumes, als ein fester Bestandteil etabliert. Innerhalb des Quartetts fungiert jedoch die USA weiterhin in der Führungsrolle und nimmt den Fahrersitz ein. Der EU kommt nur die Rolle des Beifahrers zu.

Zusammengefasst ist eine chronologische Entwicklung des Einflusses der EU auf den Friedensprozess zu erkennen. Er vergrößert sich dabei von einer marginalisierten hin zu einer zentralen Stellung mit einer ausgeprägten Machtposition und damit verbundenen Einflüssen auf den Friedensprozess. Zwar steht die EU weiterhin im Schatten der US-amerikanischen Machtposition, doch ist ihr Einfluss auf den Friedensprozess und eine dadurch verbundene möglich Konfliktlösung von 1991 bis 2002 kontinuierlich gewachsen. Eine direkte Auswirkung auf die gegenwärtige Situation im Nahostkonflikt ist nur bedingt zu erkennen. Der Streit zwischen den Palästinensern

und Israel ist immer noch hochaktuell und eine Konfliktlösung nicht ersichtlich. Die EU und die USA besetzen nach wie vor die zentralen Positionen der externen Akteure, doch lassen die neuerlichen Unruhen in Gaza, Jerusalem und Westjordanland und die damit einhergehende Verschlechterung der Beziehungen zwischen den Konfliktparteien, ein Ende der Auseinandersetzung in weite Ferne rücken.

Quellenverzeichnis

Dokumente:

- **Aufruf der Europäischen Union** für Frieden im Nahen Osten, Schlussfolgerungen des Vorsitzes zur Tagung des Europäischen Rates, am 16. Und 17. Juni 1997 in Amsterdam, Anlage III. Online: europa.eu/rapid/press-release_DOC-97-2_de.pdf

- **Botschaft des Staates Israel:** Der Friedensprozess im Nahe Osten. Ein Überblick: Botschaft des Staates Israel – Presse-und Informationsabteilung. Online: https://embassies.gov.il/berlin/AboutIsrael/the-middle-east/naherostendokumente/Friedensprozess_90er.pdf

- **Botschaft des Staates Israel in Berlin**: Rechtliche Aspekte der vorzeitigen Anerkennung eines palästinensischen Staates. Online: http://www.botschaftisrael.de/2011/06/28/rechtliche-aspekte-der-vorzeitigen-anerkennung-eines-palastinensischen-staates/

- **Deutscher Bundestag**: Ausarbeitung zur völkerrechtlichen Anerkennung Palästinas. S.4. Online: https://www.bundestag.de/resource/blob/631838/0697a1a6392406b6501bdfc557ee8b23/WD-2-009-19-pdf-data.pdf

- **Erklärung des Europäischen Rates** zum Nahost-Friedensprozess, Schlussfolgerungen des Vorsitzes zur Tagung des Europäischen Rates am 13. und 14. Dezember 1996 in Dublin. Anlage IV. Online: europa.eu/rapid/press-release_DOC-96-8_de.pdf

- **Europäisches Parlament**: Entschließungsantrag zur Verwirklichung einer Zweistaatenlösung im Nahen Osten vom 15.05.2017. Online: http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/B-8-2017-0345_DE.html

- **Montevideo-Konvention** über Rechte und Pflichten der Staaten vom 26. Dezember 1933. Artikel 1. Online: http://krd-blog.de/wp content/uploads/2015/01/montevideo_dt_markiert.pdf

- **Presidency conclusion of the Berlin Coucil** 24 and 25 March 1999, Part IV – Other Declarations, Middle East Peace Process. Online: https://www.europarl.europa.eu/summits/ber1_en.htm

- **Schlussfolgerungen des Vorsitzes**, Europäischer Rat, Madrid, 26./27. Juni 1989, S.24/25. Online: https://www.consilium.europa.eu/media/20583/1989_juni_-_madrid__de_.pdf

- **Tagung des Europäischen Rates** am 29. und 30. Juni 1977 in London: Erklärung über den Nahen Osten Punkt 1. A. 3. Online: https://www.consilium.europa.eu/media/20781/london_juni_1977__de_.pdf (24.07.2019)

- **Unabhängigkeitserklärung des Staates Palästina**: Algier, 15.11.1988. Online: http://www.palaestina.org/fileadmin/Daten/Dokumente/Abkommen/PLO/unabhaengigkeitserklaerung.pdf

- **Venice Declaration** June 13, 1980. Online: http://eeas.europa.eu/archives/docs/mepp/docs/venice_declaration_1980_en.pdf (25.07.2019)

Medienberichte:

- **ARD Planet Wissen**: Geschichte des Staates Israel. Aus: https://www.planet-wissen.de/kultur/israel/geschichte_des_staates_israel/index.html (14.08.2019)

- **Becker**, Markus: EU und USA liefern sich Nahost-Fernduell. Online: https://www.spiegel.de/politik/ausland/nahost-politik-graben-zwischen-usa-und-eu-waechst-a-1189236.html (01.08.2019)

- **Bundeszentrale für politische Bildung**. Barcelona-Prozess. Online: https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-europalexikon/176700/barcelona-prozess (29.07.2019)

- **Bundeszentrale für politische Bildung**: Vor 100 Jahren: Großbritannien und Frankreich vereinbaren das Sykes-Picot-Abkommen. Online: https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/227750/sykes-picot-abkommen (15.07.2019)

- **Bundeszentrale für politische Bildung**: 15. November 1988: PLO erklärt staatliche Unabhängigkeit Palästinas. Online: http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/279844/unabhaengigkeit-palaestinas (16.08.2019)

- **Burgess**, Heidi: Peace Processes. 2004. Online: https://www.beyondintractability.org/essay/peace-processes (21.07.2019)

- **Die ZEIT**: Donald Trump erkennt Israels Souveränität über Golanhöhen an. 25.03.2019. Online: https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-03/donald-trump-erkennt-israels-souveraenitaet-uebergolanhoehen-an (01.08.2019)

- **Europe Israel Press Association**: Camp-David-Abkommen 1978. Online: http://eipa.eu.com/de/category/informationszentrum/friedensprozess/camp-david-abkommen-1978/ (24.07.2019)
- **Hammer**, Benjamin: Trumps Nahostpolitik: Keine Vision, kein Friedensplan. 13.01.2019. Online: https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/trumps-nahostpolitik-keine-vision-keinfriedensplan,REk1VLm (01.08.2019)

- **Landeszentrale für politische Bildung**: Der Nahostkonflikt. Online: https://www.lpbbw.de/nahostkonflikt.html (01.08.2019)

- **Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg**: Der Nahostkonflikt. Online: https://www.lpb-bw.de/nahostkonflikt.html (22.07.2019)

- **Das Palästina Portal**: Die Geschichte Palästinas. Online: https://www.palaestina-portal.eu/Stimmen_Palaestina/musa_izzeddin_geschichte_palaestinas_chronologie.htm (14.08.2019)

- **Rössler**, Hans-Christian. Israel setzt Friedensgespräche aus. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung. 24.04.2014. Online: https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/naher-osten/israel-setzt-friedensgespraeche-nach-der-annaeherung-von-fatah-und-hamas-aus-12909025.html (01.08.2019)

- **Schröder**, Bernd: Wenn Bauern auf dem Trockenen sitzen. In: Neues Deutschland. 23.06.2018. Aus: https://www.neues-deutschland.de/artikel/1092059.wassermangel-in-israel-wenn-bauern-auf-dem-trockenen-sitzen.html (15.08.2019)

- **Sisk**, Timothy D.: Democratization and Peacebuilding. In: Crocker, Chester/ Hampson, Fen Olser/Aall, Pamela: Turbulent Peace. Washington D.C.: U.S. Institute of Peace. 2001. Online: https://www.beyondintractability.org/essay/peace-processes (21.07.2019)

- **Der Spiegel**: Juden in Amerika. Aus: https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-41784132.html (14.08.2019)

- **Süddeutsche Zeitung**: Was man über die israelischen Siedlungen wissen sollte. Aus: https://www.sueddeutsche.de/politik/siedlungsbau-was-man-ueber-die-israelischen-siedlungen-wissen-sollte-1.3379622-0 (14.08.2019)

- **Stetter**, Ilona-Margarita: Die Rechtliche Situation Palästinensischer Flüchtlinge. Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Online: https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=f1ed9bc7-7800-1d53-0b8e-df9149f4f540&groupId=268421 (21.07.2019)

Wissenschaftliche Literatur:

- **Asseburg**, Muriel/Busse, Jan (2016): Der Nahostkonflikt. Geschichte, Positionen, Perspektiven. München: Verlag C.H. Beck oHG.

- **Asseburg**, Muriel (2003): Die EU und der Friedensprozess im Nahen Osten. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.

- **Asseburg**, Muriel (2001): Die EU und der Friedensprozess im Nahen Osten – Anspruch und Realität. In: Eldinger, Fritz: Befreiungskampf in Palästina. Von der Madrid-Konferenz zu Al Aqsa-Intifada. Wien: Promedia Druck-und Verlagsges.m.b.H. S.109 - 122.

- **Atieh**, Adel (2017): Die Rolle der Europäischen Union im Nahostkonflikt. Paris: EuroCité.

- **Bachmann**, Wiebke (2011): Die UdSSR und der Nahe Osten. Zionismus, ägyptischer Antikolonialismus und sowjetische Außenpolitik bis 1956. München: Oldenburg Verlag.

- **Beck**, Martin (2002): Friedensprozess im Nahen Osten. Rationalität, Kooperation und politische Rente im Vorderen Orient. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag GmbH

- **Beck**, Martin (2005): Von der Spannung über die Krise zur Gemeinsamkeit? Zu den außenpolitischen Ansätzen und Perspektiven der USA und der EU gegenüber dem Nahen Osten. In: Hans-Georg Ehrhart, Margret Johannsen (Hrsg.), Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen?. Baden-Baden: Nomos

- **Braun**, Stefan (1999): Duell zweier Freunde: Die USA und Israel bei der Friedenssuche im Nahen Osten. Münster: LIT Verlag.

- **Johannsen**, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- **Klinkenberg**, Michael F. (2002): Die Rolle der EU im Nahost-Friedensprozess. Münster: LIT Verlag.

- **Krautkrämer**, Elmar (2003): Krieg ohne Ende? Israel und die Palästinenser-Geschichte eines Konflikts. Darmstadt: Primus Verlag.

- **Pabst**, Martin (2018): Der Nahostkonflikt. Eine Einführung. Stuttgart: W. Kohlhammer GmbH.

- **Schäfer**, Isabel (2004): Die Europäische Union und der Nahostkonflikt. In: Bundeszentrale für politische Bildung. Das Parlament: Aus Politik und Zeitgeschichte. S.46 – 54

- **Shindler**, Colin (2008): A history oft he modern Israel. Cambridge University Press.

- **Steininger**, Rolf (2003): Der Nahostkonflikt. Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag GmbH.

- **Watzal**, Ludwig (2001): Von der Dominanz zur Hegemonie. Die US-amerikanische Nahostpolitik. In: Edlinder, Fritz: Befreiungskampf in Palästina. Von der Madrid-Konferenz zu Al Aqsa-Intifada. Wien: Promedia Druck-und Verlagsges.m.b.H.. S.100 - 108

- **von Zitzewitz**, Philipp (2003): Der Barcelona-Prozess am Beispiel Ägypten. Diplomarbeit. Hamburg: Diplomica Verlag GmbH.

Lexikonartikel:

- **Camp David**: http://universal_lexikon.deacademic.com/219023/Camp_David (24.07.2019)
- **Containment-Politik**: https://de.wikipedia.org/wiki/Containment-Politik (16.07.2019)
- **EPZ**: https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Politische_Zusammenarbeit
- **Fait accombli**: https://de.wikipedia.org/wiki/Fait_accompli (29.07.2019)
- **Gymnich-Treffen**: https://de.wikipedia.org/wiki/Gymnich-Treffen (17.07.2019)
- **Hamas:** https://de.wikipedia.org/wiki/Hamas (16.08.2019)
- **Hebron:** https://de.wikipedia.org/wiki/Hebron-Protokoll (15.08.2019)
- **Jericho**: In: https://de.wikipedia.org/wiki/Jericho (28.07.2019)
- **Juden in den Vereinigten Staaten**: https://de.wikipedia.org/wiki/Juden_in_den_Vereinigten_Staaten (14.08.2019)
- **Knesset**: https://embassies.gov.il/berlin/AboutIsrael/politicalSystem/Pages/Knesset.aspx (22.07.2019)
- **Likud**: https://de.wikipedia.org/wiki/Likud (30.07.20199
- **Suezkanalgesellschaft**: https://de.wikipedia.org/wiki/Compagnie_universelle_du_canal_maritime_de_Suez (16.07.2019)

- **Wirtschaft Israels**. Wirtschaftssektoren – Landwirtschaft: https://de.wikipedia.org/wiki/Wirtschaft_Israels#Landwirtschaft (17.08.2019)

- **Zwei-Staaten-Lösung**: https://www.duden.de/rechtschreibung/Zweistaatenloesung (31.07.2019)

Abbildungsverzeichnis:

- **Tabelle 1**: Timm, Angelika: Die Geschichte des Staates seit seiner Gründung. Bouvier Verlag. Bonn. 1998. S.348 (Auszug)

- **Tabelle 2**: Walter Hollstein: Kein Frieden um Israel. Frankfurt. 1972. S.175f

- **Schaubild 1**: http://sunnycv.com/steve/for/israel.html

- **Schaubild 2**: http://sunnycv.com/steve/for/israel.html

- **Schaubild 3**: https://de.wikipedia.org/wiki/Sechstagekrieg#/media/Datei:Israel_nach_Sechstagekrieg.svg

- **Schaubild 4**: https://www.pinterest.de/pin/744853225842272168/

- **Schaubild 5**: https://www.lpb-bw.de/nahostkonflikt.html

- **Schaubild 6**: https://stefaniezobl.info/jordan/

- **Schaubild 7**: Israelische Botschaft. Der Friedensprozess im Nahen Osten: Ein Überblick. Botschaft des Staates Israels – Presse und Informationsabteilung. 2000. S. 3

- **Schaubild 8**: https://www.geo.de/magazine/geo-epoche/18915-rtkl-israel-die-wurzeln-des-nahost-konflikts

Abstract - Deutsch

Der Nahostkonflikt ist durch seine Komplexität und durch die Involvierung von mehreren Staaten seit jeher auch Gegenstand internationaler Außenpolitik. Dabei hat die USA schon früh eine zentrale Vermittlungsrolle zwischen den Konfliktparteien eingenommen und dadurch eine signifikante Involvierung bzw. Einflüsse anderer externer Akteure auf den Konfliktlösungs- bzw. Friedensprozess überwiegend verhindert. Mit dem Beginn des Friedensprozesses zum Anfang der 1990er-Jahre verstärkt sich jedoch die europäische Initiative in Bezug auf den Konflikt und lässt eine ausgeprägte EU-Nahostpolitik erkennen. Mit der Zeit kann ein eigenständiges europäisches Profil mit emanzipatorischen Bestrebungen von der US-amerikanischen Nahostpolitik konkretisiert und eine wesentliche Vermittlungsrolle eingenommen werden. Zwar fungiert die USA weiterhin in der Führungsrolle, doch ist eine chronologische Entwicklung des Einflusses der EU auf den Friedensprozess von einer marginalisierten hin zu einer zentralen Stellung mit einer ausgeprägten Machtposition und damit verbundenen Einflüssen auf den Friedensprozess zu erkennen.

Abstract - Englisch

The Middle East conflict has always been the subject of international foreign policy due to its complexity and the involvement of several states. In doing so, the United States early on assumed a central mediation role between the conflicting parties, thereby largely preventing a significant involvement or influence of other external actors in the conflict resolution or peace process. However, with the beginning of the peace process in the early 1990s, the European initiative in relation to the conflict is intensifying and reveals a strong and strengthened EU-Middle East policy. Over time, an independent European profile with emancipatory aspirations can be concretized by the US Middle East policy and a substantial mediation role be taken. While the US remains in the lead, a chronological evolution of the EU's influence on the peace process is seen as marginalized to a centralized position with a strong power position and consequent impact on the peace process.